

HX15

M35

v.5



THE LIBRARIES



**THE
UNIVERSITY OF GEORGIA**





MARX-STUDIEN

BLÄTTER ZUR THEORIE UND POLITIK
DES
WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VON
DR. MAX ADLER UND DR. RUDOLF HILFERDING

FÜNFTER BAND • I. HEFT

1971

VERLAG DETLEV AUVERMANN KG
GLASHÜTTEN IM TAUNUS

Unveränderter Neudruck der Ausgabe Wien 1923

Druck: Bläschke & Ducke GmbH, Darmstadt
Printed in Germany

DIE
WIRTSCHAFTSRECHNUNG
IN DER SOZIALISTISCHEN
GESELLSCHAFT

VON

DR. OTTO LEICHTER



I.

Das Problem der Rechnungslegung in der Wirtschaft.

Alle Wirtschaft geht von der Tatsache aus, daß die Menschen immer wiederkehrende Bedürfnisse stillen und dabei mit einem Vorrat von erarbeiteten Gütern haushalten müssen. Die Güter, die in einer Produktionsperiode geschaffen wurden, werden verbraucht und die wiederkehrenden Bedürfnisse nötigen den Menschen zu einer neuen Produktionsperiode, so daß das ganze wirtschaftliche Leben des Menschen nichts anderes als ein Kreislauf von Produktion und Konsumtion ist.

Jedes Erzeugen von Gütern, die zur Stillung von Bedürfnissen dienen, und damit auch jede Befriedigung von Bedürfnissen hat gewisse Aufwendungen von Arbeitskraft und von sachlichen Produktionsvoraussetzungen, die ihrerseits wiederum Ergebnis der Anwendung von Arbeitskraft sind, zur Voraussetzung. Jede Bedürfnisbefriedigung ist also nicht nur mit einem gewissen Arbeitsleid, sondern auch mit der Hingabe von gewissen Gütern erkaufte, die eine Verarmung bedeutet. Die Volkswirtschaftslehre hat dafür den Begriff der Kosten geprägt und tatsächlich sind diese Kosten, d. h. die Tatsache, daß zu jeder Bedürfnisbefriedigung gewisse Aufwendungen notwendig sind, vielleicht das einzige gemeinsame Merkmal aller Wirtschaftsformen angefangen von der Wirtschaft der Primitiven bis zur kommunistischen Wirtschaft der höchsten Ordnung. Die Reproduktion der täglich verschleißenden Lebenskraft, die Wiederherstellung der täglich zugrunde gehenden oder in den Verbrauch eingehenden Güter verursacht ununterbrochen Kosten. Wenn das Leben für den Menschen erträglich werden soll, dann müssen die Kosten der Lebenshaltung möglichst niedrig sein, d. h. das Arbeitsleid und die sonstigen Aufwendungen, durch die er die Stillung seiner Bedürfnisse erreicht, dürfen im Vergleich zur der durch die Stillung der Bedürfnisse hervorgerufenen Befriedigung nicht ins Unermeßliche wachsen. Der wirtschaftende Mensch muß also trachten, Aufwand und Ziel, Kosten und Bedürfnisbefriedigung in einen erträglichen Einklang zu bringen.

Er hat noch eine zweite Aufgabe. Er muß trachten, mit einem gegebenen Vorrat von Gütern das Auslangen zu finden, er muß bestrebt sein, die verschleißenden Güter zu ersetzen, da sonst die Wirtschaft in einen Zustand der Armut und der Unergiebigkeit gerät, die ein weiteres Produzieren von Gütern unmöglich macht, namentlich wenn Güter verschwendet wurden, die nicht beliebig vermehrbar sind. Besonders in einer komplizierten Wirtschaft wie es die kapitalistische ist, wo zur Herstellung eines genußreifen Gutes eine Unzahl von Gütern höherer Ordnung, eine Unzahl von Produktionsmitteln erforderlich ist, ist es notwendig, stets Überblick über die Vorräte und Produktionsmittel der Wirtschaft zu haben, da sonst die Wirtschaft in den Zustand der Unübersichtlichkeit versinkt. Deswegen ist es in letzter Instanz die Aufgabe der Wirtschaftsverrechnung, darüber zu wachen, daß der Verbrauch und der Verschleiß in der Wirtschaft mit der Neuproduktion in Einklang gebracht wird. Die Rechnungslegung muß ferner darüber Aufschluß geben, ob die Wirtschaft in einer abgeschlossenen Wirtschaftsperiode reicher oder ärmer geworden ist, ob nicht nur für den momentanen Bedarf, sondern auch zur Deckung des Verschleißes genügend Güter erzeugt wurden. Die Rechnungslegung muß der ganzen Wirtschaft erst den eigentlichen Sinn verleihen, da das Wirtschaften ohne sie nichts anderes als ein wüstes und sinnloses Bemühen um die Befriedigung elementarer Bedürfnisse ist. Die Rechnungslegung ist erst die Selbstbesinnung der Wirtschaft; sie vergleicht den Aufwand an Arbeit und sachlichen Produktionserfordernissen mit dem Erfolg, sie wacht darüber, daß nicht allzugroßes Arbeitsleid um eines damit gar nicht in Einklang stehenden Erfolges willen angewendet wird. So wird die Rechnungslegung die Voraussetzung der Rationalität der Wirtschaft. Wie das menschliche Denken das sonst sinnlose Geschehen erst deutet und dann zu beeinflussen sucht, so wird die Rechnungslegung als die Rationalisierung der Wirtschaft zuerst den Wirtschaftsvorgang deuten und aufklären. Indem sie aber bei seiner Deutung Fehler enthüllt, Verschwendungen und unnötigen Verschleiß aufzeigt, nimmt sie bewußten Einfluß auf die Gestaltung des ganzen Erzeugungsprozesses, wird sie die oberste Prüferin des gesamten wirtschaftlichen Geschehens. In

ihr müssen alle wirtschaftlichen Vorgänge aufscheinen und ge-
deutet werden, sie sind entweder Gütervermehrung oder Güter-
verringerung und ermöglichen so das Urteil, ob die Wirtschaft
in einem Produktionsprozeß ärmer oder reicher geworden ist.

Nicht zu allen Zeiten und nicht auf allen Wirtschaftsstufen
hat die Wirtschaftsrechnung dieselbe Bedeutung. In einer pri-
mitiven geschlossenen Hauswirtschaft, in der die Hausgenossen
nur für ihren eigenen Bedarf erzeugen, hat sie selbstverständlich
nicht die Bedeutung, die ihr in einer arbeitsteiligen, Waren
produzierenden Gesellschaft zukommt. Die Rechnungsoperationen
in der geschlossenen Hauswirtschaft sind höchst einfach und
verdienen vielfach noch nicht den Namen „Rechnung“; man
geht auf die Befriedigung der Bedürfnisse aus, verzehrt alles,
was vorhanden ist, und wenn man dann noch nicht satt ist,
muß man eben mehr Tiere jagen, Fische fangen usw. In einer
Wirtschaft, die aber auf der Arbeitsteilung beruht, in der ein
Wirtschaftssubjekt viele Güter einer Sorte erzeugt, um durch
ihren Tausch andere Güter zu erhalten, ist die Rechnungs-
legung selbstverständlich viel wichtiger, und zwar nicht allein
aus dem Grunde, der allerdings der naheliegendste ist, nämlich,
daß die Kostenberechnung zur notwendigen Grundlage des
Tauschverkehrs und der Austauschverhältnisse der Güter wird.
In einer so komplizierten Wirtschaftsverfassung hat die Rechnungs-
legung über einen sehr mannigfaltigen Wirtschaftsprozess Rechnung
zu legen, weil in die Erzeugung eines Gutes, das unmittelbar der
Bedürfnisbefriedigung dient, eine ganze Reihe anderer Güter und
vorhergehender Arbeitsleistungen eingehen. Je vollkommener
die Technik des Erzeugungsprozesses wird, je mehr die Arbeits-
teilung fortschreitet und je mehr der gesamte Erzeugungsprozeß
eines Gutes aus unendlich vielen kleinen, wirtschaftlichen
Phasen zusammengestückelt ist, desto undurchsichtiger werden
die Wirtschaftsvorgänge, weil unzählige Faktoren bei der Kosten-
bestimmung einerseits und der Größe des Aufwandes andererseits
mitwirken. Dazu kommt noch — und das macht eine der Haupt-
schwierigkeiten der Verrechnung in einer Periode der kompli-
zierten Produktionstechnik aus — daß es eine Anzahl von Ar-
beiten und Aufwendungen gibt, die zwar nicht direkt in das
genußreife oder verkaufsfertige Produkt eingehen, ihm also

nicht zur Last geschrieben werden können, die aber doch auf eine Anzahl von Produkten berechnet und repartiert werden müssen. Das sind z. B. die Kosten der Leitung des Produktionsprozesses, verschiedener Materialien, die zur Erhaltung von Maschinen dienen, die Kosten der Abnützung der Produktionsmittel usw. All das macht die Rechnungslegung in einer komplizierten, weil technisch vollkommenen Wirtschaftsperiode aus, aber gerade darum ist die Rechnungslegung auf einer solchen Stufe der Wirtschaft doppelt wichtig, weil man sonst in dem Ungeheuer einer modernen Riesenfabrik und der modernen Volkswirtschaft jeden Überblick über das Ergebnis der Produktion verlieren würde.

Freilich, das Wesen der Wirtschaftsrechnung ist durch die kapitalistische Art der Verrechnung und der Buchführung verdunkelt. Sie fragt nicht nach dem Maße, in dem der Verbrauch durch die Erzeugung gedeckt ist. Sie fragt nicht in erster Linie, wie weit durch die Ergebnisse des Produktionsprozesses eine Ausdehnung des Apparates der Wirtschaft möglich ist, sondern sie kümmert sich in erster und in letzter Reihe um den Reingewinn, um den Profit. Erst auf dem Umweg über den Reingewinn werden alle Notwendigkeiten der Erhaltung und der Ausdehnung der Produktion bestritten, und so wird der Zweck der Wirtschaftsrechnung durch die kapitalistische Profitborniertheit verdunkelt. Das gilt auch von den Mitteln, durch die die Rechnung in der kapitalistischen Wirtschaft erst möglich wird. So wichtig die Tatsache des Geldes in der Wirtschaft ist und so sehr es erst durch das Geld ermöglicht wird, die verschiedenen Qualitäten auf eine Quantität zu reduzieren, so sehr wird durch die Warenfunktion des Geldes in der kapitalistischen Wirtschaft seine eigentliche Funktion, nämlich die, gemeinsamer Nenner für alle Güter zu sein, verdunkelt und verschoben.

Die kapitalistische Wirtschaft hat die Rechnungslegung, ihre Funktion und ihre Methoden verschoben, aber das darf uns nicht übermäßig bei der Beurteilung der Frage beeinflussen, welche Bedeutung die Wirtschaftsrechnung für jede Wirtschaft hat und ob eine sozialistische Wirtschaft eine Rechnungslegung im Sinne der genauen Erfassung der Kosten der Produktion

benötigen wird. Die Vorstellung, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung von selbst, gewissermaßen automatisch, mit dem allergrößten Reichtum an Konsumtionsmitteln gesegnet sein wird, die Vorstellung von der höheren Phase des Kommunismus, in der jeder aus freien Stücken und ohne besondere Mühe soviel produziert, daß dadurch alle irgendwie denkbaren Bedürfnisse der Menschen reichlich gedeckt werden können, darf zumindest nicht auf die erste Phase einer sozialistischen Wirtschaft angewendet werden. Zunächst steht es fest, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung genau so wie jede andere wird haushalten müssen. Nimmt man aber keine Wirtschaft von übersprudelnder Produktivität an, sondern stellt man sich eine Wirtschaft vor, in der man zunächst die Produktivität der kapitalistischen Wirtschaft behaupten will, dann allmählich zu besseren Produktionsmethoden und zu erhöhter Produktivität aufzusteigen bemüht ist, so ist damit auch schon die Frage entschieden, ob eine sozialistische Wirtschaftsordnung die Rechnungslegung kennen wird oder nicht. Entscheidend ist, daß auch eine sozialistische Wirtschaft die primäre Tatsache des Kostenbegriffes kennen wird, d. h. daß auch in ihr Arbeitserfolg und Bedürfnisbefriedigung an die Voraussetzung von vorausgegangenem Arbeitsleid, der Verwendung menschlicher Arbeitskraft und des Verbrauches sachlicher Produktionsgrundlagen geknüpft sein wird,¹⁾ daß jeder Arbeitsprozeß genügend Erfolg wird aufweisen müssen, um die vorhergehenden Aufwendungen zu decken. Die Geltung des Kostengesetzes in der sozialistischen Wirtschaft bedeutet auch deswegen die Notwendigkeit der Rechnungslegung, weil das Kostengesetz selbstverständlich das Streben nach höchster Rationalität, d. h. nach Erreichung des größten Erfolges bei möglichst niedrigem Aufwand hervorruft. In diesem Sinne wird die sozialistische Wirtschaft — wenigstens in ihrer ersten, wahr-

¹⁾ Wir wollen damit, daß wir immer von der Verwendung zweier Elemente, der Arbeitskraft und den sachlichen Produktionsvoraussetzungen sprechen, nicht Antimarxisten das Argument liefern, daß auch die Marxisten, dort, wo es sich um die praktische Anwendung der Theorie handelt, die beiden Kategorien, Arbeitskraft und sachliche Produktionsvoraussetzungen verwenden müssen. Diese Terminologie hat mit einer werttheoretischen Stellungnahme nichts zu tun, sondern will auf dieser Stufe die Darstellung möglichst vereinfachen.

scheinlich aber auch in ihren späteren Phasen — eine rationelle Wirtschaft sein müssen, sowie es die kapitalistische Wirtschaft mit Hilfe der Rechnungslegung zu sein bestrebt ist, nur daß wieder durch die Tatsache des Privateigentums an den Produktionsmitteln dieses Streben in der kapitalistischen Wirtschaft gänzlich verschoben wird. Hier wird ja die Rationalität nicht nach dem Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg gemessen, sondern der Reingewinn des privaten, die allgemeinen wirtschaftlichen Vorgänge erst in zweiter Linie beachtenden Unternehmers ist der Maßstab für die kapitalistische Rationalität. Und nur innerhalb des außerordentlich schmalen Rahmens, in dem sich Gewinn des Unternehmers und gesamtwirtschaftlicher Vorteil decken, ist der Maßstab des Gewinnes auch der richtige Maßstab für die Rationalität der Wirtschaft.

Aber die Frage, um die es hier eigentlich geht, und die von den Gegnern der sozialistischen Wirtschaft immer wieder aufgeworfen wird, ist nicht, ob eine Rechnungslegung in der sozialistischen Wirtschaft nötig, sondern ob sie in ihr möglich sein wird. Die Frage geht auf den Grund der Dinge. Sie geht um nicht mehr oder weniger als um die Möglichkeit der sozialistischen Wirtschaft überhaupt, denn eine Wirtschaft, in der es nicht möglich ist, Aufwand und Erfolg miteinander zu vergleichen, geschweige denn sie bewußt in ein bestimmtes wünschenswertes Verhältnis zu bringen, ist eben unrationell. Eine solche Wirtschaft, die niemals weiß, ob sie nicht auch mit geringerem Aufwand dieselbe Gütermenge erzeugen könnte, oder eine Wirtschaft, die nicht weiß, wieviel von dem Ergebnis der Produktion verbraucht, wieviel zur Deckung des Verschleisses und zur Erweiterung der Produktion, d. h. zur Verbesserung der Bedarfsdeckung zurückgestellt werden muß, ist auf die Dauer nicht möglich, da sie binnen kurzem bankrott werden und in den Zustand der vollkommenen Unübersichtlichkeit versinken muß. Die Frage, ob in einer sozialistischen Gesellschaft die Wirtschaftsrechnung möglich ist oder nicht, ist also eine der Schicksalsfragen des Sozialismus überhaupt.

Von modernen Nationalökonomern haben sich in letzter Zeit Max Weber²⁾ und Ludwig Mises³⁾ mit diesem Problem

²⁾ Max Weber, „Wirtschaft und Gesellschaft“, I. Teil;

auseinandergesetzt. Vor allem Max Webers Darstellung muß von allen, die sich mit der Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus befassen, sehr aufmerksam beachtet werden, während Mises, der vermeint, als Erster nicht bloß die „ethische“ Unmöglichkeit eines sozialistischen Gemeinwesens, sondern auch seine wirtschaftliche und gedankliche Undurchführbarkeit bewiesen zu haben, die Vorurteilslosigkeit seiner wissenschaftlichen Ausführungen durch seine kleinliche Voreingenommenheit gegen alles Sozialistische von vornherein in Frage stellt. Webers Darstellung gipfelt in dem Satz: „Materiale und (im Sinne exakter Rechnung) formale Rationalität fallen eben unvermeidlich und weitgehend auseinander; diese grundlegende und letztlich unentrinnbare Irrationalität der Wirtschaft ist eine der Quellen aller ‚sozialen‘ Problematik, vor allem: derjenigen des Sozialismus“ (Seite 60). Die formale Rationalität ist nach Max Weber bedingt durch das „Maß der . . . technisch möglichen und wirklich angewendeten Rechnung“, materiale Rationalität hängt ab „von der tatsächlichen Versorgung von Menschengruppen, die durch ein bestimmtes wirtschaftliches orientiertes soziales Handeln ermöglicht wird“. Die Rechnung ist nach Weber am besten in Geld möglich und zwar gibt es für ihn nur die Kapitalsrechnung, das ist „die Schätzung und Kontrolle von Erwerbchancen und -erfolgen durch Vergleichung des Geldschätzungsbetrages einerseits der sämtlichen Erwerbsgüter (. . .) bei Beginn und andererseits der . . . Erwerbsgüter bei Abschluß des einzelnen Erwerbsunternehmens oder . . . einer Rechnungsperiode durch Anfangs- bzw. Schlußbilanz“. Die formale Rationalität ergibt vermittels der Kapitalrechnung Gewinn oder Verlust und somit ist für Weber die höchste rechenmäßige Rationalität mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erreicht.

im „Grundriß der Sozialökonomik“, 3. Abtlg., vergl. insbesondere §§ 9–14, S. 44 ff.

³⁾ Mises hat seine Gedanken über diese Frage zuerst in dem Aufsatz „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ niedergelegt, der im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, 47. Band, erschienen ist. Er hat seine dortigen Ausführungen fast unverändert in seine neueste Arbeit herübergenommen, die der „endgültigen“ Abschlichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung gewidmet ist: „Gemeinwirtschaft“, Jena 1922.

Die materiale Rationalität existiert für ihn nur dann, wenn nach einem bestimmten Prinzip ohne Rücksicht auf Gewinn und Verlust die Beteiligung von Menschen mit Gütern erfolgt, wenn nur auf die Bedarfsdeckung gesehen wird und durch die ganze gesellschaftliche Organisation, vor allem durch das Verteilungssystem nach der restlosen Durchführung dieser Prinzipien getrachtet wird. Diese beiden nach Max Webers Ansicht möglichen Formen der Rationalität gehen weit auseinander, und so wird die kapitalistische Wirtschaft für ihn die Wirtschaft mit der höchsten formalen, rechenmäßigen Rationalität, weil sie kapitalismäßig rechnet. Als Gegenpol dazu betrachtet er die Planwirtschaft mit Naturalrechnung, da es ihr nicht darauf ankommt, rechenmäßig rational vorzugehen, sondern nur die Verteilung der Güter nach gewissen Gesetzen durchzuführen. Wir weichen hier schon von der Weberschen Auffassung ab. Ganz abgesehen von der Frage, ob eine Wirtschaft, die gewisse Verteilungsgrundsätze anwendet und danach die Einkommensbildung einrichtet, rechenmäßig vorgehen kann oder nicht,⁴⁾ halten wir es für unrichtig, die sozialistische Wirtschaft allein durch die materiale Rationalität, also lediglich durch gewisse soziale Verteilungsgrundsätze zu charakterisieren. Wer das tut, betrachtet das Problem der Sozialisierung nur von einer Seite und dabei nicht einmal von ihrer wesentlichsten. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die dadurch hervorgerufene Orientierung des Wirtschaftens im Kapitalismus, die Zerreißung der durch die Arbeitsteilung notwendigerweise auf einander angewiesenen Produzenten, der Versuch der einzelnen Wirtschaftler, sich von den Gesetzen der Gesamtwirtschaft zu emanzipieren, die dadurch hervorgerufene Planlosigkeit der Wirtschaft, ihre ganze Organisierung nach dem Gesichtspunkte des Reingewinns und nicht nach der gesellschaftlich allein entscheidenden Kategorie der Deckung der Kosten, des Verschleißes und der Produktionserweiterung: all das soll mit der kapi-

⁴⁾ Das Problem, wie die Kosten der sozialen Verteilungsgrundsätze genau erfaßt werden können, wird ausführlich in einer anderen Auseinandersetzung über die sozialistische Rechnungslegung behandelt. Vergl. Karl Polányi, „Sozialistische Rechnungslegung“, „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Bd. 49, Heft 2, Seite 377 ff.

talistischen Wirtschaft aus der Welt geschaffen werden. Die sinnlose Verteilung ist kein konstitutives Merkmal der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und deswegen wird die Hauptveränderung nicht in der Aufhebung der kapitalistischen Verteilungsmethode allein bestehen. Wir halten es also zunächst für unrichtig, wenn Max Weber die sozialistische Gesellschaftsordnung ausschließlich durch soziale Verteilungsgrundsätze charakterisiert und ihre ganze Organisation nur auf dieses eine Ziel abgestellt wissen will.

Dazu kommt noch, daß Weber einen extremen Typ einer sozialisierten Wirtschaft herausgreift, nämlich die Naturalwirtschaft nach Otto Neurath, dem es sich freilich vor allem um die planmäßige Verteilung handelt. Deswegen findet man in seinen Schriften auch wenig, um nicht zu sagen gar nichts, über die Organisation der Produktion in seiner Planwirtschaft. Die Neurath'sche Planwirtschaft verzichtet auch tatsächlich auf die rechenmäßige Rationalität, ihm handelt es sich nur um ein Zuteilen von Gütern. Aber Max Weber war in seiner Polemik gegen die sozialistische Wirtschaft verpflichtet, auch andere, wohl eher zur Durchführung gelangende Formen der Sozialisierung heranzuziehen und bei ihnen die Möglichkeit rechenmäßiger Rationalität bei materialer Durchsetzung sozialer Verteilungsprinzipien zu untersuchen. Es ist hier noch nicht Gelegenheit, ins Detail zu gehen und etwa eine sozialistische Gesellschaftsordnung „utopisch“ zu schildern, bei der das möglich wäre, aber soviel soll schon hier gesagt sein, daß man sich eine sozialistische Gesellschaftsordnung auch recht gut anders denn als eine „Allerweltskaserne“ vorstellen kann, in der jedem Einzelnen Bücher zugewogen und in der die Bewohner eines jeden Hauses zeitweise ins Kino geführt werden usw.⁵⁾ Gerade darin besteht die außerordentliche Bedeutung des Gildensozialismus, daß er die Sozialisten von den Kasernenidealen des Kriegssozialismus nun auch durch die positive Gestaltung einer „freien“ sozialistischen Wirtschaft zu befreien beginnt und es dadurch auf unserem Gebiete möglich

⁵⁾ Wir sind in der Ablehnung der letzten Konsequenzen der Planwirtschaft nach Otto Neurath mit Karl Kautsky einig, der in seinem letzten Buch „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ diese etwas persiflierenden, aber doch charakteristischen Beispiele anführt. (Stuttgart 1922.)

macht, auch in der Verrechnung ähnliche Wege zu beschreiten und an das kapitalistische Verrechnungssystem anzuknüpfen, so wie der Gildensozialismus etwa an die natürliche Gliederung und Organisation der Industrie anknüpft. So ist es vielleicht auch möglich, nach Max Weber rechenmäßig rationale Verrechnungsmethoden in die sozialistische Gesellschaftsordnung in ihrem gesunden Kern und nicht in ihrer kapitalistischen Verschleierung hinüberzuretten und trotzdem gleichzeitig gewisse soziale Verteilungsgrundsätze durchzusetzen, aber freilich immer in dem Bestreben, die Kosten dieser sozialen Eingriffe zu erfassen.

Wir sehen, daß es notwendig ist, die von Max Weber aufgestellten, vollkommen getrennten Typen verschiedener Arten von Rationalität zu vereinigen, sehen auch, daß diese Typisierung zum Zwecke der Unterscheidung von kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft zumindest nicht die wesentlichsten und entscheidenden Unterschiede zwischen beiden trifft. Selbst wenn man der Ansicht ist, daß diese Typisierung bei Max Weber wie jede andere nicht den Zweck haben kann, bloß tatsächliche Möglichkeiten festzuhalten, sondern vor allem abstrakte Gegensätze am schärfsten und klarsten zu präzisieren, so ist doch gerade diese Typisierung unzweckmäßig, weil sie auch den Gang der historischen Entwicklung, die diese beiden Gegensätze dialektisch versöhnen wird, übersieht. Der Weg der Entwicklung wird voraussichtlich der sein, daß wir uns nur allmählich von den kapitalistischen Verrechnungsmethoden entfernen, so daß nicht mit einem Male bei Unterbrechung der wirtschaftlichen Kontinuität die wesentlich anderen Grundsätze des von Max Weber aufgezeigten anderen Typus „hereinbrechen“ werden. Eine Wirtschaft, die lediglich nach der Durchsetzung sozialer Verteilungsgrundsätze orientiert, die durch gar keine anderen wesentlichen Momente zu charakterisieren ist und auch auf die Rechenhaftigkeit kein Gewicht legen würde, wäre eine Utopie, und eine solche darf einer Typisierung nicht zugrunde gelegt werden. Die Versöhnung der von Max Weber aufgestellten Gegensätze wird sich so vollziehen, daß in die von allen dem Privateigentum an Produktionsmitteln anhaftenden Merkmalen befleite Wirtschaft, die aber äußerlich mit ihrer Arbeitsteilung, ihrer industriellen Massenproduktion ein ähnliches Bild bieten

wird wie heute, Verteilungsgrundsätze aufgenommen werden, die aber jederzeit rechenmäßig rational erfaßt werden können und mit dem fortschreitenden Reichtum stärker zur Auswirkung kommen werden.

Die kapitalmäßige Geldrechnung ist nach Weber eine der Hauptbürgschaften für die Rationalität der kapitalistischen Wirtschaft. Hier trifft er sich mit Mises, der in seiner Darstellung erst mannigfache Irrfahrten durchmachen muß, bevor er von seinem Standpunkt der subjektiven Wertlehre zur objektiven Messung der Tauschwerte gelangt.⁶⁾ Mises weist darauf hin, daß die Rechnung mit Halbfabrikaten und überhaupt mit noch nicht genußreifen Gütern, der Austausch zwischen Fabriken, von denen die eine Halbfabrikate erzeugt und die andere sie übernimmt, um sie weiterzuverarbeiten, notwendigerweise den Naturaltausch ausschließt. Soweit mag man mit Mises und Max Weber einer Meinung sein; die Vorstellung Neuraths, daß es sich in der ganzen Wirtschaft nur um Bedarfsdeckung durch unmittelbar genußreife Güter und um „Lebenslagen“ handelt und daß die genußreifen Güter auf einem Tischlein-deck-dich erscheinen, wo sie klar und deutlich zur Zuteilung geordnet sind, hat erst zu diesen Einwänden geführt, die freilich von den Autoren nicht nur gegen die Planwirtschaft, sondern ungerechter Weise gegen jede sozialistische Ordnung vorgebracht werden. Wie allerdings eine Fabrik von Halbfabrikaten wirklich verrechnen, wie das Ergebnis eines einzelnen Betriebes festgehalten werden soll, ist ganz unklar, wenn man in der Planwirtschaft Neuraths den einzigen Weg zum Sozialismus sieht. Freilich, Mises verallgemeinert falsch, wenn er aus der Tatsache, daß eine Naturalrechnung nur die verkehrslosen Güter erfassen

⁶⁾ Vergl. „Gemeinwirtschaft“, a. a. O., Seite 101: „Rechnen kann man nur mit Einheiten. Eine Einheit des subjektiven Gebrauchswertes der Güter kann es aber nicht geben.“ Also kann man mit dem subjektiven Wert nicht rechnen und da man zur Rationalität der Wirtschaft nur auf dem Wege der Rechnung kommen kann, muß man also beim ersten Ansturm der ökonomischen Wirklichkeit die sonst sehr geistvolle subjektive Wertlehre über Bord werfen!! So kommt Mises auch tatsächlich zur Anerkennung des objektiven Tauschwertes, ohne sich allerdings die Frage vorzulegen, wie dieser objektive Tauschwert konstituiert wird.

kann, begeistert den Schluß zieht: „Jeder Schritt, der uns vom Sondereigentum an Produktionsmitteln und vom Geldgebrauch wegführt, führt uns auch von der rationellen Wirtschaft weg“. (Seite 107) Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, an dem Mises so hängt, ist noch lange nicht gleichbedeutend mit der Aufhebung der Geldwirtschaft, bezw. jeder Verrechnungsmöglichkeit. Das sieht Mises auch ein und so restringiert er diese falsche Verallgemeinerung selbst: „In der sozialistischen Wirtschaft, die zwar nicht notwendigerweise das Geld beseitigen muß, wohl aber den Ausdruck der Preise, der Produktionsmittel (einschließlich der Arbeit) in Geld unmöglich macht, kann das Geld in der Wirtschaftsrechnung keine Rolle spielen“ (Seite 109). Mises spricht dann weiter von einer sozialistischen Wirtschaft, bei der analog einem kapitalistischen Konzern zwischen den einzelnen Teilen des großen Ganzen abgerechnet werden müßte; er fragt nach der Möglichkeit, zwischen diesen Konzerngliedern zu verrechnen, und meint: „Das ist ganz und gar unmöglich, denn die selbständige Verrechnung der einzelnen Zweige eines und desselben Unternehmens beruht ausschließlich darauf, daß im Marktverkehr für alle Arten von verwandten Gütern und Arbeiten Marktpreise gebildet werden . . . Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung . . . Austauschverhältnisse der Produktivgüter können sich nur auf dem Boden des Sondereigentums an den Produktionsgütern bilden . . .“. Der sozialistischen Wirtschaft fehlt also der Markt; ohne Markt gibt es keine Güterbewertung, ohne Güterbewertung keinen Preis, ohne Preis keine Rechnung, ohne Rechnung keine Rationalität, ohne Rationalität keine Wirtschaft im eigentlichen Sinne des Wortes. Auch Max Weber gelangt schließlich zu demselben Ergebnis, daß die formale Rationalität an besondere Bedingungen geknüpft ist, deren erste ist „der Marktkampf autonomer Wirtschaften. Geldpreise sind Kampf- und Kompromißprodukte, also Erzeugnis von Machtkonstellationen“ (Seite 58). Und bei der Besprechung der Naturalrechnung sagt er im Vorbeigehen: „Für eine ‚Vollsozialisierung‘, das heißt eine solche, welche mit dem Verschwinden effektiver Preise rechnet, ist das Problem in der Tat durchaus

zentral“ (Seite 56). (Gemeint ist das Problem der Rechnung.) Auch bei Max Weber liegt also das Schwergewicht des ganzen Nachweises, daß in einer sozialistischen Wirtschaft, lies: Planwirtschaft, eine Preisbildung und daher auch eine Wirtschaftsrechnung unmöglich sei, in der von ihm angenommenen Tatsache, daß es in der sozialistischen Wirtschaft keinen Markt, keine Konkurrenz, kein freies Spiel von Angebot und Nachfrage und daher auch keine „effektiven Preise“, das sind eben solche, die das Ergebnis von „Marktkämpfen“ sind, gibt. Damit fällt die formale Rationalität der kapitalistischen Wirtschaft, die infolge des Privateigentums den Markt und die Konkurrenz kennt, und die materiale der sozialistischen Wirtschaft, die kein Privateigentum an Produktionsmitteln kennt, so weit auseinander, daß die sozialistische Wirtschaft nach Max Weber im heutigen Sinne rational unmöglich oder daß sie, um mit den unverblümteren Worten von Mises zu sprechen, „nicht durchführbar“ ist.

Der Markt, die Marktkonkurrenz, ist das große Fragezeichen, das sich vor der Möglichkeit einer sozialistischen Wirtschaft zu erheben beginnt. Ist es wahr, daß mit dem Wegfall des Marktkampfes in seiner heutigen Form die Preisbildung und die Kostenberechnung unmöglich sein wird, ist es weiter richtig, daß die Tatsache des kapitalistischen Marktkampfes in der sozialistischen Wirtschaft schlechthin unersetzlich ist, daß es in ihr gar keinen Anhaltspunkt für eine Wert- und Preisrechnung gibt, daß alle Bestrebungen, solche Anhaltspunkte durch die Kostenberechnung zu finden, sinnlos in der Luft schweben müssen und daß eine sozialistische Wirtschaft, weil sie nicht rational ist, weil sie nicht rechnen kann, Arbeitskräfte und sachliche Produktionsvoraussetzungen vergeuden und schließlich an der Unmöglichkeit, die Wirtschaft zu übersehen, zusammenbrechen muß? Alle diese schwerwiegenden Fragen sind nunmehr zu beantworten.

II.

Die kapitalistische Wert-, Geld- und Preisrechnung.

Der Markt ist das Allheilmittel der Vulgärökonomien, nach dem Verschwinden des Marktes in der sozialistischen Wirtschaft, nach dem Wegfall der Konkurrenzkämpfe, die sich auf ihm abspielen, gibt es nach Ansicht der bürgerlichen Ökonomen keine Preisfestsetzung mehr. Mit dem Verschwinden der „Effektivität“ der Preise (für die Effektivität gibt es eben nur eine Voraussetzung: den Markt) hört die Wirtschaft auf im bisherigen Sinne und überhaupt in jedem Sinne rational zu sein, sie ist dann nur mehr ein sinnloses Arbeiten ohne Überblick.

Wie vollzieht sich denn die Preisbildung? Die Waren kommen nicht als unbeschriebene Blätter auf den Markt, wo sie erst etwa durch ein gesamtwirtschaftliches Feilschen zwischen Anbietenden und Nachfragenden beschrieben werden, sondern jede Ware kommt mit einem bestimmten Gestehungspreis auf den Schauplatz der Konkurrenzkämpfe, und dieser Gestehungspreis, der in der kapitalistischen Wirtschaft trotz der angeblich wunderbaren Preisbildung durch Angebot und Nachfrage auf genaueste errechnet werden muß und ohne den es überhaupt keine kapitalistische Produktion und auch keinen Marktkampf geben kann, ist nichts anderes als die Auswirkung des Kostenprinzips. Hier ist erst der Angriffspunkt für den Konkurrenzkampf gegeben und er vollzieht sich vor allem deswegen, weil dieselben Waren oft mit verschiedenen Gestehungskosten auf den Markt kommen und die Konkurrenz nun ausgleichend zwischen den verschiedenen Produktionsmethoden wirken, nicht bewußt, wie das in einer gesellschaftlich organisierten Produktion der Fall wäre, sondern unbewußt und krisenhaft mit ungeheuren, nur durch die Konstruktion dieser Gesellschaftsordnung zu erklärenden Anstrengungen. Ist es also richtig, daß eine Preisbildung überhaupt nicht möglich ist, wenn die „Kohlengemeinschaft“ an die „Eisengemeinschaft“ liefert? Ist es nicht sogar im Kapitalismus so, daß die Berechnung der Gestehungskosten die wichtigste Funktion bei der Preisbildung inne hat? Hier

ist zunächst eine Feststellung notwendig. Diese Funktion des Marktes, ein Faktor der Preisbildung zu sein, ist für die sozialistische Rechnung nicht das wesentliche. Der durch den Marktkampf bedingte Vergleich der Gestehungskosten der verschiedenen, getrennt von einander produzierenden Betriebe, die dadurch hervorgerufene, stetige Kontrolle des Standes der Produktionsmethoden ist die große Leistung, die der kapitalistische Markt vollbringt, durch die die Produktionsmethoden der einzelnen Betriebe denen des besten und konkurrenzfähigsten angeglichen werden müssen. Hier, nicht auf dem Gebiete der Preisbildung, liegt die Hauptfunktion des Marktes und diese vor allem ist es, die uns zu beschäftigen hat. Lediglich bei ihr erhebt sich für unsere Untersuchung die Frage, ob die sozialistische Wirtschaft einen Ersatz für sie schaffen kann.

So wird die folgende Darstellung der kapitalistischen Geld-, Wert- und Preisrechnung durch die Darstellung der kapitalistischen Verrechnungsmethode zunächst den Beweis zu erbringen haben, daß die Gestehungskosten es sind, die bei der Preisbildung das erste Wort zu sagen haben; es wird hierauf die Bedeutung des kapitalistischen Marktes auf das notwendige Maß zu reduzieren und bei den verbleibenden, gesellschaftlich entscheidenden Funktionen des Marktes zu fragen sein, ob sie im fortgeschrittenen Kapitalismus dieselbe Bedeutung haben wie in seiner Jugendzeit und ob sie in einer sozialistischen Gesellschaft wirklich schlechthin unersetzlich sind.

* * *

Die kapitalistische Verrechnung gliedert sich in Vor- und Nachkalkulation. Die Vorkalkulation, die mit außerordentlichem technischen Wissen genau die zur Fabrikation notwendigen Materialien schätzt und ihre Preise, die notwendigen Arbeitsoperationen und deren voraussichtliche Dauer berechnet, ihre beste Aufteilung auf den vorhandenen Maschinenpark usw. vor Beginn der Produktion vornimmt, dient vor allem technischen und verkaufstechnischen Zwecken. Sie ist mehr Kostenüberschlag als Verrechnung, aber auch sie wäre nicht in diesem Ausmaße und mit dieser Genauigkeit notwendig, wenn bei Bestellungen zur direkten Erzeugung — hier wird ja vor allem eine genaue Vorkalkulation erstellt — nur Angebot und Nachfrage für die Preis-

gestaltung bestimmend wären. Die Nachkalkulation berechnet an Hand der inzwischen ausgefertigten Materialabrechnungsscheine die Kosten des aufgewendeten Materials und an Hand der Arbeitsscheine die Kosten für die aufgelaufene Arbeit; die Summe ergibt die tatsächlichen Gesteungskosten, die ja auch neben einem — gewöhnlich festen — Gewinnzuschlag dem Faktorenpreis zugrunde gelegt werden. Wären Angebot und Nachfrage allein entscheidend, dann wäre diese genaue und zeitraubende Berechnung nur eine Spielerei, die nur gerade zeigen würde, wieviel der Produzent durch das Diktat von Angebot und Nachfrage verliert oder um wieviel sein Produktionsapparat noch kostspieliger ist als der seiner Konkurrenz; dieser letztere Erkenntniswert ist allerdings in den kapitalistischen Berechnungen auch tatsächlich enthalten, in diesem Sinne liegt auch tatsächlich ein Konkurrenzkampf vor. Die kapitalistische Verrechnung kann, wenn sie in einer Fabrik vollkommen und reibungslos durchgeführt ist, jederzeit den Wert eines Halbfabrikats, eines in Erzeugung begriffenen Arbeitsstückes, die Kosten jeder einzelnen Arbeitsoperation genau ermitteln. Sie kann feststellen, in welcher von mehreren Werkstätten einer Fabrik, auf welcher von mehreren Maschinen, mit welcher von mehreren Arbeitskräften sich eine Arbeitsoperation billiger stellt, sie kann also jederzeit die Rationalität des Erzeugungsprozesses aufs höchste steigern. Dazu kommt noch eine andere Leistung der kapitalistischen Verrechnungsmethode; in jeder großen Fabrik gibt es eine Anzahl von Aufwendungen und Ausgaben, die nicht direkt in das tauschfähige Produkt eingehen. Die komplizierte Serienerzeugung, die Produktion z. B. einer Anzahl von gleichen Maschinen erfordert zur technischen Exaktheit und zur Mechanisierung des Arbeitsprozesses eine Reihe von Vorrichtungen und Werkzeugen, die lediglich zur Erzeugung dieser Serie hergestellt werden. Alle diese Produkte, die nicht in den Verkauf (in einer sozialistischen Wirtschaft nicht in den Verbrauch) eingehen, lasten aber mit ihren Kosten auf dem zu verkaufenden Produkt. Eine Reihe von Materialien wie z. B. Schmieröl oder die Kohle, die für den elektrischen Strom oder der Dampf, der zur Erwärmung der großen Werkstättenhallen notwendig ist, lasten alle mit ihren Kosten auf einer großen Zahl von Produkten, müssen

alle von der kapitalistischen Verrechnung festgehalten und ihre Wirkung auf den Preis eines einzelnen Stückes errechnet werden; die Gehälter der Angestellten, die in der Fabrik beschäftigt sind, die die Erzeugung als Ganzes belasten, sie alle werden unter den Regien erfaßt. Dazu kommt noch eine Reihe von anderen Ausgaben, die dem einzelnen Produkt angelastet werden müssen oder genauer ausgedrückt: im wirtschaftlichen Erfolg der Produktion (in einer Waren tauschenden Wirtschaft eben im Preis), den die Waren erzielen, ist ein bestimmter Prozentsatz diesen Regien zuzurechnen, und es gehört ebenfalls zu den großen Leistungen der kapitalistischen Verrechnungsmethode, diese Feinheiten in der Wirtschaftsrechnung ermöglicht zu haben. Dieses Prinzip der Kostenberechnung, das sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu ihrem technisch sehr komplizierten Apparat geschaffen hat, kann auch die sozialen Kosten berechnen, die auf der Produktion lasten. Jede gut geleitete Fabrik kann sofort mitteilen, was irgend eine sozialpolitische Maßnahme kostet, was z. B. das Arbeiterurlaubsgesetz an unproduktiven Löhnen verursacht und wie sich irgend ein Produkt durch die infolgedessen darauf lastenden höheren Regiesätze verteuert. Auch irgendwelche soziale Grundsätze, die in der Verteilung durchzuführen wären, könnten so ohneweiters erfaßt werden. Die Kinderversicherung z. B., die ja nichts anderes als einen solchen Verteilungsgrundsatz darstellt und die höhere Entlohnung, d. h. die bessere Versorgung einer mehrköpfigen Familie bedingt, kann sofort in jeder einzelnen ordentlich geführten Fabrik mit ihren Kosten auf jedes einzelne Produkt, das diese Fabrik verläßt, aufgeteilt werden. Auch wenn in einer sozialistischen Gesellschaft eine Fabrik etwa gezwungen werden sollte, einen Teil ihrer Produkte „unentgeltlich“ für die Versorgung einer gewissen Gruppe zur Verfügung zu stellen, so würde sich das sofort in höheren Regiesätzen bei den anderen Produkten äußern, und wenn wir uns die sozialistische Gesellschaft als eine kapitalistische Gesamtfabrik vorstellen, so ergibt sich damit schon die Andeutung einer Lösung des Problems, wie man in einer sozialistischen Wirtschaft die sozialen Kosten der Produktion und der Verteilung erfaßt. Karl Polányi müht sich mit diesem

Problem in seiner Arbeit „Sozialistische Rechnungslegung“¹⁾ eigentlich unnütz, weil er die Methoden der kapitalistischen Verrechnung nicht beachtet, durch welche aber die ihm außerordentlich schwierig erscheinende Frage verhältnismäßig einfach gelöst werden könnte. Gerade zur Beantwortung der von Max Weber aufgeworfenen Frage, ob formale (rechenmäßige) und materiale Rationalität vereinbar, d. h. ob die Kosten sozialer Verteilungsgrundsätze genau erfaßt und kalkuliert werden können, ist die eben gezeigte Möglichkeit sehr wichtig.

Aber kehren wir zu unserem Problem zurück! In einer Wirtschaft, die mit höchster Subtilität eine solche Verrechnung ausgebildet hat und die in jedem einzelnen Unternehmen einen großen Teil seines Überschusses für die Errechnung der genauen Produktionskosten verwenden läßt, kann Angebot und Nachfrage nicht die letzte, allein entscheidende Instanz für die endgültige Preisfestsetzung sein. Die Unternehmer können sich nur hie und da vollständig von diesem Gesetz, das eigentlich nichts erklärt und mit seinen Versuchen den Eindruck erweckt, als wollte sich einer an seinem eigenen Schopf aus dem Wasser ziehen, leiten lassen und z. B. bewußte Verlustgeschäfte machen, d. h. unter den errechneten Selbstkosten Waren verkaufen; aber selbst dieser Fall setzt die genaue Kostenberechnung voraus. Auch das Feilschen am Markt ist nichts, was sich jenseits der genauen Kenntnis der Kosten abspielt, sondern Lieferungsverträge werden an Hand der Vorkalkulationen verhandelt, die im fortgeschrittenen Kapitalismus gar nicht mehr solche Geheimnisse sind, und wenn man mit den Preisen nicht „zusammenkommt“, dann werden die Kalkulationen noch einmal bis ins letzte Detail nachgerechnet, werden noch einmal die Arbeitszeiten für die einzelnen Operationen, wird der technische Produktionsapparat überprüft, damit man die Gestehungskosten noch weiter senken kann; aber daß sich nach naiven Vorstellungen die Preise auf dem Markt „automatisch“ festsetzen und daß man mit dem Wegfallen des Marktes überhaupt nicht mehr wüßte, was die Güter kosten, ist eine vollkommen vulgärökonomische Vorstellung.

¹⁾ „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“
Bd. 49, Heft II, Seite 377 ff.

Die Frage der Monopolpreise, der Preise von Bergwerksprodukten und allen Gütern, in welche „Geschenke der Natur“ an den Menschen eingegangen sind, spielt auch in diesen Problemkreis herein. Es soll hier nicht die von den subjektiven Werttheoretikern aufgeworfene Frage diskutiert werden, ob die Marxsche Wertlehre überhaupt imstande ist, den Monopolpreis zu erklären. Dieser Streit um einen Punkt der Marxschen Wertlehre, der als gesamtökonomisch nicht besonders wichtig, bisher in der Arbeitswertlehre keinen rechten Platz gefunden hat, soll hier nicht aufgeworfen werden. Der praktische Einwand aber, der von dem theoretischen Gesichtspunkt der subjektiven Werttheoretiker aus gemacht wird, geht dahin, daß eine sozialistische Gesellschaft, die den Arbeitswert konstituieren will, vor allem daran zugrunde gehen muß, daß für die Monopolgüter, das heißt für jene Güter, die nur in einer gewissen, nicht beliebig vermehrbaren Menge vorhanden sind, nur die tatsächlich aufgelaufenen Selbstkosten berechnet werden, die eben zur Förderung der Kohle oder z. B. des Kalis usw. notwendig sind. Damit wäre aber der Preis ein so niedriger²⁾ und demgemäß der Verbrauch dieser Güter ein so großer, daß die gesamte Wirtschaft sehr bald verarmen und zu einem allgemeinen Stillstand kommen müßte. Dieser Einwand ist vom Standpunkt der privatkapitalistischen Denkweise begreiflich. Man muß ihm aber entgegenhalten, daß die sozialistische Gesellschaft dieser Gefahr vor allem dadurch vorbeugen kann, daß sie in ihrem wirtschaftlichen

²⁾ Ludwig Mises geht in seinem Buch „Gemeinwirtschaft“ in der Verteidigung des Kapitalismus und seiner unerfreulichsten Erscheinungen, der Rente des Monopolisten, so weit, daß er auch die Bergwerksrente als einen Segen preist. „Entsteht nun ein derartiges Monopol, dann tritt an Stelle des Konkurrenzpreises der höhere Monopolpreis. Das Einkommen der Besitzer der Bergwerke steigt . . . Daß im Bergbau Monopolpreise vielfach an Stelle der Konkurrenzpreise treten, hat zur Folge, daß man mit den kostbaren Bodenschätzen ökonomischer umgeht . . . je weniger die Menschen diesen Vorrat angreifen, desto besser sorgen sie für die Wirtschaft der kommenden Geschlechter. Wir erkennen nun, was es zu bedeuten hat, wenn man in dem Fall des Monopols einen Gegensatz zwischen volkswirtschaftlicher Produktivität und privatwirtschaftlicher Rentabilität erblickt . . .“ (Seite 382—83). Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist eben so glänzend eingerichtet, daß man in ihr des Umwegs über die Monopolrente bedarf, um einen sinnvollen Plan für den Abbau der Kohlenlager ersetzen zu können.

Gesamtplan das Ausmaß des Verbrauches an diesen Seltenheitsgütern festsetzt, also durch Rationierung die Gefahren der „unrichtigen“ Preisbildung vermeidet. Aber selbst wenn man diesen Weg nicht einschlagen, wenn man um jeden Preis diesen Eingriff in die Wirtschaft vermeiden wollte, so hat auch die sozialistische Wirtschaft die Möglichkeit, die Preise höher festzusetzen, als das in den tatsächlichen Selbstkosten begründet wäre. Durch diese Preisfestsetzung wird der Konsum ebenso wie durch die Rationierung gedrosselt, wobei die Frage in diesem Zusammenhang nicht berührt werden soll, welche Wirtschaftspolitik von den beiden angeführten Methoden einer sozialistischen Wirtschaft angemessener ist. Damit ist freilich das werttheoretische Problem, das hier aufgerollt ist, nicht gelöst, wohl aber eine praktische Möglichkeit aufgezeigt, wie eine sozialistische Wirtschaft trotz des Fehlens des Marktes und der marktmäßigen Festsetzung der Monopolpreise ein vorzeitiges Verschleiß der Seltenheitsgüter verhindern wird.

Auch die subjektiven Werttheoretiker, die hier so gern die Selbstherrlichkeit des Marktes nachweisen möchten, können auch bei den Monopolgütern nicht um die Notwendigkeit einer genauen Kostenberechnung herumkommen. Um überhaupt zu wissen, wie hoch ihre Rente festgesetzt werden soll und wie sie bei den Monopolgütern die Abnehmer „schröpfen“ sollen, müssen sie zunächst wissen, welche tatsächlichen Gestehekosten aufgelaufen sind. Sie kommen also auch bei diesem Beispiel, das für ihre Ausführungen die weitestgehenden Voraussetzungen enthält, nicht über die primäre und grundlegende Selbstkostenberechnung hinweg.

Aber diese Verehrung des Marktes und die Unmöglichkeit, sich eine Wirtschaft vorzustellen, in der er sich nicht in genau derselben Form abspielt wie innerhalb des Kapitalismus, ist begreiflich und bei Vulgärökonomen entschuldbar. Wir haben es mit nichts anderem zu tun, als mit dem Marktfetischismus, der sich dem von Marx so trefflich gekennzeichneten Warenfetischismus würdig anreihet. Marx sagt darüber: „Das Geheimnisvolle der Warenproduktion besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeits-

produkte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtheit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen . . . Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt blicken. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt der Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist.“³⁾ Derselbe Fetischcharakter, der die Waren begleitet, wird auch dem Ort, wo sich die Waren begegnen, angedichtet. Die Waren kommen auf den Markt als Tauschbarkeiten und sind vorher nichts als Nützlichkeiten, sie kommen auf den Markt und sind bereits Ergebnisse der Verwendung menschlicher Arbeitskraft und sachlicher Produktionsvoraussetzungen. Auf dem Markt wird nur das festgestellt, was an den verschiedenen Waren gemeinsam ist. Die gesellschaftliche Tatsache des zwangsweise aufeinander Bezogen-Seins der Produzenten, die sie nötigt, mit — vorher schon ziemlich genau ihrem Wert nach bestimmten — Nützlichkeiten auf dem Markt zu erscheinen, wird nun plötzlich umgedeutet, und der Markt, der nur der Ort ist, an dem sich das vollzieht und dessen Existenz eben nur die Folge dieser gesellschaftlichen Voraussetzungen, nämlich einer Produktion mit Privateigentum an den Produktionsmitteln ist, wird von den Vulgärökonomen methaphysisch umgedeutet in ein Wunder, durch das erst die Preise der Waren auf dem Markt gebildet werden. Und das wollen wir den Marktfetischismus nennen.

Er ist so stark, daß selbst ein Marxist vom Range Karl Kautskys sich dazu verleiten läßt, den Marktpreis in seiner Bedeutung zu überschätzen und sogar von „historisch überkom-

³⁾ Karl Marx „Kapital“ I. (Volksausgabe), Stuttgart 1914, Seite 36.

menen Preisen“ zu sprechen, die einmal auf dem Markt gebildet wurden und in der Anfangsperiode der sozialistischen Wirtschaft nun für lange Zeit den Vorzug ihrer Entstehung durch realen Marktkampf haben. Auch für Marxisten liegt die Überschätzung der Wichtigkeit der Marktvorgänge nahe und ist besonders dann begreiflich, wenn man bei der Betrachtung der praktischen Preisbildung und der tatsächlichen Verrechnungsmethode zu sehr an die Theorie der Durchschnittsprofitrate und ihrer Entstehung durch die Konkurrenz denkt. Dabei zeigt es sich, daß der Schrecken über den angeblichen Gegensatz zwischen dem ersten und dritten Band des „Kapitals“ manchem Marxisten zu sehr in die Glieder gefahren ist; die Tatsache, daß auf dem Markt die Waren zu einem anderen Preis verkauft werden als dem Arbeitswert entspricht, diese Tatsache, die der dritte Band mit der kapitalistischen Konkurrenz, mit der leichten Beweglichkeit der einzelnen Kapitalien von Produktionssphären mit niederer in solche mit höherer organischer Zusammensetzung erklärt, verleitet zu der unrichtigen Vorstellung, daß die genaue Wertbestimmung der Waren durch die Produzenten unmöglich ist, da sich auf dem Markt die Waren ohnedies zu anderen Preisen verkaufen als es ihrem Wert entspricht. „Der Wert setzt sich nur in der Weise durch, daß Abweichungen des Marktpreises vom Wert . . . je größer sie werden oder je länger sie dauern, immer stärkere Widerstände hervorrufen, durch die Veränderungen der Produktionspreise herbeigeführt werden, die jener Abweichung des Preises vom Wert entgegenwirken.“⁴⁾

Die Waren werden infolge der Ausgleichung der Profitrate in den verschieden zusammengesetzten Produktionssphären nicht genau zu ihrem Werte, sondern bald unter, bald über ihm verkauft. Da sich diese Entwicklung durch die Konkurrenz abspielt, da die Realisierung des Profits auf dem Markt vollendet wird, da sich also dort die endgültige Wertgröße ergibt, die oft vom Arbeitswert abweicht, ist auch ein Marxist in Versuchung, den Markt zu überschätzen. Diese „Verlegung“ des Wertgesetzes kommt aber nicht derart zustande, daß die Produzenten auf den Markt kommen und dort diese Ausgleichung vornehmen müssen, etwa

⁴⁾ Kautsky, „Proletarische Revolution und ihr Programm“ (Seite 320—321).

in der Art, daß auf die gegebenen Gesteungskosten eine durch Angebot und Nachfrage bestimmte und durch die Marktverhältnisse gegebene Durchschnittsprofitrate aufgeschlagen wird und daß man infolge der Absatzverhältnisse keine anderen Preise erzielen kann; von dem auf dem Markt erzielten Preis würde eine gewisse Quote den Gesteungskosten zugerechnet werden, der Rest wäre dann die Profitrate. Es muß nicht erst ausführlich gezeigt werden, daß der tatsächliche Vorgang sich ganz anders abspielt. Die Durchschnittsprofitrate setzt sich schon vorher, bei der Festsetzung der Gesteungskosten, in der Form durch, daß man im entwickelten Kapitalismus gewohnt ist, mit festen Gewinnsätzen zu rechnen, die im allgemeinen für eine Konjunkturperiode gleichbleiben und die auf alle Produkte bei der Preisstellung als Minimum aufgeschlagen werden; diese Gewinnsätze entsprechen dem theoretischen Begriff der Durchschnittsprofitrate. Nicht der Markt, auf dem die fertigen Produkte ausgetauscht werden, ist es, der selbst vermöge gewisser geheimer ihm innewohnender Kräfte diese Korrektur vornimmt, sondern die allgemeine Konkurrenz der Kapitalien um die beste Anlage-sphäre und die Konkurrenz in einem höheren Sinne nimmt diese Ausgleichung vor. Der Markt leistet also auch in dieser Beziehung nichts, was nicht schon früher vorhanden wäre.

Doch wir würden dem Markt Unrecht tun, wollten wir nicht eine Leistung anerkennen. Der Markt ist nicht nur der Ort, wo sich Angebot und Nachfrage kreuzen, wo Käufer und Verkäufer feilschen, sondern es begegnen sich dort auch die verschiedenen Produkte, die in verschiedenen Erzeugungsstätten mit verschieden günstigen standortsmäßigen Voraussetzungen, mit verschieden weit fortgeschrittenen Produktionsmethoden, mit verschiedenen Arbeitskräften erzeugt wurden. Alle diese verschiedenen Qualitäten drücken sich in der kapitalistischen Geldwirtschaft nur in einem aus: im Preis. Nicht etwa in jenem, der erst auf dem Markt durch ein nebuloses Feilschen gebildet wird, sondern gerade in jenem, der den Erzeugungskosten zuzüglich des wahrscheinlich überall gleichen Gewinnzuschlages entspricht. Aus der Verschiedenheit der Preise sehen nun die verschiedenen Unternehmer, wie weit ihre Produktionsmethoden und der Zustand ihrer Fabrik hinter der besten Erzeugungsstätte, das ist der mit den niedrigsten

Preisen bei gleichen Gewinnaufschlägen zurückbleibt. Und nun setzt nicht etwa der Marktkampf um einen in der Mitte liegenden Preis ein, sondern es beginnen nunmehr in allen noch nicht vollendet produzierenden Betrieben die Bemühungen um die Verbesserung, d. h. die Verbilligung der Produktion. Kann der billigste Produzent den gesamten Bedarf decken, dann wird er alle Aufträge, die zu holen sind, einheimsen, wenn nicht, wird auch der nächst teuere Betrieb zur Lieferung herangezogen werden, und der beste Produzent wird wahrscheinlich einen Surplusprofit einstreifen können. Die anderen Produzenten werden inzwischen ihre Produktionsmethoden zu verbessern trachten und so bietet das Zusammentreffen der verschiedenen Produktionsmethoden oder, besser gesagt, ihrer Ergebnisse den Ansporn zur immer weiter fortschreitenden technischen Vervollkommnung der Produktion. Unsere Marktfetischisten werden einwenden: „Ja, auch wir haben nur diese Tatsache allein unter dem Marktkampf und dem Spiel von Angebot und Nachfrage verstanden“. Und in der Tat liegt die Versuchung nahe, unsere etwas despektierliche Meinung von der Funktion des Marktes umzustoßen, wenn man sich nicht auch hier vom Marktfetischismus rücksichtslos zu befreien weiß. Ist es denn wirklich das alleinige Verdienst des Marktes, daß sich dieser Konkurrenzkampf abspielt? Sehen wir von der die wahren wirtschaftlichen Zusammenhänge verschleiernenden Warenproduktion ab und nehmen wir eine Wirtschaftsordnung ohne Privateigentum an Produktionsmitteln an, in der es z. B. mehrere Maschinenfabriken gibt, die alle Werkzeugmaschinen der gleichen Type erzeugen, weil eine allein nicht den Bedarf decken kann; nehmen wir weiter an, diese Wirtschaftsordnung habe die Möglichkeit nachzurechnen, sie habe nicht bloß die von Otto Neurath vorgeschlagene, etwas umständliche und unklare Methode, das Eingangs- und Ausgangsmaterial zu vergleichen, sondern es sei ihr möglich, das Betriebsergebnis ganz strikte zu erfassen, dann wird sich wahrscheinlich herausstellen, die Unterschiede der Betriebsergebnisse sehr groß sein werden, daß so lange noch die Fabriken die aus der privatkapitalistischen Zeit überkommene Methode des Geheimhaltens von Betriebsgewohnheiten, Erzeugungsmethoden usw. beibehalten. Wird man nun den Ursachen dieser verschiedenen Ergebnisse auf den Grund

gehen — und man wird das umso besser tun können, als ja das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht mehr hindernd im Wege steht — so wird man die Produktionsmethoden dieser Fabriken einander angleichen können, man wird die Regiesätze auf den Stand der Fabrik mit den niedrigsten Regien zu bringen trachten, die einzelnen Arbeitsoperationen nach der vernünftigsten Aufteilung auf den vorhandenen Maschinenpark vornehmen, man wird den Maschinenpark ausgleichen und hier und dort eine mehrere Operationen sparende Maschine einstellen, um so gleiche Voraussetzungen für alle Erzeugungsstätten mit demselben Produktionsprogramm zu schaffen. Schließlich werden nur noch gewisse Unterschiede zurückbleiben, die auf den Standort oder sonstige, besonders günstige Voraussetzungen der einen oder anderen Erzeugungsstätte zurückzuführen sein werden. Diese werden dann mit einer Differentialrente oder — kapitalistisch gesprochen — mit einem Surplusprofit abschneiden, der natürlich nicht dieser Fabrik allein zukommen darf, sondern — wiederum kapitalistisch gesprochen — weggesteuert werden muß. Aber nun fragen wir: ist es das Verdienst des Marktes, daß dort diese Ungleichheiten zwischen den Produktionsergebnissen verschiedener Fabriken zu Tage treten und ausgeglichen werden, oder liegt es nicht vielmehr in der Natur eines arbeitsteiligen Produktionsprozesses, der sich in verschiedenen Erzeugungsstätten vollzieht, daß die verschiedenen Umstände beim Erzeugungsprozeß verschiedene Ergebnisse zeitigen? Auf dem Umweg über den Markt werden die Unterschiede der Produktionsmethoden ausgeglichen, da es ja sonst in einer Gesellschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln und daher mit „Geschäftsgeheimnissen“ keine Möglichkeit hiezu gibt. Wäre es aber nicht viel einfacher und zweckmäßiger, man würde zur Ausgleicheung der Produktionsbedingungen, zur Verbesserung der Erzeugungsmethoden nach dem Stande der besten Fabrik die Geheimnistuerei lassen und sich nach einem Produktionsprozeß und der genauen Durchrechnung seiner Ergebnisse in den verschiedenen Werkstätten zusammensetzen können, um solidarisch miteinander die Erfahrungen der Produktion auszutauschen und den Erzeugungsprozeß zu verbessern. Indes in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist

das Privateigentum an den Produktionsmitteln das Hindernis, da jeder Unternehmer nur seinen Profit möglichst groß und ungestört beziehen will und daher sowohl seine Produktionsergebnisse wie seine Produktionsmethoden geheim hält. Da sich aber die gesellschaftlichen Grundtendenzen durchsetzen müssen, die in der gegenseitigen Beziehung der Glieder der arbeitsteiligen Produktionsgemeinschaft zu einander bestehen, da sie mit den Ergebnissen ihrer Arbeit trotz aller Trennung durch das Privateigentum auf einander angewiesen sind, müssen die Waren auf den Markt kommen, und erst dadurch vollzieht sich — lange nicht so einfach und weitaus nicht so vollständig wie es in einer Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln möglich wäre — die technische Weiterbildung der Erzeugungsmethoden, natürlich auch mit den größten Umwegen über die verschiedensten Krisen, unter Vernichtung verschiedener Betriebe, die nicht imstande sind, den antagonistischen Konkurrenzkampf zu bestehen. Hier sehen wir aber wiederum ein glänzendes Beispiel für den Markt fetischismus. Das, was selbstverständlich geschehen muß, wenn man an verschiedenen Produktionsstätten erzeugt, der Ausgleich der Erzeugungsmethoden, erfolgt durch die Konkurrenz, die demnach also nur ein konsekutives Merkmal einer Gesellschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln ist. Das Ganze spielt sich auf dem Markt ab, was vom Standpunkt der Konstruktion der gesamten Wirtschaft eigentlich nur eine Zufälligkeit ist. Der Fetischist erhebt ihn aber zum selbsttätigen, regulierenden, lebenden und bewußten Subjekt und kann sich ohne ihn überhaupt keine Wirtschaft vorstellen. Die Vulgärökonomie bleibt notwendigerweise an dem über den Dingen befindlichen Schleier haften.

Man kann sich also das Gegenüberstellen der Produktionsergebnisse der verschiedenen Erzeugnisstätten ganz gut auch „konkurrenzlos“ vorstellen, wobei die guten Elemente des jedem tüchtigen Arbeiter und Angestellten bis zu einem gewissen Grade innewohnenden Syndikalismus als Streben, die Produktion im eigenen Betrieb möglichst günstig zu gestalten, vernünftig ausgenützt werden können. Wir wollen aber schon hier mit allem Nachdruck feststellen, daß wir uns keine Wirtschaftsordnung mit Massenproduktion und mit gesteigerten Kultur- und Zivi-

lisationsbedürfnissen vorstellen können, in der solche Vergleiche u. zw. Vergleiche nicht in der langatmigen und unklaren Rechnung der Naturalwirtschaft, sondern in einer möglichst kurzen und knappen Form nicht möglich wären. Nur durch solche Vergleiche, nur durch den gegenseitigen Austausch der Produktionserfahrungen, durch das Streben jedes einzelnen Betriebes, am besten und billigsten zu erzeugen, kann die Technizität des Erzeugungsprozesses gebessert werden. Der Grund, warum uns die Planwirtschaft nach Otto Neuraths Vorschlägen vollkommen undurchführbar und zum baldigen Zusammenbruch verurteilt erscheint, ist der, daß Neurath mit einer großen Geste nur die Gesamtwirtschaft berücksichtigt, in seinen vielen Schriften über die Sozialisierung aber nirgends fragt, wie die Organisation, das Zusammenarbeiten und die gegenseitige Verrechnung der einzelnen Erzeugungsstätten funktionieren wird; mit Tabellen allein kommt man über diese schweren Fragen nicht hinweg. Deswegen ist auch das Problem der Rechnungslegung ein so zentrales, weil man ohne sie nicht die Ergebnisse der Betriebe und damit auch die der Gesamtwirtschaft erfassen kann. Das Haupterfordernis beim Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft ist die Möglichkeit der weiteren Vervollkommnung des Produktionsprozesses, des Fortbestehens der Initiative im einzelnen Betrieb, und das ist nur möglich, wenn die Leitung der Gesamtwirtschaft jede einzelne wirtschaftliche Handlung erfassen und überprüfen kann. Das also ist die Aufgabe der Rechnungslegung, zu verhüten, daß die ganze Wirtschaft in den Zustand des Chaos und absoluter Undurchsichtigkeit versinkt. Es ist hier wiederum das große geschichtliche Verdienst des Gildensozialismus, daß er diese Möglichkeit der Gegenüberstellung der einzelnen Betriebsergebnisse und einer gewissen zweckmäßigen Autonomie der Betriebe geschaffen hat, daß er sogar durch die Zusammenfassung der gleichgerichteten Produktionsstätten zu Gilden die Voraussetzung zur besseren Übersicht bietet. Die Errichtung einzelner „sozialistischer Zellen“ im Kapitalismus hat aber mit dieser Art der sozialistischen „Konkurrenz“ nichts zu tun, da sie die antagonistische Form nicht aufhebt, wenn auch die Betriebsform der gemeinwirtschaftlichen Anstalt wie sie Otto Bauer in seinem „Weg zum Sozialismus“ geschaffen hat, jeden-

falls auf dem Grundgedanken aufgebaut ist, daß es bei einer sozialistischen Wirtschaft auch auf jene Zellen ankommt, deren Gebarung man miteinander vergleichen muß und die untereinander eine solche konkurrenzlose Konkurrenz abführen müssen.

Damit sind wir schließlich bei der Bedeutung der Konkurrenz für die kapitalistische Preisbildung und für die Wirtschaft überhaupt angelangt. Es soll nicht wieder der alte Streit in diesem Zusammenhang aufgerollt werden, ob nach dem Wegfall der antagonistischen Form der Konkurrenz nicht jedes Streben in der Wirtschaft aufhören, nicht jedes Interesse, jede Initiative ersterben wird; ist aber einmal der Fetischcharakter des Marktes enthüllt, dann ist die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit einer nicht antagonistischen Form der Konkurrenz erwiesen. Worin besteht nun die Rolle der kapitalistischen Form der Konkurrenz? Im Frühkapitalismus war ihre Bedeutung zweifellos eine viel größere als heute. Damals war die kapitalistische Produktionsweise mit allen ihren technischen Wundern noch Neuland, damals war die Technik des Zirkulationsprozesses, des Warenhandels noch unbekannt und derjenige, der besonders tüchtig war, konnte den anderen sehr weit vorkommen. Auf dem Markt prallten dann die Gegensätze der weiter fortgeschrittenen und der noch schlecht entwickelten Erzeugungstechnik zusammen, plötzlich wurde er mit irgendwelchen Fabrikaten, die besonders rationell hergestellt waren, überschwemmt; der niedrige Preis, die gute Qualität schlugen alle auf dem Markt vorhandenen noch gewerbsmäßig hergestellten Erzeugnisse, man hatte es mit einer industriellen, besonders aber einer technischen Revolution zu tun. Die anderen Unternehmer mußten nun mit ihren Preisen heruntergehen, sonst wurden sie völlig aus dem Feld geschlagen, und so haben sich damals noch entscheidende Veränderungen durch den Markt abgespielt. Das war eben noch seine heroische Zeit, wo sich durch das Zusammentreffen der noch handwerksmäßig und der schon industriell erzeugten Produkte wirkliche Marktkämpfe abspielten. Mit dem Fortschreiten des Kapitalismus dringt seine Produktions- und Wirtschaftstechnik auch in die kleinsten Ritzen der Wirtschaft ein, im Verlauf unsäglicher Krisen mußten sich alle Unternehmer die Künste der modernen Waren-

produktion aneignen. Gewiß kommen noch hie und da auch im fortgeschrittenen Kapitalismus technische Neukonstruktionen vor, die wesentliche Verbesserungen der Produktion bedeuten und auch Veränderungen auf dem Markt hervorrufen, aber industrielle Revolutionen gibt es kaum mehr, der Zusammenprall auf dem Markte ruft im großen und ganzen keine umwälzenden Veränderungen mehr hervor. Mit den großen Unterschieden zwischen den verschiedenen Produktionsmethoden verschwinden auch im fortgeschrittenen Kapitalismus die „Betriebsgeheimnisse“. Heute weiß jeder Unternehmer das, was er von der Konkurrenz wissen will. Damit fällt ein weiteres Moment der antagonistischen Form der Konkurrenz fort. Arbeiter wandern von einem Betrieb in den anderen und sammeln selbst Erfahrungen in der besten Produktionsmethode innerhalb ihrer Branche, sie verwerten das, was sie in einem Betrieb zugerlernt haben, zur Steigerung ihrer Akkordleistung in einem anderen. Angestellte wechseln häufig ihre Stellung, und was ein rechter, von technischen Erfahrungen und Fortschritten begeisterter Industriebeamter, ein wirklich in seinem Beruf aufgehender Ingenieur ist, der hält es nicht lange in einer Fabrik aus, er will Erfahrungen sammeln und stellt selbstverständlich alle seine Kenntnisse, die er in seinen früheren Stellungen gesammelt hat, auch seinem neuen Unternehmer zur Verfügung. Fabriksorganisatoren durchwandern viele Betriebe und verwerten die Erfahrungen ihrer Organisationstätigkeit, das Ergebnis dieser oder jener Organisationsmaßnahme in allen Betrieben, wo sie hinkommen, und schließlich darf man auch nicht an jene Angestellten vergessen, die ein Unternehmer um irgend eines Geheimnisses willen, das er erfahren will, von einem Konkurrenzunternehmen „kappert“. Jeder Verkäufer ist über die jeweiligen Verkaufspreise aller Branchenunternehmungen informiert, diese Information allerdings erfordert so und so viele Schleichwege, da es sich ja um die vernünftigste aller Gesellschaftsordnungen handelt. Große Muster- und Warenmessen dienen auch — wenn man sie von einem anderen Standpunkt als bloß von dem der gesteigerten Geschäftsmöglichkeit betrachtet — dazu, die gesamte Konkurrenz in einer Branche „aufmarschieren“ zu lassen, die verschiedenen Maschinenkonstruktionen ganz offen zu zeigen

und auch die Preise bekanntzugeben, da man ja schließlich jedem nachfragenden Messebesucher die Preise mitteilt und sicherlich vier Fünftel der fragenden Kunden „liebe Nächste“ sind, die bloß Konkurrenzpreise erfahren wollen. Je mehr Unternehmungsformen betrieben werden, die zur öffentlichen Rechnungslegung gesetzlich verpflichtet sind, desto mehr dringt auch über die buchmäßigen Abschlüsse der Unternehmungen in die Öffentlichkeit, wenn man sich auch gewöhnlich sorgsam hütet, in der Bilanz die Wahrheit zu sagen.

Dazu kommt nun all das, was wir die Produktionskontrolle der Arbeiter und Angestellten in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nennen. In dem Maße, in dem die Gewerkschaftsbewegung fortschreitet, Arbeiter und Angestellte zu gemeinsamen gewerkschaftlichen Aktionen und zur allmählichen organisatorischen Zusammenfassung in Industrieverbänden gelangen, in dem Maße, in dem durch die Institution der Betriebsräte die Arbeiter und Angestellten ihrem Betrieb nicht mehr nur als Lohnsklaven, sondern als bewußte Glieder des Produktionsprozesses gegenüberzustehen lernen, in dem Maße, als man durch branchenweise Zusammenfassung der Betriebsräte und durch ihre Beschäftigung mit industriellen Fragen den Austausch der Erfahrungen pflegt, Lohnstatistiken, ja sogar Ansätze zu Produktionsstatistiken versuchen läßt, in dem Maße entwickelt sich das, was man die Produktionskontrolle nennt und in dem Maße verschwindet vollends das frühkapitalistische Betriebsgeheimnis. So ist die Produktionskontrolle neben ihrer Bedeutung für die Schulung der Arbeiter und Angestellten auch in diesem Zusammenhange ein Entwicklungselement zur sozialistischen Wirtschaft innerhalb der kapitalistischen, ein Vorläufer der nicht antagonistischen Konkurrenz.

Parallel damit geht die vielbesprochene und genau beobachtete Zusammenballung der Einzelunternehmungen zu Kartellen und Trusts²⁾. Es soll hier nicht bereits Bekanntes wiederholt, sondern in diesem Zusammenhang nur festgestellt werden, daß innerhalb eines Trusts die antagonistische Form der Konkurrenz bereits aufgehoben ist und daß

²⁾ Vgl. neben den verschiedenen Schriften von Liefmann vor allem Hilferding „Das Finanzkapital“, II. Auflage, Seite 234—317.

sich dort nur die Gegenüberstellung der Betriebsergebnisse vollzieht, wie sie vorhin besprochen wurde. Innerhalb des Trusts darf kein Teil auf Kosten eines anderen gewinnen; liefert ein Konzernunternehmen dem anderen, so ist es ganz einfach Sache der Vereinbarung und der Verrechnungsmethode, wie die Preise festgesetzt werden, ob nur Material, Lohn und Regie berechnet wird, der Gewinn als Ganzes aber erst beim letzten Glied des Trusts aufscheint, der die Waren an die feindliche Außenwelt verkauft oder ob der Profit buchmäßig an mehreren Stellen des Konzerns erscheinen soll. Dieses Bild eines großen Trusts, des sich entwickelnden Generalkartells, wird noch sehr ausführlich bei der Besprechung der sozialistischen Rechnungslegung behandelt werden müssen.

III.

Die Rechnungslegung bei Warenproduktion und bei gesellschaftlicher Produktion.

Überblickt man die Tendenzen der bisherigen weltgeschichtlichen Wirtschaftsentwicklung, so ist die Tendenz zur gesellschaftlichen Produktion, das heißt zur Beherrschung des ganzen Produktionsprozesses durch die Gesamtheit unverkennbar. Die Entwicklung von der Bedarfsdeckungswirtschaft innerhalb eines einzelnen Geschäfts bis zur Stadtwirtschaft, von da bis zur Volkswirtschaft und von hier zur kapitalistischen Weltwirtschaft zeigt, wie sich immer mehr Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftstechniken durchsetzen, die auch die Wirtschaftsmethoden des einzelnen wirtschaftenden Subjektes immer mehr bis ins kleinste Detail zwangsläufig beeinflussen, die aus dem „Subjekt“ immer mehr nur ein Funktionsglied in der Gesamtheit des Wirtschaftsprozesses machen. Die Entwicklung geht also nicht nur dahin, daß immer größere Kreise in die unmittelbaren Wirtschaftsbeziehungen eingeschlossen werden, sondern auch dahin, daß der Einzelne in seinen wirtschaftlichen Entschlüssen immer mehr von den Tatsachen der Gesamtwirtschaft abhängig wird. Der letzte entscheidende Schritt zur ge-

sellschaftlichen Produktion ist die Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Wirtschaft. Die wesentlichste Tatsache, die im Kapitalismus das völlige Durchdringen der gesellschaftlichen Tendenzen in der Produktion hemmt, ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Mit seiner Beseitigung werden auch alle anderen Hindernisse für eine vollkommen bewußte gesellschaftliche Produktion und Verteilung fortfallen. Der Einzelne, so sehr er im Kapitalismus mit den Produkten seiner Arbeit und mit der Befriedigung seiner Bedürfnisse auf die Allgemeinheit angewiesen ist, so sehr sich die gesellschaftlichen Tatsachen der Wirtschaft auf langen, schwierigen und krisenhaften Umwegen durchzusetzen verstehen, produziert Nützlichkeiten, die er aber in ihrer Gesamtheit nicht selbst verbrauchen kann, sondern die er als Tauschbarkeiten auf den Markt bringen muß. Daß sie tauschbar und daher marktfähig sind, verdanken sie ihrer gemeinsamen Entstehung, nämlich der Herstellung durch menschliche Arbeitskraft. Die Größe der auf sie verwendeten Arbeitskraft ist auch die Relation zwischen den Waren, die auf den Markt kommen. Es besteht wohl auch im Kapitalismus eine Gesellschaft der Arbeitenden, wie es eine im sozialistischen Staat geben wird, nämlich die Gesellschaft aller jener, die arbeitsteilig produzieren. Damit sie sich aber dieser Tatsache trotz ihrer Verschleierung durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln bewußt werden, müssen sie den Canossagang auf den Markt antreten. Wie tauscht man nun dort, was drückt die Tatsache der gemeinsamen Erschaffung durch menschliche Arbeitskraft aus? Das Naheliegendste wäre, diese Tatsache, die der Tauschbarkeit zugrunde liegt, auch beim Tauschverhältnis klar zum Ausdruck zu bringen und die Waren, auf Grund der auf sie verwendeten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit auszutauschen. Indes ist es im Kapitalismus nicht möglich, die Arbeitsstunden mit ihrer schlichten Deutlichkeit, mit ihrer offenen Enthüllung aller Geheimnisse der Herstellung, mit ihrer wahrheitsliebenden Zurechnung von Arbeitsstunden, die zu Herstellungsarbeiten und von solchen, die zur Reproduktion von sachlichen Voraussetzungen nötig sind, als Maßstab zu verwenden. Sie sind eine viel zu offene Sprache für den kapitalistischen Markt. Wie sollte sich dann das berühmte

Feilschen auf dem Marke, wie sollte sich das berühmte Spiel von Angebot und Nachfrage durchsetzen, wenn die Waren nicht verhüllt und verschleiert als Geldwerte, sondern nackt und schlicht als Nützlichkeiten mit gewissen Reproduktionskosten auf dem Markt erscheinen würden? Doch vielleicht erscheint diese Erklärung, warum sich die Waren in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht direkt als Produkte von Arbeitsstunden tauschen, manchem zu teleologisch; vielleicht wird man einwenden, wir setzen hier die Tatsache des Waren- und Markt-fetischismus voraus, um aus ihr die Notwendigkeit einer neuen Ware zu konstruieren, die sich als drittes Element zwischen die zu tauschenden Waren einschiebt. Denn darin besteht ja das Charakteristische der Warenwirtschaft, daß sich die Waren nicht direkt untereinander als Arbeitsprodukte austauschen, sondern daß sie alle im entwickelten Kapitalismus, der ja zugleich Geldwirtschaft ist, gegen eine dritte Ware, die Goldware, getauscht werden. Wie hüten wir uns also vor einer allzu teleologischen Erklärung, vor einer Begründung, die erst die Tatsache der Geldwirtschaft annimmt und sie dann selbst daraus erklären wollte? Historisch ist der Gang der Entwicklung der, daß die Ausbildung eines vollkommenen Tauschsystems und die Schaffung von Tauschmitteln die geschichtliche Voraussetzung der kapitalistischen Produktion ist. Die Entwicklung vollzieht sich so, daß eine Tauschware, eben das Gold, so allgemein verwendet werden kann, daß derjenige, der es besitzt, alle anderen Waren dafür bekommen kann. Diese allgemeine Tauschfähigkeit macht das Gold zu Geld. Was ist der Sinn dieser geschichtlichen Entwicklung? Der, daß in einer Waren produzierenden Gesellschaft Waren nur gegen Waren ausgetauscht werden können und daß das Gold Geld wird, weil es vorher Ware ist; das Gold bleibt auch immer Ware, was man ja auch daraus sieht, daß es seine Eigenbewegung, sein Eigenleben führt und wie alle anderen Waren auch Veränderungen seiner Tauschfähigkeit erfährt. Zu einer Waren produzierenden Gesellschaft gehört also auch eine Tauschware, die den Verkehr, den Austausch der Waren vermittelt, und Tauschware zu sein ist die vornehmste Aufgabe des Geldes in der kapitalistischen Wirtschaft neben anderen Aufgaben, so vor allem der, die verschiedensten Dinge auf einen

gemeinsamen Generalnenner zu bringen, was in einer technisch so komplizierten Wirtschaft wie der kapitalistischen von größter Wichtigkeit ist. Auf dem kapitalistischen Markt tauschen sich also Waren nur gegen Waren aus, das hat Marx, der eine sehr ausführliche, nur leider viel zu wenig beachtete Geldtheorie an zwei Stellen seines Riesenwerkes gegeben hat, dargelegt¹⁾. Marx fragt sich in einer Anmerkung zu seiner Darstellung im ersten Band des „Kapitals“: „... warum das Geld nicht unmittelbar die Arbeitszeit selbst repräsentiert, so daß zum Beispiel eine Papiernote etwa zwei Arbeitsstunden darstellt.“ (Seite 56.) Das kommt nach Marx „auf die Frage heraus, warum auf Grundlage der Warenproduktion die Arbeitsprodukte sich als Ware darstellen müssen, denn die Darstellung der Ware schließt ihre Verdoppelung in Ware und Geldware ein. Oder warum Privatarbeit nicht als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, als ihr Gegenteil, behandelt werden kann.“ Marx verweist hier auf seine Widerlegung des Versuchs eines Arbeitsgeldes in der kapitalistischen Wirtschaft, die er bei der Besprechung eines von John Gray im Jahre 1831 unternommenen Versuchs in der „Kritik der politischen Ökonomie“, gibt. Wir lassen die dortige Darstellung wegen ihrer Wichtigkeit für die Lösung einer anderen Frage, die wir uns sofort werden vorlegen müssen, wörtlich folgen:

„Die Lehre von der Arbeitszeit als unmittelbarer Maßeinheit des Geldes ist zuerst systematisch entwickelt worden von John Gray. Er läßt eine nationale Zentralbank vermittelst ihrer Zweigbanken die Arbeitszeit vergewissern, die in der Produktion der verschiedenen Waren verbraucht wird. Im Austausch für die Ware erhält der Produzent ein offizielles Zertifikat des Werts, d. h. einen Empfangsschein für so viel Arbeitszeit als seine Ware enthält, und diese Banknoten . . . dienen zugleich als Anweisung auf ein Äquivalent in allen anderen in den Bankdocks gelagerten Waren. Das ist das Grundprinzip . . . ‚Unter diesem System‘, sagt Gray, ‚wäre es zu allen Zeiten ebenso leicht gemacht, für Geld zu verkaufen, als es nun ist, mit Geld zu kaufen; die Produktion würde die gleichförmige, nie versiegende Quelle der Nachfrage sein‘. Die edlen Metalle würden ihr ‚Privilegium‘ gegen andere Waren verlieren . . . ‚Sollen wir

¹⁾ Die Marx'sche Geldtheorie findet man ausführlich in „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, 5. Auflage, Stuttgart 1919, Seite 46—203. Dieselbe Darstellung, jedoch etwas kürzer, gibt Marx im „Kapital“ I. Volksausgabe, Stuttgart 1914, Seite 56—104.

unser eingebildetes Maß der Werte beibehalten, Gold . . . oder sollen wir uns zum natürlichen Maß der Werte wenden, zur Arbeit . . . ?'

Da die Arbeitszeit das immanente Maß der Werte ist, warum neben ihr ein anderes äußerliches Maß? Warum entwickelt sich der Tauschwert zum Preis? Warum schätzen alle Waren ihren Wert in einer ausschließlichen Ware, die so in das adäquate Dasein des Tauscherts verwandelt wird, in Geld? Dies war das Problem, das Gray zu lösen hatte. Statt es zu lösen, bildet er sich ein, die Waren könnten sich unmittelbar aufeinander als Produkte der gesellschaftlichen Arbeit beziehen. Sie können sich aber nur aufeinander beziehen als das, was sie sind. Die Waren sind unmittelbar Produkte vereinzelter unabhängiger Privatarbeiten, die sich durch ihre Entäußerung im Prozeß des Privataustausches als allgemeine gesellschaftliche Arbeit bestätigen müssen, oder die Arbeit auf Grundlage der Warenproduktion wird erst gesellschaftliche Arbeit durch die allseitige Entäußerung der individuellen Arbeiten. Unterstellt Gray aber die in den Waren enthaltene Arbeitszeit als unmittelbare gesellschaftliche, so unterstellt er sie als gemeinschaftliche Arbeitszeit oder als Arbeitszeit direkter assoziierter Individuen. So könnte in der Tat eine spezifische Ware, wie Gold und Silber, den anderen Waren nicht als Inkarnation der allgemeinen Arbeit gegenüberreten, der Tauschwert würde nicht zum Preis, aber der Gebrauchswert würde auch nicht zum Tauschwert, das Produkt würde nicht zur Ware, und so wäre die Grundlage der bürgerlichen Produktion selbst aufgehoben. Das ist aber keineswegs Grays Meinung. Die Produkte sollen als Waren produziert, aber nicht als Waren ausgetauscht werden. Gray überträgt einer Nationalbank die Ausführung dieses frommen Wunsches. Einerseits macht die Gesellschaft in der Form der Bank die Individuen unabhängig von den Bedingungen des Privataustausches und andererseits läßt sie dieselben fortproduzieren auf der Grundlage des Privataustausches. Die innere Konsequenz indes treibt Gray, eine bürgerliche Produktionsbedingung nach der anderen wegzuleugnen, obgleich er bloß das aus dem Warenaustausch hervorgegangene Geld reformieren will. So verwandelt er Kapital in Nationalkapital, das Grundeigentum in Nationaleigentum, und wenn seiner Bank auf die Finger gesehen wird, findet sich, daß sie nicht bloß mit der einen Hand Waren empfängt und mit der anderen Zertifikate gelieferter Arbeit ausgibt, sondern die Produktion selbst reguliert.

. . . Das Dogma, daß die Ware unmittelbar Geld oder die in ihr enthaltene Sonderarbeit des Privatindividuums unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, wird natürlich nicht dadurch wahr, daß eine Bank an es glaubt und ihm gemäß operiert. Der Bankerott würde in solchem Falle vielmehr die Rolle der praktischen Kritik übernehmen. Was bei Gray versteckt und namentlich ihm selbst verheimlicht bleibt, nämlich daß das Arbeitsgeld eine ökonomisch klingende Phrase ist für den frommen Wunsch, das Geld, mit dem Geld den Tauschwert, mit dem Tauschwert die Ware und mit der Ware die bürgerliche Form der Produktion los zu werden, wird

geradezu herausgesagt von einigen englischen Sozialisten, die teils vor, teils nach Gray schrieben. Herrn Proudhon aber und seiner Schule blieb es vorbehalten, die Degradation des Geldes und die Himmelfahrt der Ware ernsthaft als Kern des Sozialismus zu predigen und damit den Sozialismus in ein elementares Mißverständnis über den notwendigen Zusammenhang zwischen Ware und Geld aufzulösen“. („Zur Kritik der politischen Ökonomie“, Seite 70 ff.)

Der entscheidende Punkt der Marxschen Darstellung liegt darin, daß es unmöglich ist, von gesellschaftswegen die Arbeitszeiten festzusetzen und dabei die privatkapitalistische Produktion mit dem bei ihren Bestand notwendigen Austauschsystem nebeneinander bestehen zu lassen; der Tausch der Ware, unmittelbar als Arbeitsprodukt, läuft allen Voraussetzungen der privatkapitalistischen Produktion zuwider.

Aber — und das ist die nächste entscheidende Frage, die uns zu beschäftigen hat — wenn es in der kapitalistischen Produktion unmöglich ist, die Waren direkt als Arbeitsprodukte zu tauschen, weil noch zu viele der gesellschaftlichen Produktion entgegengesetzte Tendenzen vorhanden sind, müßte es nicht dann möglich sein, bei der Beseitigung dieser Tendenzen und bei der vollständigen Durchsetzung der gesellschaftlichen Produktion, zu einem solchen System des Arbeitsgeldes zu kommen²⁾. Was an gesellschaftlichen Tendenzen in der kapitalistischen Produktion bereits besteht, wird im Sozialismus natürlich fortbestehen. Vor allem die Beziehung der arbeitenden Menschen auf einander wird fort dauern, da der Produktionsprozess auch weiterhin arbeitsteilig organisiert sein wird; das heißt, es wird jeder nicht das produzieren, was er zur Befriedigung aller seiner Bedürfnisse benötigt, sondern der einzelne wird seine Arbeitskraft auf gewisse Dinge spezialisieren. Die Tatsache der produzierenden Gesellschaft als einer Gemeinschaft der Arbeitenden, die bei der Produktion und bei der Bedürfnisbefriedigung auf einander angewiesen sind, wird aber weit mehr ins Gewicht fallen, sie wird im allgemeinen Denken verankert sein, sich nicht auf dem Umweg über den Markt durchsetzen müssen, sondern sich als

²⁾ Da die Darstellung noch nicht so weit ist, um ohne Gefahr für das Verständnis die richtigen ökonomischen Bezeichnungen für die Wirtschaftsvorgänge in einer sozialistischen Wirtschaft verwenden zu können, müssen wir vorläufig noch mit Begriffen wie „Tausch“ und anderen operieren.

selbstverständliches und vollkommen bewußtes Produzieren der Gesellschaft für die Gesellschaft abspielen. Da es keine privaten Produzenten mit Eigentum an den Produktionsmitteln mehr gibt, sondern nur mehr gesellschaftliche Produktion, fällt auch der Tausch weg wie er für den Kapitalismus charakteristisch ist; mit dem Warentausch verschwindet auch diese vornehmste Funktion des Geldes, mit der Warenproduktion fällt auch der Warencharakter des Geldes fort.

Was nicht verschwindet, das ist die Notwendigkeit einer Wirtschaftsrechnung, die Überprüfung, ob die Gesellschaft nicht mehr verbraucht als erzeugt hat; was bleibt, das ist der Verkehr, die Ortsveränderungen verschiedener Güter, zum Beispiel die Übertragung von Rohstoffen und Halbfabrikaten in andere Produktionsstätten, wo ihre Weiterverarbeitung erfolgt, woraus sich die Notwendigkeit einer gewissen Verrechnung ergibt. Es handelt sich um keinen Tausch im kapitalistischen Sinn des Wortes. Deswegen hat Hilferding Recht, wenn er im „Finanzkapital“ sagt: „Innerhalb der Warenproduktion liegt dem Austausch ein objektiv gesellschaftliches Moment zugrunde, das das Austauschverhältnis beherrscht: die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die in den ausgetauschten Sachen verkörpert ist, in kommunistischen Gesellschaften liegt ihm zugrunde nur subjektive Gleichsetzung, gleichberechtigter Wille. Der Tausch ist nur zufällig, kein mögliches Objekt theoretischer Betrachtung. Er ist nicht theoretisch analysierbar, sondern nur psychologisch begreifbar. Da aber Tausch immer als quantitatives Verhältnis zwischen zwei Dingen erscheint, merkt das Völkchen den Unterschied nie.“ (Finanzkapital“ S. 306.) Hilferding zitiert an dieser Stelle auch seinen Aufsatz „Zur Problemstellung der theoretischen Ökonomie bei Karl Marx“ („Neue Zeit“ 1904/05, Band I, Seite 106): „In der Tat, der Tausch von Federstiel und Marke auf der Schulbank, der Tausch von Reitpferd und Automobil zwischen zwei Mitgliedern einer sozialistischen Gesellschaft ist ein rein privates Vorkommnis, ganz gleichgültig für die theoretische Ökonomie“. Soweit der durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln notwendige Tausch gemeint ist, ist Hilferding vollkommen zuzustimmen; er irrt aber zweifellos, wenn er meint, daß alle Güterübertragungen, alle Ortsverschiebungen der Güter lediglich zu

betrachten sind wie ein Tausch von Federstiel und Marke auf der Schulbank. Es mag sein, daß alle Güterübertragungen — um das leidige Wort „Tausch“ zu vermeiden —, die sich zwischen Mitgliedern einer sozialistischen Gesellschaft abspielen und die unmittelbar genußbereite Güter betreffen — eine Theaterkarte gegen zwei Laib Brot — ökonomisch irrelevant sind. Solche Naturalübertragungsakte werden auch äußerst selten notwendig sein, wenn durch genügend zahlreiche Güter für allgemeine Bedarfsdeckung gesorgt ist; nur wenn wir die Vorstellung des „Kasernensozialismus“ haben, in dem jedem einzelnen eine bestimmte Naturalration zugewiesen wird, kann man annehmen, daß hie und da jemand einen Teil des ihm zugewiesenen Brotes gegen Theaterkarten eines anderen, der mehr auf leibliche Genüsse ausgeht, austauschen wird. Nehmen wir aber eine etwas freiere Organisation der sozialistischen Wirtschaft an, dann wird sich diese Notwendigkeit sehr selten ergeben und auch tatsächlich ökonomisch irrelevant sein, wie Hilferding richtig ausführt. Aber das sind, wie gesagt, die einzelnen unwichtigen Güterübertragungen. Die Schwierigkeit beginnt erst dort, wo in einer sozialistischen Wirtschaft ein Bergwerk Kohle, ein Eisenwerk Eisen, ein Kraftwerk elektrischen Strom, eine Maschinenfabrik Maschinen, eine chemische Fabrik Maschinenöl usw. an eine andere Fabrik liefert, die damit z. B. leichte Werkzeugmaschinen erzeugt. Es wäre sicherlich falsch, diese Vorgänge unter der Kategorie des Tausches zu betrachten, sie sind aber trotzdem ökonomisch nicht irrelevant, vor allem sind sie nicht gleichgültig für die Wirtschaftsrechnung sowohl der Betriebe, die diese Güter „lieferten“, als auch für die, die sie verarbeiten; sie sind aber auch von einem gewissen Interesse für die theoretische Ökonomie, die an ihnen den Wert und die Lehre von den Güterübertragungen studieren wird. Hier beginnt das entscheidende Problem der Wirtschaftsrechnung; denn faßt man auch diese Güterübertragung nur als Spiel auf, gleich dem Tausch von Federstiel und Marke auf der Schulbank, kann man sie nicht rechenmäßig erfassen, kann man z. B. die Kosten der sachlichen Voraussetzungen unserer Werkzeugmaschinenfabrik nicht genau erfassen und sie zu den ebenfalls rechenmäßig zu erfassenden Kosten der hinzukommenden menschlichen Arbeits-

kraft addieren, dann hört jede Möglichkeit rationalen Wirtschaftens auf, dann schwindet mit der formalen, rechenmäßigen Rationalität auch die materiale Rationalität, so daß man dann auch die Grundsätze der sozialen Verteilung nicht mehr durchführen kann, weil die Wirtschaft nach kurzer Zeit ohne Wirtschaftsrechnung nicht mehr entsprechend viele Güter produzieren wird. Man darf sich also nicht dazu verführen lassen, aus der Tauschlosigkeit der sozialistischen Wirtschaft etwa folgern zu wollen, daß sie auch keine Wirtschaftsrechnung und demnach auch keinen Maßstab zur Erfassung der Produktionskosten benötigen wird.

Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, das kapitalistische Geld für unentbehrlich zu halten; ihr ist sogar Kautsky in seinem letzten Buch „Die soziale Revolution und ihr Programm“ nicht entgangen. (Seite 306—Schluß.) Wir sind mit ihm, wie aus dem Vorhergehenden klar wird, vor allem der Meinung, daß „für die Verwandlung von Geld in Kapital . . . in einer vollendeten sozialistischen Gesellschaft überhaupt alle Vorbedingungen fehlen. Aber damit sind noch nicht alle Funktionen des Geldes erschöpft . . . als Wertmesser und Zirkulationsmittel der Produkte wird es auch in einer sozialistischen Gesellschaft wenigstens so lange existieren müssen, als wir nicht in die gesegnete zweite Phase des Kommunismus eingetreten sind.“ Ob das Zirkulationsmittel der sozialistischen Gesellschaftsordnung den Namen „Geld“ in hergebrachtem Sinne der politischen Ökonomie verdienen wird, soll vorläufig dahingestellt bleiben, Tatsache ist jedenfalls, daß man nicht direkt Güter gegen Güter übertragen wird, etwa eine schwere gegen zwei leichte Werkzeugmaschinen oder eine Wasserturbine gegen tausend Hektowatt Strom, die dadurch gewonnen werden können, wobei ja die Frage offen bliebe, was die vollständig eingerichtete Werkzeugmaschinenfabrik nun plötzlich mit den ihr zuwachsenden Maschinen oder die Turbinenfabrik mit dem vielleicht mehrere hundert Kilometer entfernten elektrischen Strom beginnen sollte: es bliebe nur übrig, eine Art abgeleiteten Markt für die so zugewachsenen Gegenstände zu schaffen³⁾. In der kapitalistischen

³⁾ Über all diese außerordentlich schwerwiegenden Fragen zerbrechen sich die Naturalwirtschaftler und vor allem Otto Neurath auch nicht eine Sekunde lang den Kopf.

Gesellschaft ermöglicht das Geld den glatten und reibungslosen Verkehr, in einer sozialistischen Gesellschaft muß eine Art Geld an seine Stelle treten. Kautsky untersucht auch die Möglichkeit eines Arbeitsgeldes, das ist eines Wertmaßstabes, der auf gesellschaftlich notwendigen Arbeitsstunden aufgebaut ist. Wir wollen auf diesen Teil der Darstellung erst eingehen, wenn wir unseren eigenen Versuch zur Lösung des Problems dargestellt haben; hier sei nur erwähnt, daß Kautsky ein System des Arbeitsgeldes als eine von mehreren Möglichkeiten einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ansieht, aber trotzdem dieses „Geld“ wegen technischer Schwierigkeiten ablehnt, die er bei diesem System für unvermeidlich hält. „Was selbst der ungeheuerste und vollkommenste statistische Apparat nicht zu leisten vermöchte, die Schätzung der Ware nach der in ihnen enthaltenen Arbeit, finden wir in den überkommenen Preisen als ein Ergebnis eines langen historischen Prozesses gegeben vor“. „Wenn in der sozialistischen Produktionsweise Preise und Geld fortbestehen und man bei deren Festsetzung an die historisch gewordenen Preise anknüpfen muß, wird es notwendig sein, auch an das historisch gewordene Geld anzuknüpfen und das Gold als Geldware zu erhalten . . .“

Kautsky übersieht hier die genetische Entstehung der Preise im Kapitalismus, ihr ewiges Schwanken und die ständige Notwendigkeit, sie an Hand der Selbstkosten fortwährend zu überprüfen. Selbst wenn man aber von einer gewissen Überschätzung der Bedeutung von Angebot und Nachfrage ausgeht, kann man doch nicht zu dem Ergebnis kommen, daß die Preise zu Beginn der sozialistischen Gesellschaftsordnung das unveränderliche Ergebnis eines langen historischen Prozesses sein werden, daß sie in diesem Zeitpunkt ausgeglichen und ausbalanciert sein werden und nun so als ob die Wirtschaft statisch, d. h. in einem Beharrungszustand befindlich wäre, nach Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für unbegrenzte Zeit ohne Nachrechnung und Überprüfung der Gestehungskosten weiterhin anzuwenden sein werden. Ist aber die Überprüfung der Gestehungskosten unumgänglich notwendig, auch bei einer Geldrechnung im heutigen Sinne, dann ist wiederum die Ersparnis gegenüber einem Arbeitsgeldsystem nicht klar. Kautsky spricht

aber in der oben zitierten Stelle davon, daß das Gold als Geldware wenigstens gedanklich erhalten werden soll; aber nach der Aufhebung der kapitalistischen Warenproduktion noch von der Erhaltung einer Ware und insbesondere der Geldware zu sprechen, ist vollends ein Widersinn. Darin liegt ja das Problem des Überganges von der Waren produzierenden zur gesellschaftlichen Produktion, daß nun überall der Warencharakter, die Tauschbarkeit an sich aufgehoben wird und an Stelle des Tausches ein wirtschaftlicher Vorgang sui generis ohne Marktteilschen treten soll. Man verkennt die marxistische Erkenntnis von den hauptsächlichsten Wesensverschiedenheiten zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wenn man für den letzteren nicht vollständig und radikal mit der Vorstellung vom Warencharakter und vom Tausch als den hauptsächlichsten Wirtschaftsvorgängen aufräumt. Daher kann man auch nicht von der Erhaltung des Goldes als Geldware sprechen. Man muß sich also auch vor dem Fehler hüten, das kapitalistische Geld und seinen Warencharakter fast unbesehen in den Sozialismus mit hinüberzunehmen⁴⁾.

Das Problem konkretisiert sich also immer mehr und lautet, auf seine kürzeste Formel reduziert: mit dem Wegfall

⁴⁾ Im übrigen ist es bedauerlich, daß Kautsky nicht doch auf eine Darstellung seiner Geldtheorie eingeht, aber die Andeutungen, die er an der oben zitierten Stelle macht, können nicht unwidersprochen bleiben. Kautskys Gedanken scheinen von Knapps „Staatliche Theorie des Geldes“ angekränkt zu sein. Er scheint zu meinen, daß man durch staatliche Bestimmung einer papierenen Anweisung den Charakter der Goldware oder wenigstens ihres vollwertigen Stellvertreters geben kann. Das trifft weder für die kapitalistische noch für die sozialistische Wirtschaft zu. Gegenüber der Andeutung Kautskys müssen wir uns auf die klaren und unzweideutigen Worte der Marx'schen Geldtheorie berufen: „Die Goldmünze erzeugte indes nur ihre erst metallenen, dann papierenen Stellvertreter, weil sie trotz ihres Metallverlustes fortfuhr, als Münze zu funktionieren, sie zirkulierte nicht, weil sie verschleiß, sondern verschleiß zum Symbol, weil sie fortzirkulierte. Nur so weit innerhalb des Prozesses das Goldgeld selbst bloßes Zeichen seines eigenen Wertes wird, können bloße Wertzeichen es ersetzen.“ („Zur Kritik der politischen Ökonomie“, Seite 108). Und noch deutlicher Seite 111: „Unsere Darstellung hat gezeigt, daß das Münzdasein des Goldes als von der Geldsubstanz losgelöstes Wertzeichen aus dem Zirkulationsprozeß selbst entspringt, nicht aus Übereinkunft oder staatlichem Eingriff.“ Marx steht also jedem Anschein einer kapitalistischen Geldlehre vollkommen fern.

des Warencharakters der Güter, mit dem Verschwinden des Tausches als maßgebendsten wirtschaftlichen Vorganges, mit dem Wegfallen dieser eigentlichen Funktion des kapitalistischen Geldes ist die Frage zu lösen, was als Wertmaßstab und Zirkulationsmittel in einer Gesellschaft zu fungieren hat, die die Wirtschaftsrechnung zur Feststellung der Produktionskosten fast noch mehr benötigt als der Kapitalismus, weil in ihr auch die zweideutige Krücke der Marktpreise fortfallen wird, die aber ohne die Möglichkeit exakter Wirtschaftsrechnung auf die Stufe anarchischen Produzierens zurücksinken würde. Was soll also dieser Maßstab in einer bewußten Produktionsgemeinschaft arbeitender Menschen sein? Und hier greifen wir auf die absichtlich im Wortlaut wiedergegebene Auseinandersetzung von Marx mit Gray zurück. Mit der Einführung des Arbeitgeldes, mit der Festsetzung der Produktionskosten durch die Gesellschaft — so führt Marx aus — muß Gray Stück für Stück der kapitalistischen Produktionsvoraussetzungen opfern. Was bleibt zurück? Die Idee einer sozialistischen Gesellschaft, die freilich nicht durch eine bloße Änderung des Geldsystems herbeigeführt werden kann; dagegen wendet sich vor allem Marx, wenn er gegen diesen nicht durchdachten Gedankengang polemisiert. Wenn aber die Annahme eines Arbeitgeldsystems notwendigerweise alle übrigen Voraussetzungen einer sozialistischen Wirtschaft folgern läßt, dann kann es nicht schwer sein, die Grundlagen, auf denen die Zirkulationsmittel der sozialistischen Wirtschaft notwendigerweise aufgebaut sein werden, zu erkennen. Schon den Austauschverhältnissen im Kapitalismus liegt die Arbeitszeit als tertium comperationis, als Mittel des Vergleiches zugrunde. Wie dieses Gesetz durch den Markt, durch den abstrakten Tausch überwuchert wird, sahen wir. Aber in der sozialistischen Wirtschaft fallen alle diese Hemmnisse fort, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, diese letzte Tatsache, die die vollkommene Bewußtheit der Gesellschaft der Produzierenden verhindert hat, verschwindet, und der Arbeitswert kann in sein volles Recht treten.

Marx selbst spricht unseres Wissens nur an zwei Stellen seines Werkes flüchtig davon, wie er sich die Verrechnungsmöglichkeiten einer sozialistischen Gesellschaft vorstellt. Im

zweiten Band des „Kapital“⁵⁾) sagt er dort, wo er den Umschlag des Kapitals behandelt: „Denken wir die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch, so fällt zunächst das Geldkapital ganz fort . . . Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie Bau von Eisenbahnen z. B. für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgend einen Nutzeffekt liefert, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entzieht. In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen, wo der gesellschaftliche Verstand sich immer erst post festum geltend macht, können und müssen so beständig große Störungen eintreten . . .“ Und noch viel deutlicher etwas später bei der Behandlung des Umschlages des Geldkapitals (Seite 331): „Auf Basis gesellschaftlicher Produktion ist zu bestimmen der Maßstab, worin diese Operationen, die während längerer Zeit Arbeitskraft und Produktionsmittel entziehen, ohne während dieser Zeit ein Produkt als Nutzeffekt zu liefern, ausgeführt werden können, ohne die Produktionszweige zu schädigen, die kontinuierlich oder mehrmals während des Jahres nicht nur Arbeitskraft und Produktionsmittel anziehen, sondern auch Lebensmittel und Produktionsmittel liefern . . . Das Geldkapital fällt bei gesellschaftlicher Produktion fort. Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierene Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld, sie zirkulieren nicht.“

Marx faßt hier das ganze Problem im Zusammenhang mit der übrigen Untersuchung des Zirkulationsprozesses, von der Dauer der Umschlagsperiode und den Unterschieden zwischen der Länge der verschiedenen Perioden an, wie das auch bei dem damaligen Stand der kapitalistischen Entwicklung mit ihren klaren Unterschieden zwischen großindustrieller Produktion mit längeren Umschlagsperioden und noch gewerblicher Produktion

⁵⁾ „Kapital“, II., Hamburg 1921, Seite 287—288.

mit kürzeren Erzeugungs- und Zirkulationsperioden begreiflich ist; das Fortschreiten des Kapitalismus hat die Wichtigkeit dieses Unterschiedes und ihn selbst eigentlich aufgehoben, da die technische Komplizierung der Produktion und die verschiedenen Produktionsumwege die Umschlagsperioden in den meisten Produktionszweigen im allgemeinen einander angeglichen haben. Umso wichtiger ist dagegen, was hier andeutungsweise über die Frage der Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft gesagt wird. Die Form, in der die Anweisungen auf Arbeitskraft und Produktionsmittel gegeben werden, sind direkte Anweisungen auf die Konsumtionsvorräte, die der Arbeitszeit entsprechen. Auch Marx sieht also in diesem Wertmaß die einzige Möglichkeit für eine sozialistische Wirtschaft. Dort also, wo aus dem Marxistischen System der Ökonomie ein System des Arbeitsgeldes abgeleitet wird, glauben wir uns direkt auf die Gedankenrichtung des „Kapitals“ berufen zu können.

Marx sieht in diesen papierernen Anweisungen kein Geld, da sie nicht zirkulieren. Knüpft man den Begriff des Geldes an die Voraussetzung der Warenzirkulation und eines allgemeinen Tauschsystems an, dann kann das „Arbeitsgeld“ natürlich kein Geld im kapitalistischen Sinne sein, es ist ja keine Ware wie das kapitalistische Goldgeld und es führt kein Eigendasein. Die „Arbeitsscheine“ sind kein wesentliches Merkmal der Wirtschaft, weder des Erzeugungs- noch des Verteilungsvorganges. Die Gesellschaft möchte am liebsten die Güter selbst an die einzelnen im Verhältnis zu ihrer geleisteten Arbeit verteilen; da das aber technisch vollkommen unmöglich ist, da diese naturale Verteilung ein vollständiges Chaos hervorrufen würde, erhält der einzelne für seine Arbeit nicht die Güter selbst, sondern nur Anweisungen auf sie, u. zw. keine Anweisungen auf bestimmte Mengen bestimmter Güterkategorien, sondern auf Güter, die er vollkommen autonom in ihrer Quantität und Qualität auswählen kann. Diese Arbeitsscheine haben also mit der Tauschfunktion des kapitalistischen Geldes nichts zu tun, sie sind Anweisungen auf Güter, die dem Einzelnen im Verhältnis zu seiner Arbeitsleistung eingehändigt werden. Die Gesellschaft weist so unmittelbar wie nur technisch möglich jedem ihrer Mitglieder Güter in natura zu und mit

Hilfe der Arbeitsscheine reguliert sie das Ausmaß und die Qualität der zugewiesenen Güter nach der geleisteten Arbeit. Es empfiehlt sich aber trotzdem, den Namen „Arbeitsgeld“ beizubehalten, weil dieses „Geld“ zwar nicht die Funktion der Geldware, aber andere Funktionen des kapitalistischen Geldes hat, so vor allem die, Mittel der Rechnungslegung zu sein und alle Güter auf einen Generalnenner zu bringen.

Der Markt, der Warencharakter und alle übrigen Gründe, die das direkte Messen der Waren in Arbeitsstunden unmöglich machen, fallen mit dem Verschwinden des Privateigentums an den Produktionsmitteln weg. Und nun wird die Wirksamkeit des Arbeitswertgesetzes auch hier freigelegt, in der bewußten Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Produktion wird in Arbeitsstunden gerechnet. Freilich, damit sind wir nicht am Ziel, sondern erst am Anfang unserer Untersuchungen, denn jetzt muß erst die eigentliche Darlegung der sozialistischen Rechnungslegung beginnen.

IV.

Die sozialistische Rechnungslegung. (I.)

Hilferdings Darstellung der Kapitalkonzentration gipfelt in einer — wir möchten sagen — grandiosen Vision eines Generalkartells:

„Die ganze kapitalistische Produktion wird bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen Sphären bestimmt. Dann wird die Preisfestsetzung rein nominell und bedeutet nur mehr die Verteilung des Gesamtprodukts auf die Kartellmagnaten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits. Der Preis ist dann nicht Resultat einer sachlichen Beziehung, die die Menschen eingegangen sind, sondern eine bloß rechnungsmäßige Art der Zuteilung von Sachen durch Personen an Personen. Das Geld spielt dann keine Rolle. Es kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen und nicht um Zuteilung von Werten handelt. Mit der Anarchie der Produktion schwindet der sachliche Schein, schwindet die Wertgegenständlichkeit der Ware, schwindet also das Geld. Das Kartell verteilt das Produkt. Die sachlichen Produktionselemente sind wieder produziert worden und werden zu neuer Produktion verwendet. Von der Neuproduktion wird ein Teil auf die Arbeiterklasse und die Intellektuellen

verteilt, der andere fällt dem Kartell zu, zu beliebiger Verwendung. Es ist die bewußt geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form. Aber dieser Antagonismus ist Antagonismus der Verteilung. Die Verteilung selbst ist bewußt geregelt und damit die Notwendigkeit des Geldes vorüber. Das Finanzkapital in seiner Vollendung ist losgelöst von dem Nährboden, auf dem es entstanden. Die Zirkulation des Geldes ist unnötig geworden, der rastlose Umlauf des Geldes hat sein Ziel erreicht, die geregelte Gesellschaft und das perpetuum mobile der Zirkulation findet seine Ruh'“ („Finanzkapital“ Seite 314—315).

Das Bild des Generalkartells, das praktisch niemals vollständig, sondern nur annäherungsweise, der Tendenz nach erreicht werden wird, kann deswegen als Grundlage der Untersuchungen über die sozialistische Wirtschaftsrechnung dienen, weil es nur durch eine Änderung der „Schaltung“ zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung werden kann. Die Konkurrenz der Produzenten ist ausgeschaltet, die Leitung der Produktion und auch die Verteilung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln auf die einzelnen Konzernbetriebe erfolgt planmäßig von einer Stelle aus: dem zentralen Kartellbüro. Der Wirtschaftsplan eines solchen Generalkartells kann nicht nur darin bestehen, daß man feststellt, wieviel im Ganzen erzeugt werden soll — das ist ja so ziemlich das einzige, was sich die Planwirtschaftler unter einem Wirtschaftsplan vorstellen — sondern auch wie und wo es erzeugt werden soll usw. Im Generalkartell gibt es mehrere Produktionsstätten, die dieselben Waren erzeugen. Das ist schon aus der Entstehungsgeschichte dieses Riesenkartells erklärlich, da es ja schon mehrere Betriebe mit gleichem Erzeugungsprogramm und auch genügend großem Bedarf für so zahlreiche, gleichartige Produkte gab, bevor alle Produktionsstätten vom Generalkartell aufgesogen waren. All diese Betriebe sind nun in seinen Dunstkreis gekommen, und jetzt beginnt die nichtantagonistische Form der Konkurrenz innerhalb des Kartells. Die Kartellmagnaten oder — in einer sozialistischen Wirtschaft — die Leiter der gesamten Wirtschaft werden nicht verschiedene Betriebe mit demselben Programm nach verschiedenen Methoden und mit verschiedenen Kosten produzieren lassen. Das ist ja auch vielfach für schwache Unternehmer ein Anreiz, sich im Kapitalismus nolens volens von einem Riesenkonzern „schlucken“ zu lassen, da sie hoffen, daß nun auch für „ihren“

Betrieb die innerhalb des Kartells als zweckmäßigste anerkannte Organisation, die beste Fabrikationsmethode, die tüchtigsten Beamten zur Hebung der Produktivität des Betriebes herangezogen werden. Dazu ist aber notwendig, die Ergebnisse aller Betriebe gesondert zu erfassen und so zu tun — gleichviel ob in kapitalistischer oder sozialistischer Wirtschaft — als ob jeder Betrieb einen eigenen Unternehmer hätte, der sich über das wirtschaftliche Ergebnis der Produktion klar werden will. Daher herrscht innerhalb des Kartells sehr strenge Verrechnung, und es gehört zu den laienhaften Vorstellungen vom Kapitalismus und auch vom Sozialismus, wenn man meint, daß innerhalb des Kartells Waren ohne weitere Verrechnung verschoben werden können, kurz daß die einzelnen Konzernbetriebe nicht sehr gut zwischen „Mein und Dein“ zu scheiden wissen. Der alte Fehler, den die Naturalwirtschaftler bei jeder Gelegenheit machen, besteht darin, daß sie bestenfalls nur an die Gebarung mit bereits genußreifen Gütern denken, die allenfalls in natura zugeteilt werden können, während dieser Vorgang doch vollkommen unmöglich ist bei Gütern höherer Ordnung, die in einen neuerlichen Produktionsprozeß eingehen müssen und auch in die verschiedensten weiterverarbeitenden Betriebe „geliefert“ werden. Diese Vorstellung, als ob es sich nur um genußreife Güter handelte, spukt auch in Hilferdings Darstellung des Generalkartells herum. Wie anders wären sonst die Worte zu erklären: „Das Geld spielt dann keine Rolle. Es kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen handelt und nicht um Zuteilung von Werten.“ Die Vorstellung des „Zuteilens von Sachen“ stammt nur von der Gebarung mit Gütern erster Ordnung her. Gewiß, es mag sich nicht um Tauschwerte handeln, die Notwendigkeit, den Wert der Ware zum Zweck des vorzunehmenden Tausches zu konstituieren, besteht in der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr, aber wie denn soll innerhalb des Generalkartells abgerechnet werden? Man kann doch nicht die Bilanz, das heißt das wirtschaftliche Ergebnis einer einzelnen Abteilung des Generalkartells in den tausenden, mannigfaltigsten Materialien darstellen, die in den verschiedensten Quantitäten und Qualitäten in die Fabrik eingeliefert wurden, von den Riesenblöcken Eisen bis zum kleinsten Splint, von den tausenden

Tonnen Kohle bis zum kleinsten Tropfen Schmieröl und dem letzten Kilogramm Putzhadern, und diese Eingangsmaterialien dann vielleicht gegenüberstellen der Anzahl von fertigen Maschinen, von halbfertigem und verpfuschem Material, das am Ende der Gebarungsperiode in der Fabrik liegt. Wie denn soll der wirtschaftliche Vorgang im Betriebsergebnis festgehalten werden, mit dem eine chemische Fabrik z. B. Schmieröl an eine Unzahl von Maschinenfabriken liefert? Die verwaltungswirtschaftlichen Eingriffe, die Planwirtschaft, mag meinetwegen so weit gehen, daß von der Leitung der Wirtschaft oder von irgendwelchen Unterinstanzen aus das liefernde und belieferte Werk, sogar der Preis oder sonst die Entschädigung dekretiert wird, aber die Verbuchung, das Aufzeichnen des vor sich gegangenen Wirtschaftsaktes kann doch nicht in der undeutlichen, undurchsichtigen, stummen Sprache der Naturalabrechnung erfolgen! Gewiß ist „der Preis dann nicht das Resultat einer sachlichen Beziehung, die die Menschen eingegangen sind“ in dem Sinne, daß sie als Privatproduzenten sich in der Notwendigkeit, den Tauschwert zu konstituieren, auf die anderen Produzenten und auf die Konsumenten beziehen müssen; aber es bestehen die Beziehungen zwischen den einzelnen Produktionsstätten, und diesen Bezug wird es in der Welt so lange geben, so lange es Arbeitsteilung gibt und die Arbeitsteilung in diesem höheren Sinne wird sich mit dem Fortschritte der Technik noch weiter entwickeln. Die grob naturalwirtschaftliche Vorstellung von der sozialistischen Wirtschaft ist ein Fehler, vor dem man sich nicht genug hüten kann.

Das Generalkartell regelt die Verteilung bewußt. Aber diese Bewußtheit hat verschiedene Grade und verschiedene Formen. Die bewußte Regelung vollzieht sich im Büro des Generalkartells nach der uns einzig und allein möglich erscheinenden Methode so, daß in der Gesamtbilanz bestimmt wird, wie viel von dem vorhandenen Gebarungsüberschuß¹⁾ zu Rück-

¹⁾ Die Bilanz des Generalkartells — auch in der sozialistischen Wirtschaft — rechnet mit denselben Konten wie die normale Bilanz eines kapitalistischen Unternehmens, nur daß das Gewinn- und Verlustkonto eine ganz andere Bedeutung hat als in der kapitalistischen Wirtschaft; es wird noch weiter unten Gelegenheit sein, von der Wandlung der Begriffe

lagen, das heißt zur Deckung des Verbrauches in Jahren mit unergiebigem Produktion, wie viel für den Erweiterungsfonds, das heißt zur Erweiterung der Produktion und zur Auffindung und Verwertung neuer Produktionsmethoden, wieviel für den Wohlfahrtsfonds, d. h. zur Durchsetzung sozialer Verteilungsgrundsätze verwendet werden darf. In diesem Sinne mag man von einem **Wirtschaftsplan** sprechen. Die Leitung des Generalkartells, bzw. der sozialistischen Gesamtfabrik ist zentralisiert, freilich nicht in dem Sinne, daß oberste Wirtschaftsbeamte über irgend eine unwichtige und untergeordnete Maßnahme „aktenmäßig“ entscheiden, sondern zentralisiert in dem Sinne, daß die Bilanzen, d. h. die Wirtschaftsergebnisse der einzelnen Betriebe in der Gesamtbilanz erscheinen und daß die Betriebsüberschüsse der einzelnen Betriebe nicht von ihnen, sondern nur von der Gesamtheit verwendet werden dürfen²⁾. In der Bilanz des Generalkartells, die in der sozialistischen Gesamtfabrik nichts anderes ist als der vielberufene Wirtschaftsplan, wird in den Vorschlägen zur Verteilung des Gebarungüberschusses³⁾ beim Erweiterungsfonds genau bestimmt werden müssen, wie die Erweiterungsfonds der einzelnen Hauptproduktionszweige dotiert werden. Es wird der Erweiterungsfonds etwa der Gilde der metallver-

Gewinn und Verlust in einer sozialistischen Wirtschaft zu sprechen. Aber schließlich arbeitet z. B. die Bilanz einer Gewerkschaft, falls ihr Verrechnungswesen so organisiert ist, auch mit demselben Kontennamen wie ein Erwerbsbetrieb, obwohl Gewinn und Verlust im Abschluß einer Gewerkschaft oder Partei auch gar nichts mit den gewöhnlichen Begriffen von Gewinn und Verlust zu tun haben.

²⁾ Die Frage des Gebarungüberschusses einer einzelnen Betriebsstätte werden wir noch später besonders besprechen. Buchungsmäßig muß jedoch der ganze Gebarungüberschuß dem allgemeinen Konto der Gilde als Zusammenfassung der Industriegruppe, der eben dieser Betrieb angehört, gutgeschrieben werden, die Gilde wird ihn wieder auf Gewinn- und Verlustkonto buchen und den Saldo dieses Kontos wieder auf das Konto Gesamtwirtschaft gutschreiben. So entsteht das Gewinn- und Verlustkonto der zentralen Generalkartellbuchhaltung.

³⁾ Jeder Verwaltungsrat einer Aktiengesellschaft macht bei der Vorlage der Jahresbilanz an die Aktionärversammlung einen Vorschlag zur Verteilung des aus dem Gewinn- und Verlustkonto aufscheinenden Gewinnsaldos vor. Analog der Vorgang bei Vorlage der Bilanz der sozialistischen Gesamtfabrik etwa an den Gildenkongreß.

arbeitenden Betriebe mit einer bestimmten Summe bedacht werden und die Metallindustrie wird nun in ihrem Rahmen die weitere Verteilung des an sie überwiesenen Gesamtfonds vornehmen können; auf diese Weise allein kann man Zentralismus und Föderalismus in der sozialistischen Gesamtfabrik zu einem günstigen Ende kombinieren.

Es ist in diesem Zusammenhang doch auch notwendig, einiges über das Wesen und die Organisation der sozialistischen Gesellschaftsordnung auszusagen, deren Rechnungslegung hier dargestellt werden soll. Ein genaues und ins Detail gehendes Bild nach utopischer Methode zu entwerfen, kann selbstverständlich nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, der es sich vor allem um das Problem der Rechnungslegung handelt. Nur die Umriss sollen hier gegeben werden. Die sozialistische Wirtschaft, um deren Rechnungslegung es hier geht, wird im wesentlichen dem Typus einer gildensozialistischen Ordnung angehören.⁴⁾ Der ganze Erzeugungsprozeß wird nach Industrieverbänden, Gilden organisiert sein. Diese werden alle Betriebe des gleichen Produktionsprogrammes und der gleichen Erzeugungsrichtung umfassen und für sie werden die gemeinsamen technischen Anweisungen von den zentralen Büros des Industrieverbandes ausgehen. Von hier wird auch die konkurrenzlose Angleichung der Produktionsmethoden der verschiedenen gleichartigen Betriebe erfolgen, von hier werden auch die einzelnen Betriebe der Gilde „mit Aufträgen“ versorgt werden. Man wird

⁴⁾ Wir legen den Untersuchungen über die sozialistische Rechnungslegung deswegen eine gildenmäßige Organisation zugrunde — allerdings mit größeren Befugnissen des Gildenkongresses und der von ihm eingesetzten Leitung der Gesamtwirtschaft als dies die englischen Gildensozialisten wie z. B. Cole und andere tun — weil uns eine derart aufgebaute Wirtschaftsverfassung die geschichtliche Synthesis zwischen den Antithesen der zentralen Verwaltungswirtschaft und dem stark syndikalistisch angehauchten, föderalistischen Gildenprogramm zu sein scheint. Wir glauben, daß die geschichtliche Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird. Von den englischen Gildenprogrammen unterscheidet sich unser System übrigens auch dadurch, daß nicht bloß der Einfluß der zentralen Organisationen auf die Gilden und Einzelbetriebe größer sein wird, sondern daß auch in der Leitung der Fabriken Vertreter der Gesamtheit und der Konsumenten und nicht allein der Produzenten mitentscheiden werden. (Über die Organisation des Einzelbetriebs vgl. Otto Bauer „Der Weg zum Sozialismus.“)

ja unschwer den gesamten Bedarf der Wirtschaft an den von einer Gilde hergestellten Erzeugnissen annähernd feststellen können. Die Schwierigkeit der produktionsstatistischen Erfassung besteht lediglich in der Feststellung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Fabriken, und deswegen ist auch bei gesellschaftlicher Produktion die Erteilung der „Erzeugungsaufträge“ an die einzelnen Werke nicht ohne weitgehende statistische Vorbereitungen möglich. Die Organisation nach Industrieverbänden ermöglicht aber viel eher als eine Zentralwirtschaft die Erfassung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe, weil innerhalb der Gilde mit gewissen „Branchenkenntnissen“, die schon teilweise aus der kapitalistischen Zeit stammen, zu rechnen ist. Unsere gildensozialistische Organisation der gesamten Wirtschaft setzt aber wesentlich größeren Einfluß der zentralen Stelle (Gildenkongreß) auf die einzelnen Gilden und auf die einzelnen Betriebe voraus. Keinesfalls ist es möglich, von vornherein mit einer streng zentralisierten Verwaltungswirtschaft einzusetzen, sondern man kann erst allmählich mit der Durchsetzung der Einflüsse der Gesamtheit und ihrer Organisationen beginnen. Die zentrale Planwirtschaft steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Entwicklung. Im ganzen liegt also der hier dargestellten Methode der Rechnungslegung das Gerüst einer gildensozialistischen Organisation der Wirtschaft zugrunde, in der allerdings die Gesamtwirtschaft stärkeren Einfluß auf die Gilden und die Einzelbetriebe nimmt.

Wie soll eine solche Gesamtbilanz der Wirtschaft, von der bisher einzelne Details angeführt wurden, aussehen? Soll der Gebarungsüberschuß etwa in „Naturalien“ festgehalten werden? Soll der Reservefonds mit Eiern, Werkzeugmaschinen und Damenhüten dotiert werden? Soll dem Erweiterungsfonds der Metallindustrie vielleicht Baumwolle zugewiesen werden, die im Gebarungsüberschuß erscheint? Müssen die Naturalwirtschaftler nicht selbst über ihre Vorschläge lächeln? Und wie soll man gegenüber diesen unumstößlichen Tatsachen die etwas unklaren Worte Hilferdings deuten: „die Zirkulation des Geldes ist unnötig geworden, der rastlose Umlauf des Geldes hat sein Ziel erreicht . . .“ Gewiß, sehr viele, ja die meisten spezifischen Eigenschaften des Geldes sterben zugleich mit seinem Mutterboden, der Waren-

produktion ab, aber deswegen verschwindet nicht die Notwendigkeit der Abrechnung zwischen den einzelnen Betriebsstätten, und die Vereinsamung, in die die Warenproduktion den privatkapitalistischen Produzenten gerissen hat, verschwindet nicht vollständig mit seiner Ersetzung durch die Gesellschaft.

Das Bild des Generalkartells, in dem alle Produktionsstätten — diesen Terminus wollen wir an Stelle des dann nicht mehr passenden Begriffes „Unternehmung“ verwenden — einem zentralen Willen, einer zentralen Leitung und Rechnungslegung unterworfen sind, paßt glänzend als das Bild der unmittelbaren Vorstufe zur sozialistischen Rechnungslegung. Wenn man das Wort von Klausewitz „Der Krieg ist eine Fortsetzung der Politik des Friedens, nur mit anderen Mitteln“ variieren darf, so kann man *cum grano salis* sagen: die sozialistische Verrechnung ist im Wesentlichen die Fortsetzung der Verrechnungsmethoden des Kapitalismus, nur zu anderen Zwecken. Das wird vielleicht auch für einzelne Teile der Wirtschaft und insbesondere ihre äußeren Erscheinungsformen gelten. Die technische Vollkommenheit, die Arbeitsteilung, die Massenproduktion, die Rationalität werden erhalten bleiben und erst voll entwickelt werden. Nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird fortfallen, und damit wird die Produktion nicht mehr den Zwecken eines möglichst großen Reingewinns für den Privatunternehmer, sondern nur mehr der bestmöglichen Versorgung der Gesellschaft dienen. Und trotz aller Einschränkungen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, wird sich die gesellschaftliche Produktion ein Geldsystem schaffen müssen, ein System des Arbeitsgeldes, wie sich aus den Untersuchungen über den Charakter der Warenproduktion und der gesellschaftlichen Produktion ergibt.

Das äußere Bild der Verrechnung wird dem kapitalistischen ähnlich sein. Insbesondere die genaue Erfassung der Selbstkosten wird die Genauigkeit der kapitalistischen Nachkalkulation womöglich noch übertreffen müssen. Wir nehmen vorläufig den einfachsten Fall an, daß eine Fabrik bestimmte Rohmaterialien geliefert erhält, daß sie elektrischen Strom oder andere Energien bezieht, daß ihr dafür bestimmte Summen in Rechnung gestellt werden und daß diese Größen in Arbeitsstunden berechnet werden. Diese Summen zählen von vorn-

herein zu den Produktionskosten dieser Fabrik. In ihr werden Maschinen abgenützt, daher sind Abschreibungen von den Maschinenwerten, von den Gebäuden und Werkzeugen nötig; auch diese Summen werden in Arbeitsstunden erfaßt. Die so gewonnenen Summen der Abschreibungen werden für ein ganzes Jahr veranschlagt, da ja auch die Lebensdauer der Maschinen, der Gebäude und sonstigen Fabrikeinrichtungsgegenstände Jahre währt und die jährliche Abschreibungsquote eben einen Teil des Gesamtwerts der Maschine darstellt. Diese Summen werden nun in ein Verhältnis gesetzt zu dem jährlichen Gesamtprodukt, das ja auch in Arbeitsstunden festgestellt wird, und ergeben so mit anderen Größen den Unkostensatz dieser Fabrik, d. h. die Produktionskosten, die durch den gesamten Produktionsprozeß verursacht werden, die also nicht in ihrer Gänze einem einzigen die Fabrik verlassenden Fertigprodukt angelastet werden können, die aber doch irgendwie auf die einzelnen Produkte repatiert werden müssen, damit sie gedeckt werden können. Die Arbeiter werden wahrscheinlich in einem Akkordsystem arbeiten, die modernen Grundsätze des Taylorismus nach Möglichkeit angewendet werden, natürlich mit Rücksicht auf die Erhaltung der Arbeitskraft; das Herausholen der letzten Kraft des Arbeiters durch dieses System wird selbstverständlich vermieden werden. Nehmen wir nun an, der normale Arbeiter arbeitet 48 Stunden in der Woche, dann muß er einen Lohn von 48 Normalarbeitsstunden bekommen. In der Regel wird der Arbeiter für eine tatsächlich geleistete Arbeitsstunde einen staatlich beglaubigten „Arbeitsstundenschein“ erhalten, für den er dann Produkte, die mit einem Preisaufdruck „Eine Arbeitsstunde“ versehen sind, kaufen kann. Darin, für welche tatsächlich geleistete Arbeitszeit ein solcher Arbeitsstundenschein bezahlt wird, kann sich die Differenzierung der verschiedenen Arbeitsleistungen äußern. Die Arbeit, die eine höhere Qualifikation aufweist, wird z. B. für eine tatsächlich geleistete Arbeitsstunde eine Entlohnung von zwei Arbeitsstundenscheinen erhalten und stellt gewissermaßen — wenn man bei abstrakten Begriffen mit Zahlen operieren darf — eine doppelt so große Summe Arbeit dar als es dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht. Die tatsächlich dem Arbeiter eingehändigten Arbeitsscheine liegen

auch der Kostenberechnung zugrunde. Wenn also in einer Fabrik im Rahmen der für eine Produktionssphäre „kollektiv vereinbarten Löhne“, zu hohe Löhne, d. h. im Verhältnis zur tatsächlich geleisteten Arbeitszeit und zur tatsächlich hervorbrachten Arbeit ausgegeben werden, muß sich das sofort darin äußern, daß die Selbstkostenpreise der diese Fabrik verlassenden Güter im Verhältnis zu anderen, in anderen Fabriken hergestellten Gütern zu hoch erscheinen. Bei der nicht antagonistischen Form der Konkurrenz ist es in diesem Falle ohne weiteres möglich, die verschiedenen Lohnsätze in den Fabriken mit gleichem Produktionsprogramm für jede einzelne Arbeitsoperation vollkommen anzugleichen, so daß man nach verhältnismäßig kurzer Zeit dazu gelangen muß, gesellschaftliche Löhne auszubezahlen und dann auch mit gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit für die einzelnen Produktionssphären zu rechnen, weil für die einzelnen Arbeitsoperationen innerhalb derselben Branche die gleichen Löhne und Akkordpreise bezahlt werden. Auf diese Art wird wohl das Problem gelöst werden, wie die Löhne der Arbeiter derselben Branche in das richtige Verhältnis gebracht werden können. Bleibt nur die Frage offen, wie sich die Löhne der Arbeiter verschiedener Kategorien zu einander verhalten werden. Im Kapitalismus bestehen die größten Unregelmäßigkeiten, die durch die wechselnde Konjunktur in den verschiedenen Industriesphären ausgelöst werden. In der sozialistischen Wirtschaft wird der Bezug auf die Normalentlohnung stets gegeben sein. Freilich werden auch dann noch gewisse Schwankungen möglich sein. Aber die im Verhältnis zu anderen Branchen zu schlechte Entlohnung der Arbeiter einer Produktionssphäre muß sich sofort in verringerter Kaufkraft äußern, da ja die verhältnismäßig höheren Löhne der anderen Branchen sofort auf die Preise der von ihnen erzeugten Güter zurückwirken. Man muß sich überhaupt bei der Betrachtung der Wirtschaft mit dem Arbeitsgeldsystem daran gewöhnen, daß die ganze Wirtschaft viel durchsichtiger ist als es die kapitalistische jemals sein kann und daß irgend eine Unrichtigkeit oder gar eine Ungerechtigkeit an einer Stelle der Wirtschaft sofort an einem anderen Punkt deutlich hervortritt. Da es bei der demokratischen Arbeitsverfassung der sozialistischen Wirtschaft den

Arbeitern jederzeit möglich sein wird, Beschwerden über ihre Entlohnung vorzubringen, wird hier die beste Gewähr dafür geboten sein, daß auf dem Wege über dieses Anzeichen zu geringer Entlohnung im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Löhnen und Preisen allmählich ein ausgeglichenes und in jeder Beziehung gerechtes gesellschaftliches Lohnsystem ausgebildet wird, das die Zufälle der kapitalistischen Entlohnung vermeidet.

Indes gibt es verschiedene Qualifikation der Arbeit, verschiedene Arbeitsintensität; verschieden qualifizierte Arbeitskräfte brauchen zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft einen verschieden großen Aufwand, qualifizierte Arbeiter benötigen mehr, um ihre Arbeitskraft für den nächsten Tag, für das nächste Jahr zu reproduzieren, d. h. ihre laufenden Ausgaben sind größer. Es ist aber überhaupt mehr Aufwand notwendig, um eine qualifizierte Arbeitskraft als Ganzes, d. h. einen Menschen mit dem gleichen Bildungsgrad und den Kenntnissen wieder heranzubilden, wenn der bisherige Träger dieser Arbeitskraft nicht mehr arbeitsfähig ist. All das muß in die Bewertung der verschiedenen Arbeitskräfte einbezogen werden.⁵⁾

Aber wie ist das möglich, rufen die Gegner des Marxismus. Es ist ja ihr beliebtester und vielleicht wichtigster Einwand gegen die Marxsche Arbeitswertlehre, daß es doch gar keine normale, gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitskraft und Arbeitsleistung gibt, die sich in den verschiedenen Waren darstellt, sondern daß es die verschiedenst qualifizierten Arbeitskräfte sind, die in die verschiedenen Güter eingehen. Wie kann man denn qualifizierte auf nicht qualifizierte Arbeitskraft reduzieren, wie kann man denn von einer gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitskraft sprechen? Dieselben Unternehmer, die die Arbeiter als eine Herde gleich unintelligenter Menschen hinzustellen belieben, beginnen nun plötzlich für die Unersetzlichkeit des Einzelnen und seiner besonderen Qualifikation zu schwärmen. Auch Mises ist mit diesem Argument gegen ein Arbeitsgeldsystem rasch zur Hand. „Der zweite Mangel der Arbeitsrechnung ist die

⁵⁾ Über die verschiedenen Arbeitsleistungen und ihre Rolle in einer sozialistischen Gesellschaft vgl. auch Max Adler „Der Kommunismus bei Marx“, Archiv für Geschichte des Sozialismus, 6. Jahrg., 2. Heft 1915, S. 245.

Nichtberücksichtigung der verschiedenen Qualität der Arbeit . . . Das was für die Entscheidung der Frage, ob die Arbeitsrechnung als Wirtschaftsrechnung verwendbar ist, den Ausschlag geben muß, ist, ob es möglich ist, verschiedenartige Arbeiten ohne das Zwischenglied der Bewertung ihrer Produkte durch die wirtschaftlichen Subjekte auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Der Beweis, den Marx hiefür zu erbringen sucht, ist mißlungen.“ Marx sagt im „Kapital“ mit Recht, die tägliche Erfahrung beweise, daß die Reduktion von qualifizierter auf einfache Arbeit tagtäglich vor sich geht; er meint damit, daß die Bewertung der verschieden qualifizierten Arbeitskräfte in verschiedenen Geldsummen, also in verschiedenen Löhnen, die doch alle irgendwie zu einem vereinbarten oder zumindest gedachten Normallohn in Beziehung gesetzt sind, der beste und beredteste Beweis für diese Reduktion ist. Von Arbeitern, die dieselben Arbeiten verrichten, etwa von zwei Drehern kann man ja schließlich ohne weiters sagen, daß der eine doppelt soviel oder doppelt so gut arbeitet wie der andere. Man kann auch weiters die Wichtigkeit der verschiedenen Arbeitsverrichtungen miteinander vergleichen; man kann sehr wohl die Wichtigkeit eines Hammerführers in einer Großschmiede mit der Qualifikation eines Kesselburschen vergleichen etwa in dem Sinne, um wieviel wichtiger es ist, daß der Hammerführer zur Stelle ist oder besser arbeitet als der Feuerbursch oder um wieviel schwerer, anstrengender die Arbeit des Hammerführers ist. Aber der Alltag, die stündliche Erfahrung jedes Werkstätteningenieurs, jedes Akkordanten, jedes Werkmeisters wird der Marxschen Behauptung rechtgeben. Mises wendet aber weiter ein: „Daß im Tauschverkehr sich im Lohnsatz ein Substitutionsverhältnis zwischen einfacher und komplizierter Arbeit herausgebildet hat — worauf Marx an jener Stelle nicht anspielt (Worauf denn? A. d. V.) — ist ebensowenig ein Beweis für diese Gleichartigkeit. Diese Gleichsetzung ist ein Ergebnis des Marktverkehrs, nicht seine Voraussetzung. Die Arbeitsrechnung müßte für die Substitution der komplizierten Arbeit durch einfache Arbeit ein willkürliches Verhältnis festsetzen, was ihre Verwendbarkeit für die Wirtschaftsführung ausschließt.“ Würde Mises das Getriebe einer kapitalistischen Fabrik kennen, wüßte er, daß die Festsetzung der verschiedenen Arbeitslöhne

für verschiedene Professionisten oder für dieselben Professionisten in verschiedenen Verwendungen schon im Kapitalismus zu den schwersten Aufgaben der Betriebsführung gehört, deren Erfüllung ebenso wichtig ist wie die technische Durchbildung des Produktionsprozesses. Aber, so wendet der Marktfetischist Mises ein, diese Lohnsätze sind das Ergebnis des Marktverkehrs. Würde er die Lohnverhandlungen kennen — nicht die zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden über die allgemeinen Grundsätze der Entlohnung (Mindestverdienste usw.) — sondern die zwischen den einzelnen Unternehmern, dem Werkstättenleiter und den einzelnen Arbeitern über den Lohnsatz für verschieden qualifizierte Arbeitsoperationen geführten, dann könnte er dafür nicht die Kategorie des Marktverkehrs verwenden, denn bei diesen Festsetzungen handelt es sich nicht um das Marktfeilschen im gewöhnlichen Sinn. Mit dem Stand am Arbeitsmarkt, mit der jeweiligen Größe der Arbeitslosenzahl hat das Verhältnis der Entlohnung von qualifizierter und weniger qualifizierter Arbeitskraft, besonders aber das Verhältnis zwischen der Entlohnung verschiedener Professionistenkategorien oder die Entlohnung verschiedener Maschinenarbeiten derselben Professionisten, fast gar nichts zu tun; also auch Angebot und Nachfrage spielen fast überhaupt keine Rolle im Sinne des sonstigen Marktverkehrs. Warum sollte dieser Vorgang in einer sozialistischen Wirtschaft nicht möglich sein, wo dem einzelnen Betriebsleiter die Löhne und die Gestehungskosten der „Konkurrenz“ viel besser bekannt sein werden als heute. Heute kennt jeder Betriebsleiter nur im allgemeinen die Durchschnittslöhne, die in seiner Branche von der Konkurrenz gezahlt werden; die Bedeutung des vielgerühmten Konkurrenzkampfes ist ja im Kapitalismus bereits soweit zurückgegangen, daß die Unternehmerverbände genaue Statistiken über Durchschnittslöhne der einzelnen Professionisten in den angeschlossenen Betrieben führen und sie ihren einzelnen Mitgliedern bekanntgeben, so daß die schwere Arbeit der Lohnfestsetzung dadurch erleichtert wird, daß ein Unternehmer vom anderen die tatsächlich ausbezahlten Durchschnittslöhne mit einem mehr oder weniger großen Unaufrichtigkeitskoeffizienten und damit auch die wichtigsten Voraussetzungen seiner Kalkulation kennt. Der Betriebsleiter kennt

also bestenfalls Durchschnittsverdienste einzelner Professionisten, und nun setzt er für die einzelnen Arbeiter höhere und niedrigere Löhne nach der von ihnen verrichteten Arbeitsoperation fest. Auch der sozialistische Betriebsleiter kennt den Durchschnittslohn, eben einen Arbeitsstundenschein, und setzt dann innerhalb gewisser Richtlinien, die ja viel leichter gegeben werden können als heute, das Entgelt für die einzelnen Arbeiter fest. Also im wesentlichen derselbe Vorgang wie im Kapitalismus. Aber hier ist es die höchste Vollendung der Logik des „Marktverkehrs“, dort Willkür und Zugrundgehen der Wirtschaft!

Der Durchschnittsarbeiter wird also für eine 48 stündige Arbeit einen Wochen-Arbeitsschein erhalten; die verschiedene Qualifikation wird darin zum Ausdruck gebracht werden können, daß ein besonders qualifizierter Arbeiter z. B. nur 24 oder gar nur 16 Stunden wird arbeiten müssen, um einen Wochen-Arbeitsschein zu erhalten. Andere minderqualifizierte Arbeiter werden erst nach 50 oder gar 60 Stunden einen Wochen-Arbeitsschein erlangen. Es wird aber jedenfalls nötig sein, eine bestimmte Stundenanzahl festzusetzen, die gewissermaßen das Existenzminimum darstellt, so daß kein Arbeiter zur Führung eines menschenwürdigen Daseins länger als die festgesetzte Normalarbeitswoche arbeiten muß. Wer immer, in welcher Verwendung immer so viel Stunden arbeitet, muß die zum Leben unbedingt erforderlichen Bedarfsgegenstände erwerben können. Welche Lebensmittel das sein werden, wird von den Ernährungsphysiologen jeweils festgesetzt werden und dieser Verteilungsmodus wird gewissermaßen die Grundvoraussetzung und die Charta aller übrigen sozialen Grundsätze der Verteilung sein. Wie groß freilich dieses Mindesteinkommen sein wird, hängt von der Produktivität der Gesamtwirtschaft ab. Mit dieser Festsetzung einer „Mindestration“ soll aber keineswegs der Weg des „Kasernensozialismus“ beschritten werden, der eine bestimmte Ration zuweist, sondern es soll im Prinzip auch diesen Mindestverdienern freigestellt sein, ihr Geld anders zu verwenden, wenn sie die normale, wissenschaftlich berechnete und ausbalancierte Lebensration nicht haben wollen, die die vollständige Ernährung sicherstellt.

Die kapitalistische Verrechnungsmethode unterscheidet Regien, die unmittelbar auf dem Betrieb als solchen lasten, wie z. B. elektrischer Strom, gewisse Materialregien, Schmieröl usw. und allgemeine Regien, die sogenannten Generalunkosten, das sind z. B. die Kosten des Zentralapparates, der Direktion, der Repräsentation nach außen usw. Auch in der sozialistischen Gesamtfabrik gibt es gewisse Zentralregien. Was ein kapitalistischer Betrieb an Handelsunkosten einkalkuliert, die Kosten des ganzen Zirkulationsprozesses, das wird in der sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Kosten des Verteilungsapparates dargestellt sein, das werden die Löhne der Angestellten der Verteilungshäuser — vielleicht wird das die Bezeichnung für die Nachfolger der kapitalistischen Warenhäuser im Sozialismus sein — die Kosten des Transportes der Güter, ihrer Verpackung und dergleichen mehr sein. Diese „Handlungsunkosten“ werden selbstverständlich im Kostpreis der Ware erscheinen. Aber es gibt noch andere Zentralregien der Gesamtfabrik, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch Steuern gedeckt werden; das sind die Ausgaben für die Staatsbeamten, in der sozialistischen Gesellschaft also für jene, die nicht unmittelbar im Produktions- oder Verteilungsprozeß der Güter beschäftigt sind, ferner die Kosten der sozialen Grundsätze der Verteilung. Eine genau rechnende sozialistische Gesellschaftsordnung wird mit einem verhältnismäßig großen Generalunkostensatz zu rechnen haben, da das für sie die einzige Möglichkeit ist, die Erfordernisse der Gesamtheit und der sozialen Grundsätze der Verteilung hereinzubringen. Jede Produktionsstätte wird also mit einem jährlich bei Aufstellung der Gesamtbilanz oder — sozialistisch gesprochen — des Wirtschaftsplanes festzustellenden Satz für Generalregien der Gesamtfabrik rechnen müssen; und so wird das Problem gelöst werden können, das Max Weber gewissermassen als die Quadratur des Zirkels in der sozialistischen Wirtschaft hinstellt, nämlich die materiale Rationalität auch im Sinne der formalen Rationalität zu erfassen. Wie schwer sind diese sozialen Kosten zu berechnen, wenn man sie „natural“ erfassen wollte! Wie sollten sie in den Produktionskosten einer Betriebsstätte erscheinen? Sie würde ja geradezu dem einzelnen Betrieb eine „Gratislieferung“ in natura vorschreiben müssen, wobei die

Frage offen wäre, wie diese abgelieferten Güter, Öl neben Werkzeugmaschinen und neben elektrischer Energie verteilt werden sollen. Nach unserem System wird man eben die Zahl der Pensionisten, d. h. der Leute in einem bestimmten Alter, die Zahl der Arbeitsunfähigen, Kranken usw. nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermitteln, bezw. bei einer fortgeschrittenen Statistik genau feststellen, man wird ferner die Zahl der Existenzen mit „abgeleitetem Einkommen“ erfassen und für sie eine bestimmte Summe von Arbeitsstundenscheinen sowohl mit Rücksicht auf ihr früheres Einkommen als auch mit Rücksicht auf die Ergebnisse der Ernährungsphysiologie usw. festsetzen. Die Gesamtsumme der Regien, die dadurch auf der gesamten Produktion lasten, werden zu irgend einer Größe in Beziehung gesetzt werden, wahrscheinlich am besten zu der Gesamtzahl der in der Produktion und Verteilung geleisteten Arbeitsstunden, und die sich ergebende Verhältniszahl wird bei Berechnung der Gesteungskosten auf die verausgabten Lohnsummen aufgeschlagen werden, so daß in den Kostpreis der Ware auch die Kosten der Gesellschaft eingehen. Es wäre freilich eine Ungerechtigkeit und würde fast wie eine indirekte Steuer wirken, wollte man auf alle Güter, auf die primitivsten wie auf die luxuriösesten, auf die einfachsten wie die kompliziertesten, auf die unbedingt erforderlichen wie auf die überflüssigsten den gleichen Generalunkostensatz aufschlagen. Es wird zu den wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftsparlamentes oder der obersten Leitung der Wirtschaft gehören, für jeden Industriezweig oder für jedes Erzeugnis den Generalregiesatz festzusetzen, immer jedoch so, daß die gesamten Unkosten der Gesellschaft hereingebracht werden. So wird man auch die Möglichkeit haben, die Preispolitik von zentralen Gesichtspunkten aus zu beeinflussen, bezw. überhaupt bei der Preisbildung im verwaltungswirtschaftlichen Sinn einzugreifen. Die Rationalisierung, die genaue Kostenberechnung der sozialistischen Wirtschaft mit unserem Arbeitsgeldsystem rationalisiert also auch die Ausgaben für den Zentralapparat der Gesellschaft, was bekanntlich auch die höchste kapitalistische Rationalität nicht konnte. Gerade das Anwachsen der Ausgaben für den übergroßen Verwaltungsapparat aller Staaten in der jetzigen

Periode des Kapitalismus zeigt, daß hier die Grenze der kapitalistischen Rationalität liegt. Dieses Problem läßt sich freilich nur sozialistisch lösen, so wie wir es gerade angedeutet haben. Zugleich muß es auf die Ideologie sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft erzieherisch wirken, wenn sie bei jedem Gut, das sie erwerben, wissen, das sie damit zur Erhaltung der Kranken und Arbeitsunfähigen beitragen, andererseits ist es der höchste Ansporn zur Verringerung der „unproduktiven“ Ausgaben, wenn man diese Methode einschlägt, um die Kosten der Allgemeinheit, hereinzubringen. Das gibt diesem System vielleicht auch gewisse Vorzüge gegenüber der Methode des Steuerstaates und erklärt auch die heute schon allgemeine Einsicht, daß die großen Schwierigkeiten, in die die kapitalistische Wirtschaft durch die Krise des Steuerstaates gekommen ist, nur durch den Sozialismus gelöst werden können. Soweit diese Krise darin besteht, daß das Steuersystem des kapitalistischen Staates so kompliziert ist, daß es unmöglich ist oder zumindest außerordentlichen Schwierigkeiten begegnet oder nur im Wege eines übergroßen Beamtenkörpers ermöglicht werden kann, die Steuern zeitgerecht einzuhoben, scheint hier ein Ausweg zu sein.

Die Regieberechnung in den einzelnen Betrieben wird in der Übergangsperiode von der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft keine grundsätzlichen, von der früheren Wirtschaftsmethode her unbekanntenen Schwierigkeiten bieten. Anders die Berechnung der Generalunkosten der Gesamtfabrik; hier sind zu einer haargenauen Berechnung doch schon eingehende statistische und auch versicherungsmathematische Untersuchungen notwendig. Die „erste“ Gesamtbilanz wird über sie noch nicht verfügen können, aber man wird über die erste Zeit durch schätzungsweise, sogenannte Konjunkturalstatistik hinwegkommen müssen, die der Wirklichkeit ziemlich nahe kommt, wenn sie von genauen Kennern des betreffenden Zweiges des Wirtschaftslebens besorgt wird. Gerade was die Kosten der sozialen Verteilungsgrundsätze anlangt, wird die jahrelange Schulung, die Vertrauensmänner der Arbeiterklasse in der Sozialversicherung erworben haben, gute Dienste leisten. — Die rechenmäßigen Aufstellungen, die unser Arbeitsgeldsystem erfordert, sind aber auch deswegen nicht so schwierig, nicht so vollkommen in der

Luft hängend wie eine naturalwirtschaftliche Rechnung, weil sie doch immerhin an vorhandene Vorbilder anknüpfen können. Es wird für einen hervorragenden Kenner der kapitalistischen Buchungs- und Verrechnungsmethoden nicht allzu schwer sein, sich nun auf die Gesamtbuchhaltung des Generalkartells umzustellen. Auch der Wirtschaftsplan des Generalkartells bzw. der sozialistischen Gesamtfabrik wird nicht so uferlosen Schwierigkeiten begegnen, wie etwa die Aufstellung eines vollkommen naturalwirtschaftlichen Wirtschaftsplanes, da sich unser Wirtschaftsplan an die Form der kapitalistischen Bilanz anschließen wird, nur daß diese Bilanz nicht mehr die kapitalistischen Kunststücke der Bilanzverschleierung und -verheimlichung kennen wird, die mit dem Verschwinden der antagonistischen Form der Konkurrenz wegfallen werden.

Das fertige, genußbereite Gut liegt also mit einem „Preis-aufdruck“ vor uns. Zwei Fragen stehen noch offen: die eine untersucht, ob auch tatsächlich alle Aufwendungen, auch die sogenannten „Geschenke der Natur“ in den Kostpreis eingegangen sind, die andere Frage ist die, wie sich das weitere Schicksal der im Verteilungshaus liegenden Waren gestaltet, wie und ob sie in die Hand der verbrauchenden Menschen kommen, ob diese sie „kaufen“ können, ob sie nicht zurückbleiben und ob nicht durch das neue Geldsystem die Möglichkeit einer neuen Absatzkrise, einer neuerlichen Disproportionalität zwischen Produktion und Konsum gegeben ist.

Die erste Frage haben wir schon vorhin im Vorbeigehen beantwortet. Alle sachlichen Voraussetzungen der Produktion, alle halbfertigen Materialien, alle Rohstoffe, alle Hilfsmaterialien, die von anderen Produktionsstätten in die verarbeitende geliefert werden, werden ihr ja berechnet, fakturiert. Die Frage, ob es dabei zur Barzahlung mit Arbeitsstundenscheinen oder zu buchmäßigen Belastungen, also zu „bargeldlosen“ Verkehr kommt, wird am besten die Praxis lösen. Die Einwände, die wiederum von den Gegnern der Arbeitswertlehre gegen ein System der Arbeitsstundenrechnung gemacht werden, zielen dahin, daß man nur die Aufwendungen der menschlichen Arbeitskraft sowohl beim Produktionsprozeß, der zu genußreifen Gütern führt, als auch bei dem vorhergehenden Produktionsprozeß, berechnen

kann, nicht aber das, was von den natürlichen Voraussetzungen, etwa von dem Vorhandensein eines Ackers, eines Bergwerks in die Kostpreisberechnungen eingeht, daß daher diese Bewertung falsch und infolgedessen eine zweckmäßige Verteilung und ein vernünftiges Haushalten mit den vorhandenen Gütern unmöglich ist und vor allem dann für die Wirtschaft verhängnisvoll werden kann, wenn es sich um Seltenheitsgüter handelt. Wiederum ist es unter anderen Mises, der in seinem großen Feldzug gegen die Gemeinwirtschaft die Argumente anführt, die vor ihm schon Böhm-Bawerk vorgebracht hat. „Die zur Erzeugung der beiden Waren P und Q erforderliche gesellschaftliche Arbeitszeit betrage je zehn Stunden. Zur Erzeugung sowohl einer Einheit von P als auch einer Einheit von Q sei außer der Arbeit auch das Material a, von dem eine Einheit in einer Stunde gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit erzeugt wird, zu verwenden, u. zw. verwendet man zur Erzeugung von P zwei Einheiten von a und überdies acht Arbeitsstunden, für die Erzeugung von Q eine Einheit von a und neun Arbeitsstunden. In der Arbeitsrechnung erscheinen P und Q als Äquivalent, in der Wertrechnung müßte P höher gewertet werden als Q. . . . Es ist wahr, daß dieses Mehr, um das die Wertrechnung P höher stellt als Q, dieses Materials substrat, ohne Zutun des Menschen, von Natur aus vorhanden ist (Böhm-Bawerk), doch wenn es nur in einer solchen Menge vorhanden ist, daß es ein Gegenstand der Bewirtschaftung wird, muß es auch in irgend einer Form in die Wertrechnung eingehen.“⁶⁾

Mises behandelt hier eine Frage, die schon oben bei der Besprechung der Seltenheitsgüter und ihrer Bewertung in der kapitalistischen Wirtschaft erwähnt wurde. Er zäumt allerdings die Frage zunächst so auf, als ob es sich um alle Produktionsphären handeln würde, in die neben menschlicher Arbeitskraft auch sachliche Produktionsvoraussetzungen eingehen. In dieser allgemeinen Fassung ist sein Einwand absolut unberechtigt,

⁶⁾ In dasselbe Horn stößt auch Heymann „Mehrwert und Gemeinwirtschaft“ aa. O. S. 170 „Daß auch eine Veranschlagung aller Waren im Arbeitswert keinen Ersatz für die Geldrechnung bieten könnte, selbst wenn es keine natürliche Seltenheit gäbe, die sich der Auflösung in Arbeitswert von vornherein entzieht, weist Mises nach.“

denn die meisten Güter sind vollständig durch die normale Kostenaufstellung in Arbeitsstunden zu erfassen. Und nur am Schluß seiner Darlegungen fügt er die allerdings entscheidende Einschränkung hinzu, daß seine Behauptung nur für den Fall einen Sinn habe, wenn es sich um Seltenheitsgüter handle, bei denen eine Bewirtschaftung notwendig ist. Er meint, daß die Preise der alleinige Regulator der Produktion auch in der sozialistischen Wirtschaft sein müssen. Und so kommt er zu der Ansicht, daß die Preise für diese Seltenheitsgüter so hoch erstellt werden müssen, daß dadurch die Zahl der Käufer und demgemäß der Verbrauch und der Prozentsatz des Abbaues, z. B. der Bodenschätze, eingeschränkt wird. In Wirklichkeit wird aber die Gesellschaft in ihrem Plan für die Wirtschaftstätigkeit, z. B. in Bergwerken, genau das Ausmaß des Abbaues feststellen, und sofern noch außerdem höhere Preise für diese Seltenheitsgüter notwendig sein sollten, werden sie eben dadurch zustande kommen, daß man den bei der Herstellung dieser Güter verwendeten Arbeitsstunden nicht bei der Entlohnung, sondern bei der Preisfestsetzung eine höhere Produktivkraft zuschreibt. Freilich — so werden die subjektiven Werttheoretiker einwenden — mit der Festsetzung eines höheren Preises kehrt die Bergwerks- oder Bodenrente auch in der sozialistischen Wirtschaft wieder. Diese Rente verliert aber sofort ihren kapitalistischen Charakter, wenn sie nicht einem Einzelnen, sondern der Gesamtheit zufließen muß; doch davon später.

Die zweite Frage, deren Beantwortung in diesem Kapitel noch aussteht, ist die nach dem Schicksal der „verkaufsbereiten“ Güter. Hier muß man sich zunächst vor Augen halten, daß der Vorgang der Einhändigung der Güter gegen die entsprechende gesellschaftlich festgesetzte Summe von Arbeitsstundenscheinen keinen Verkauf, auch keinen Tausch darstellt, sondern nur die aus Zweckmäßigkeitsgründen hierher verschobene und in dieser Form stattfindende Ausfolgung der Naturalien für geleistete Arbeit, das Partizipieren des Einzelnen an seinem und der Gesellschaft Wirtschaftserfolg. In den Verteilungshäusern wird es auch kein Feilschen, kein Hinauf- und Herunternumerieren geben, der oberste Grundsatz wird — wenn man so sagen darf — „Feste Preise“ sein. Die von der Gesellschaft festgesetzten Kost-

preise müssen in Arbeitsscheinen ersetzt werden, diese strömen wiederum zur zentralen Ausgabestelle, etwa der zentralen Gesellschaftsbank zurück, die mit ihnen den im weiteren Produktionsprozesse befindlichen Betriebsstätten neuen „Kredit“ gibt, bis diese die fertigen Güter wieder an die Verteilungshäuser liefern⁷⁾. Der wirtschaftliche Sinn dieses Vorganges ist der, daß nur derjenige, der tatsächlich gearbeitet hat, in den Besitz der Arbeitsstundenscheine kommt und daß durch die Summierung aller einzelnen die ganze Gesellschaft, wenn sie verzehrt, auch tatsächlich den Nachweis erbringt, daß die Kosten der auf die verbrauchten Güter gemachten Aufwendungen gedeckt sind. Und diese Kontrolle der tatsächlichen Deckung des Verbrauches durch geleistete wertschaffende Arbeit vollzieht ein solches Arbeitsgeld ausgezeichnet, so daß eine so organisierte Wirtschaft niemals unvermittelt in den Zustand des vollkommenen Hungers, der absoluten Unübersichtlichkeit der Produktion, des Verschleißens der gesamten Produktivkräfte versinken kann, wie das z. B. bei der russischen Sowjetwirtschaft der Fall war. Aber die Schwierigkeit, die hier auftaucht, ist eine andere. Die Planmäßigkeit der Wirtschaft soll darin bestehen, daß der Bedarf genau studiert und erfaßt und daß demgemäß produziert wird. Der naturalwirtschaftliche Kasernensozialismus löst dieses Problem — wenigstens gedanklich — einfach so, daß er eine große Statistik aufstellt, die Anzahl der zu versorgenden Menschen erfaßt, sie in „Lebenslagen“ einteilt⁸⁾, für jede dieser Lebenslagen ein genaues Versorgungsprogramm mit allen Bedürfnissen eines einzelnen Menschen aufstellt und dem Betreffenden nun diese Güter zuweist. Ist einmal die Lebenslage eines Menschen ermittelt, so stellt das Zentralwirtschaftsamt von oben herab die

⁷⁾ Man darf die organisatorischen Schwierigkeiten, die sich aus den Wegleitungen der Rohstoffe in die Fabrik, der genußreifen Produkte in die Verteilungshäuser ergeben, nicht unterschätzen. Es wird z. B. einer besonderen Festsetzung bedürfen, welches Bergwerk an welche Fabrik Kohle liefern soll, eine Frage, die nur nach den genauesten Untersuchungen über die Standortverhältnisse gelöst werden kann, ebenso welche Fabrik an welches Verteilungshaus liefern soll. Das sind freilich große praktische, aber keine prinzipiellen Schwierigkeiten.

⁸⁾ Vergleiche Otto Neurath, „Vollsozialisierung“. Erschienen in der Sammlung „Deutsche Gemeinwirtschaft“, Jena 1920, S. 21.

dem Betreffenden auf Grund seiner Lebenslage zustehenden „Gebühren“ fest — und die Einrichtung eines Gesamtproduktionsplanes ist dann nicht mehr schwer. Nicht so unsere Vorstellung von der sozialistischen Gesellschaft! Das Existenzminimum soll zwar so eingerichtet sein, daß man eine genau ausbalancierte, die Reproduktion der Arbeitskraft sicherstellende Wochenration erhalten kann, aber grundsätzlich soll jedem die Freiheit gewährt werden, im Verteilungshaus gegen Hingabe von Arbeitsstundenscheinen das zu nehmen, was ihm beliebt. Damit — wird mancher meinen — ist der freie Markt wieder hergestellt, es könnte sich immer wieder der Fall ergeben, daß gewisse Waren zurückbleiben und daß sich sogar eine allgemeine Absatzkrise durch die Unverkäuflichkeit einer ganzen Reihe von Gütern ergibt. Was zunächst die Möglichkeit einer Absatzkrise anlangt, die ja gewiß das größte und wichtigste Argument gegen eine derartige Organisation der sozialistischen Wirtschaft wäre, so ist es ausgeschlossen, daß sich aus ihr organisch und unvermeidlich Krisen entwickeln, wie dies im Kapitalismus der Fall ist. Wir sind zwar gewiß weit entfernt, für die kapitalistischen Krisen lediglich eine Erklärung aus der Unterkonsumtion zu geben, aber negativ läßt sich diese Theorie für die Unmöglichkeit einer Krise in einer sozialistischen Gesellschaft mit einem Arbeitsgeldsystem recht gut verwenden. Wie sollte denn eine große Anzahl von Gütern keinen „Absatz“ finden, wenn die Güter im Ausmaße der auf sie aufgewendeten Arbeit zur Verteilung gelangen. Die Möglichkeit, daß ungleich weniger Arbeitscheine zirkulieren als zum Ankauf der in der Gesamtwirtschaft vorhandenen Güter notwendig ist, erscheint ja von vornherein ausgeschlossen; das wäre immerhin nur am Anfang einer sozialistischen Gesellschaft möglich, wo man aus Furcht vor allzu großer Auspowerung der Wirtschaft zu vorsichtig bei Festsetzung der Generalregien vorgeht, das heißt im Verhältnis zu den aufgewendeten und auch an Sozialrentnern usw. ausgegebenen Arbeitscheinen „zu hohe Preise“ festsetzt. Nur in einem solchen Falle könnte es zutreffen, daß eine Reihe von Gütern in den Verteilungshäusern liegen bleibt, daß tatsächlich ein Unterkonsum eintritt, dessen Existenz aber sofort aus den „Verkaufsrapporten“ der Verteilungshäuser hervorgehen müßte. Da aber

alle antagonistischen Tendenzen in der sozialistischen Gesellschaft fortgefallen sind, kann dieser Fehler, der ja auch nicht auf eine antagonistische Verteilung zurückzuführen ist, sofort korrigiert werden, indem man die Generalregien eben entsprechend niedriger festsetzt. Die Schwierigkeiten des Absatzes können sich also in der umfassenden Ausdehnung einer Absatzkrise nicht aus prinzipiellen, sondern nur aus technischen „Anfangsschwierigkeiten“ ergeben. Aber, so kann man weiter einwenden, die Bedürfnisse der verschiedenen Menschen sind verschieden, sie ändern sich auch, sind gewissen Moden und Zeitgebräuchen unterworfen, die, wenn sie auch nicht plötzlich hereinbrechen und krisenhaft wirken, doch Änderungen in der Nachfrage nach gewissen Gütern bedingen. Und da ist es immerhin denkbar, daß irgendwelche Güter keinen Abnehmer finden und in den Verteilungshäusern liegen bleiben und daß sich so wiederum das Verkaufsrisiko des freien Marktes einschleicht. Diese Gefahren bestehen zumindest für die erste Zeit einer sozialistischen Gesellschaft, da man später durch genaue Verbrauchsstatistiken den Bedürfnissen und ihren Veränderungen bei der Produktion ziemlich genau entgegenkommen kann, allerdings nie so, daß die produzierten Güter auch tatsächlich bis auf das letzte Stäubchen „an den Mann kommen“.

Aber diese Freiheit, die den Konsumenten in ihrer Eigenschaft als Verbrauchern gelassen ist, ist ein weiterer Ansporn für die Wirtschaft, eine weitere Möglichkeit einer nicht antagonistischen Form der Konkurrenz. In der Naturalwirtschaft, wo die „Lebenslagen“ ganz einfach das hinnehmen müssen, was ihnen als Produkt vorgelegt wird, kann sich leicht eine saloppe Art der Produktion in manchen Zweigen einschleichen, da es ja feste Zwangsabnehmer gibt. Die Freiheit der Konsumenten in unserem Arbeitsgeldsystem hingegen macht es möglich, daß sich die Konsumenten von schlecht fabrizierten Gütern abwenden und ihren Bedarf durch andere Ersatzgüter decken. So wird die friedliche Konkurrenz zwischen den verschiedenen Möglichkeiten der Bedarfsdeckung herbeigeführt; sie bietet die Gewähr, daß der Antrieb zur Verbesserung der Produktionsmethoden aufrechtbleibt.

V.

Andere Lösungsversuche.

Die Versuche, das Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung zu lösen, sind sehr spärlich gesät. Die Fragen der positiven Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft sind bis zum letzten großen Machtzuwachs der Arbeiterklasse nach dem Weltkrieg nicht aktuell gewesen, so daß es nicht unmittelbar dringend erschien, sich dem Problem der sozialistischen Wirtschaft zuzuwenden, und die Zeit, seit der man sich mit der Frage der Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus befaßt, ist so kurz und so reich an drängenden Fragen, daß man bisher kaum dazugekommen ist, alle Probleme überhaupt zu sehen, geschweige denn sie zu lösen. Gerade unsere Frage ist so schwer zu beantworten, die bloße Erkenntnis, daß es eine solche Fragestellung überhaupt gibt und das Verständnis für die ungeheure Bedeutung der Lösung dieser Frage ist so schwer zu erlangen, daß die Spärlichkeit der Lösungsversuche verständlich erscheint. Hier gebührt wirklich Max Weber und Ludwig Mises das Verdienst, von bürgerlicher Seite her die Sozialisten auf diese Frage mit aller Energie aufmerksam gemacht zu haben. Wiewohl es sicherlich nicht die Absicht von Mises gewesen ist, durch seine Kritik zur positiven Ausgestaltung der sozialistischen Theorie und Praxis beizutragen, muß man dieses Verdienst ehrlich anerkennen.

Schon vor dem Kriege hat Maurice Bourguin in seinem Buche „Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung“ (ins Deutsche übersetzt von Dr. Louis Katzenstein, Verlag Mohr, Tübingen 1906) das ganze Problem, um das es sich hier handelt, mit bewundernswerter Schärfe erkannt und hat im zweiten Kapitel seines Buches „Skizze des kollektivistischen Systems und Definition seiner Werteinheit“ eine Lösung des Problems versucht, die mit unserer fast haargenau übereinstimmt. „Sie (die kollektivistische Gesellschaft) bezahlt die Arbeiter mit Einheiten des gesellschaftlichen Wertes gemäß der Zeit, die sie auf die Leistung einer Arbeit von durchschnittlicher Qualität aufgewendet haben. Ebenso bestimmt sie den Wert der Produkte nach der durchschnittlichen

Arbeitszeit, die sie gekostet haben, die Arbeiter können dann die Produkte in den öffentlichen Magazinen im Austausch gegen die Arbeitsscheine oder Wertscheine entnehmen, die sie durch ihre Arbeit erworben haben“. Was sind diese Arbeitsscheine von Bourguin? Sind sie Geld im überkommenen kapitalistischen Sinne? Sind sie Mittel des Warentausches? Nein, sie sind nur die aus Zweckmäßigkeitsgründen in den sozialistischen Wirtschaftsprozeß eingeschobene Anweisung auf einen naturalen Anteil am Nationaleinkommen. „Die Arbeitsbons . . . sind Liquidationsmittel, die es dem Arbeiter ermöglichen, von dem nationalen Einkommen einen Teil für sich zu erwerben, welcher dem durch seine Arbeit geschaffenen Werte gleichkommt“. Diese Charakterisierung paßt vollständig auch auf das hier dargestellte Arbeits-„Geld“; in Wahrheit liegt sowohl dem Bourguinschen als dem hier dargestellten Gesellschaftsplan der Gedanke der naturalen Zuteilung der Güter im Verhältnis der von jedem Einzelnen geleisteten Arbeit zugrunde. Das Arbeitsgeld ist nur eine aus wirtschaftstechnischen Gründen gewählte Form der Anweisung auf den Anteil am Nationalprodukt. — So ist die Arbeit Bourguins außerordentlich interessant als ein Versuch aus einer Zeit, in der diese Fragen noch nicht jene Aktualität besessen haben wie heute.

In seiner bereits öfter zitierten Schrift hat Kautsky im Vorbeigehen diese Fragen gestreift. Es war bereits mehrmals im Laufe der bisherigen Darstellung Gelegenheit, auf seine Ausführungen einzugehen, und wir haben uns nunmehr nur mit seinen Untersuchungen über die Möglichkeit eines Arbeitsgeldsystems zu befassen. Er hält ein solches für durchaus möglich: „Kein Zweifel, ein solches Geld wäre denkbar. Ließe es sich aber auch praktisch durchführen?“ („Soziale Revolution und ihr Programm“, Seite 318.) Wir stehen Kautsky von allen, die sich mit dieser Frage befaßt haben am nächsten, weil er als einziger neben Heymann¹⁾, auf den noch zurückgekommen werden wird, die Notwendigkeit einer wirklichen Verrechnung anerkennt. Kautsky wendet sich vor allem gegen die Naturalrechnung und kommt

¹⁾ Heymann, „Mehrwert und Gemeinwirtschaft“, Berlin 1922, und die frühere Arbeit: „Die Sozialisierung“ im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Band 45/3, Seite 257 ff.

so auch zu der Ansicht, daß ein System des Arbeitsgeldes denkbar ist. Warum zweifelt er aber an seiner praktischen Durchführbarkeit? Kautsky will zunächst absehen „von den Komplikationen, die z. B. die Akkordarbeit oder die Verschiedenheit der Löhne bringen würde, da doch für unangenehme oder schwere Arbeiten höhere Löhne zu zahlen wären, als für angenehme und leichte“. Diese Bedenken wurden in den Auseinandersetzungen mit Mises über die verschiedene Qualifikation der Arbeit und ihre Erfassung durch das Arbeitsgeldsystem bereits behandelt; es bleibt lediglich die rein technische, auch im Kapitalismus vorhandene Schwierigkeit bestehen, die Löhne für die einzelnen Arbeitsverrichtungen festzusetzen, aber das bedeutet keine Komplikation gegenüber der kapitalistischen Methode. „Aber welch ungeheure Arbeit würde es bedeuten, den Betrag der Arbeit zu berechnen, den es (das Produkt) von seinem ersten Anfang an bis zur völligen Fertigstellung samt Transportarbeiten und anderen Nebenkosten gekostet hat. Und wäre man fertig, müßte man wieder von vorne anfangen, da sich inzwischen die technischen Verhältnisse in manchen Branchen geändert haben“. Wenn man weiß, daß dieselbe ungeheure Arbeit im Kapitalismus besteht und daß man dort auch fortwährend die Selbstkosten aufs neue nachrechnen muß und zwar nicht nur bei technischen Neuerungen, sondern sogar bei Serienfabrikation, z. B. bei jeder neuen Tausenderserie aufs neue die genaueste Selbstkostenberechnung anstellen muß, weil man über die Verbilligung der Erzeugnisse durch den Fortschritt der Serie unterrichtet sein will, dann wird man über die Ausführungen Kautskys etwas erstaunt sein. Ja hängt denn die Notwendigkeit fortgesetzter Kostenberechnung nur mit einem Arbeitsgeldsystem zusammen, „vergeudet“ nicht jeder Privatunternehmer einen großen Teil seines Erlöses für die Feststellung der Selbstkosten? Was setzt denn Kautsky an die Stelle der genauesten Selbstkostenberechnung? „Statt sich an die hoffnungslose Arbeit zu machen, fließendes Wasser mit einem Sieb zu messen . . . wird sich das proletarische Regime für die Zirkulation der Waren an das halten, was es greifbar vorfindet: die historisch gewordenen Preise“ (Seite 321). Es gibt keine historisch gewordenen Preise, die dauernde Geltung behalten, weil in dem ununterbrochenen Fluktuieren der kapi-

talistischen Gesellschaft, den fortwährenden Veränderungen der Preise durch die Veränderung der Produktionsmethode, durch künstliche Veränderungen, durch eine Reihe von Maßnahmen doch kein Preis stabil bleibt. Dazu kommt noch, daß diese „historisch gewordenen Preise“, von denen Kautsky gar nicht sagt, wie lange sie von der sozialistischen Ordnung beibehalten werden sollen und wer sie überprüfen wird, wie sie den Veränderungen der Produktionsmethoden und der gesellschaftlichen Zustände angepaßt werden sollen, doch gar nicht mehr zu den neuen, vollkommen veränderten Verhältnissen passen und daß eine sozialistische Gesellschaft, die die kapitalistische Wirtschaft und ihre Preise petrifiziert, allein an dieser Tatsache zugrunde gehen müßte; denn gerade in diesem Fall wären die Preise nicht das Mittel, durch das man kontrollieren kann, ob der Verbrauch auch tatsächlich durch die Erzeugung gedeckt ist. Die Gründe, derentwegen Kautsky ein System des Arbeitsgeldes für praktisch zu kompliziert und daher für undurchführbar hält, können also an den bisherigen Ergebnissen nichts ändern. Die positive Lösung des Problems, die er gibt, nämlich die, ganz einfach das bisherige Geldsystem im wesentlichen beizubehalten, scheidet, wie bereits besprochen, an den Voraussetzungen der sozialistischen Wirtschaftsordnung, der Aufhebung des Warencharakters der Produktion.

Karl Polányi ist Verfechter einer gildensozialistischen Organisation und verzichtet von vornherein darauf, ein System der Rechnungslegung für eine andere als „funktionell z. B. gildensozialistische organisierte Gesellschaft“ zu schaffen. Er gibt auch zu — und darin berührt er sich mit Mises — daß er die „Lösung des Problems der Rechnungslegung in einer zentralen Verwaltungswirtschaft für unmöglich“ hält. Die strenge unversöhnliche Scheidung einer gildensozialistischen von einer verwaltungswirtschaftlich organisierten Wirtschaft und die Beschränkung lediglich auf eine gildensozialistische Wirtschaft macht den Lösungsversuch zu einem etwas einseitigen. Nicht nur als Dialektiker, der die Versöhnung der Antithesen für die geschichtlich gegebene Möglichkeit hält, sondern auch auf Grund der bisherigen Erfahrungen kann man es für sehr gut möglich, ja sogar für notwendig halten, daß eine gildensozialistisch orga-

nisierte Wirtschaft zentrale, verwaltungswirtschaftliche Eingriffe kennt, und umgekehrt dürfte es auch auf Grund der bisherigen Erfahrungen klar sein, daß eine zentrale Verwaltungswirtschaft, die überhaupt nur verwaltungswirtschaftliche Maßnahmen und nicht das funktionelle Ineinandergreifen der an den verschiedenen Posten der Wirtschaft stehenden Faktoren kennt, gedanklich und praktisch unmöglich ist. Im übrigen zeigt die eigene Darstellung von Polányi, daß er ja selbst verwaltungswirtschaftliche Eingriffe der Gesellschaft „zu Gunsten des sozialen Rechtes“, worunter eben verwaltungsmäßige Durchführung von sozialen Verteilungsgrundsätzen verstanden wird, kennt, und daß er sie selbst als „Eingriffs“-kosten erfassen will. Deswegen verringert diese künstliche Herausarbeitung einer Verrechnungsmethode für eine lediglich funktionell organisierte Wirtschaft nur den Erkenntniswert des Lösungsversuches von Polányi. Er stellt sich folgende Aufgabe: „Wie ist eine Übersicht über die Wirtschaft zu gewinnen, welche die Beziehung jedes ihrer charakteristischen Elemente zur Forderung der Produktivität einerseits, zu den Forderungen des sozialen Rechts andererseits ziffernmäßig aufweist?“ Er untersucht nun die Begriffsinhalte „Produktivität“ und „soziales Recht“, das sich, wie gesagt, als sozialer Verteilungsgrundsatz darstellt. Sowohl die Produktion als auch die Verwirklichung der Verteilungsgrundsätze verursachen Kosten; das Hauptverdienst der Darstellung Polányis besteht darin, daß er darauf hinweist, daß es vor allem auf die Erfassung der Kosten ankommt; gegenüber den Unklarheiten der Naturalwirtschaftler, die den Kostenbegriff ununterbrochen vernachlässigen, ein entschiedener und großer Fortschritt! Polanyi geht noch weiter; er sieht auch, daß, wenn man die Kosten erfassen will, sie in irgend einer Größe erfaßt werden müssen. „Die Kosten sind somit das charakteristische Element der sozialistischen Gesellschaft, das den eigentlichen Gegenstand der Verrechnung bildet, Produktivität und soziales Recht die Ziele, auf welche diese Elemente gerichtet sein sollen, Natur und Gesellschaft die beiden Faktoren, welche diese Kosten verursachen und denen sie zuzurechnen sind“ (Seite 337/38). Hier irrt nun Polányi nicht vom richtigen, sondern vom erfolgversprechenden Weg ab; obwohl er klar und deutlich sagt, das

ganze Problem sei nur „dann lösbar, wenn das Prinzip der Summierbarkeit der Kosten vorausgesetzt wird“, läßt er sich dadurch beirren, daß er die Kosten, die Natur und Gesellschaft verursachen, irgendwie als Kosten mit verschiedenen Vorzeichen, mit verschiedener Qualität ansieht, die er auf einen Nenner bringen will. Und er glaubt, das Problem der Summierbarkeit und damit überhaupt das ganze Problem gelöst zu haben, wenn er nun gewissermaßen an Stelle von Soll und Haben zwei Buchseiten „Natur“ und „Gesellschaft“ einführt. Aber wie in diesen Büchern gerechnet werden, wie der Nenner aussehen soll, auf den die einzelnen Posten gebracht werden sollen, sagt Polányi nicht, und so bleibt das Verdienst seiner Arbeit darauf beschränkt, daß er die Notwendigkeit der Berechnung der Kosten, die die sozialen Grundsätze der Verteilung verursachen, deutlich aufzeigt. Er weiß freilich selbst am Beginn seiner Arbeit, daß „ein betrübliches Merkmal: die abstrakte Form“ dieser Darstellung sei, aber wenn er sich nur bemüht hätte, für seinen eigenen Gebrauch das Problem etwas handgreiflicher zu machen, so wäre er selbst zur Überzeugung gelangt, daß sich sofort die Möglichkeit ergibt, die sozialen Kosten der Verteilung unter der Kategorie der Unkosten zu begreifen, wenn man einmal jenes Etwas gefunden hat, worin auch in der sozialistischen Wirtschaft die verschiedensten Größen berechnet werden können. Das Problem, das Polányi als Hauptproblem ansieht, ist also gewissermaßen nur ein Vorberg; immerhin hat er aber klar erfaßt, daß es auch in der sozialistischen Wirtschaft notwendig ist, die Gesellschaft jederzeit auch darüber im Klaren zu erhalten, was die Kosten der sozialen Verteilungsgrundsätze ausmachen.

Heymann schwankt in seiner vorhin zitierten Arbeit zwischen den verschiedensten Systemen. Er anerkennt die Leistung der Naturalwirtschaftler, vor allem Otto Neuraths, er steht aber andererseits viel zu sehr im Bannkreis der Gedanken Max Webers, als daß er sich dessen Argumenten gegen die Möglichkeit einer Geldrechnung in der sozialistischen Wirtschaft entziehen könnte, er überschätzt mit Mises den Einfluß des Marktfeilschens und der Konkurrenz, auf der anderen Seite weiß er aber auch, wie wichtig und nötig verwaltungswirtschaftliche

Eingriffe sind. Wer von seinen beiden Schriften ein System der Rechnungslegung verlangt, erwartet zu viel. Heymann unternimmt es gar nicht, das dichte Gestrüpp dieses Problemkreises zu beseitigen; er behandelt lediglich das Problem der Preisbildung positiv, läßt aber dabei einige wichtige Vorfragen der Wirtschaftrechnung offen, ohne die allerdings das Problem der Preisbildung nicht vollständig gelöst werden kann. Denn die Frage der konkreten Preisbildung, auch die Fragen des Reingewinnes, des Zinses und der Rente können in einer sozialistischen Wirtschaft erst dann beantwortet werden, wenn man entschieden hat, an welcher Stelle der Wirtschaft und nach welcher Methode endgiltig abgerechnet werden soll. Heymann gebührt aber zweifellos zum größten Teil das Verdienst, die Frage der Preisbildung in der sozialistischen Gesellschaft schon frühzeitig in der Diskussion über das Sozialisierungsproblem in seiner Arbeit im „Archiv“ aufgerollt zu haben; er widmet dort ein eigenes Kapitel (V) der „Preispolitik der sozialistischen Betriebe“ und in seiner letzten Schrift „Mehrwert und Gemeinwirtschaft“ befaßt er sich sogar mit dem „Versuch einer Theorie der gemeinwirtschaftlichen Preisbildung“, die freilich zu etwas andersartigen Ergebnissen kommt als seine erste Untersuchung. Heymann hält auch eine monopolistische Festsetzung der Preise in der sozialistischen Wirtschaft für möglich, da die Gesamtheit der Produktionsmittel und der genußreifen Güter nur in der Hand der Gesellschaft liegt und diese daher die Preise willkürlich festsetzen kann. Diese monopolistische Preisbildung kann, muß aber nach Heymann nicht eintreten. Es bleibt immer die Möglichkeit bestehen, daß „der Verband sich in der Ausnützung des Spielraumes Beschränkung auferlegt, sich freiwillig an einen festen Kurs bindet, um selbst sicher zu fahren. Staatsbedarf und dergleichen müßten dann auf dem bisher üblichen Wege gedeckt werden“ (Seite 184). Damit gibt Heymann zum allergrößten Teil die Möglichkeit eines zentralen Wirtschaftsplanes auf, wie wir ihn trotz aller fabrikmäßigen Dezentralisation, trotz einer bis zu einem gewisse Grade freien Zirkulation der Güter durchgesetzt wissen wollen. Da er der anfechtbaren Ansicht ist, daß auch die freie Verkehrswirtschaft einen Wirtschaftsplan, freilich einen „verborgenen, aber darum

nicht minder geltungsstarken“ hat, sieht er nun im freien Wettbewerb gleichwie im Kapitalismus das Mittel, diesen Wirtschaftsplan durchzusetzen. Da man unter Plan gemeiniglich etwas Bewußtes, klar vorher „Geplantes“ versteht, kann man im Kapitalismus nicht von einem verborgenen Wirtschaftsplan sprechen. Nie kann der freie, vom Kapitalismus übernommene Wettbewerb in einer sozialistischen Wirtschaft einen sinnvollen Plan und eine bewußte Proportionalität zwischen Produktion und Konsumtion durchsetzen.

Aus der Theorie des freien Marktverkehrs in der sozialistischen Wirtschaft ergibt sich bei Heymann zwangsläufig die Theorie der Preisbildung zunächst der Genußgüter. Jeder Betrieb muß zunächst bestrebt sein, seine Kosten zu decken, die Preise ergeben sich also aus den Selbstkosten. Da aber infolge des freien Marktverkehrs Angebot und Nachfrage fast genau dieselbe Wirkungsmöglichkeit haben wie im Kapitalismus, werden die Preise auf dem Markte unter Umständen gegenüber den Selbstkosten verändert. Aus diesen Veränderungen erfahren nun bei Heymann die Leiter der Produktion, ob ein Gut auf dem Markte stark oder schwach nachgefragt wird, und daraus ergibt sich auch die Regelung des Produktionsplanes, der sich aber überhaupt nicht von dem Heymannschen „verborgenen Wirtschaftsplan“ des Kapitalismus unterscheidet. Diese Methode der Preisbildung bei den Genußgütern wirkt selbstverständlich zurück auf die Preisbildung bei den — wie Heymann sie nennt — „Beschaffungsgütern“, das sind Güter höherer Ordnung, und so landen wir schließlich bei demselben labilen Zustand des Kapitalismus, bei dem man am Beginn der Produktionsperiode nicht weiß, wie viel und was für den Bedarf produziert werden soll. Da Heymann also fast überhaupt keine verwaltungswirtschaftlichen Eingriffe kennt, gelangt er schließlich dazu, auch die antagonistische Form der Konkurrenz bestehen zu lassen; in seinem System ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß verschiedene Betriebe mit gleichem Produktionsprogramm, die unter gewissen Umständen mit verschiedenen Selbstkosten produzieren, zu den verschiedenen Preisen am Markte verkaufen. Ein charakteristisches Merkmal der kapitalistischen Planlosigkeit nach dem anderen! Er sagt: „ . . . alle Erzeuger decken aus dem

Erlös der Gesamterzeugung die Erzeugungskosten einschließlich Zins und Unternehmerlohn und einen Überschuß darüber hinaus gibt es nicht.“ Aus dieser Äußerung Heymanns kann man nicht entnehmen, ob dieser Zins und die auf den Unternehmerlohn entfallende Quote von der Leitung der Wirtschaft bei allen Betrieben in gleicher Höhe festgesetzt wird oder nicht oder ob auch hier vollständige Planlosigkeit herrschen soll, die dann einer ungehemmten Gewinnwirtschaft Tür und Tor öffnen würde.

So ist es nach seiner Darstellung der Preisbildung durchaus möglich, daß Absatzkrisen entstehen, die sich nicht auf einzelne Güter, sondern auf die gesamte Wirtschaft erstrecken, da er überhaupt keine verwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen zur Herstellung der Proportionalität zwischen Produktion und Konsumtion kennt. So gibt es bei ihm auch Zins und Rente, so kommt er insbesondere beim Bergwerks- und Landwirtschaftsbetrieb zur Differentialrente.

Die Besprechung der Heymannschen sozialistischen Markt- und Verkehrswirtschaft führt zur Frage der Proportionalität zwischen Produktion und Konsumtion in einer Gesellschaft mit unserem Arbeitsgeldsystem; diese Frage ist im vorigen Kapitel absichtlich cursorisch behandelt worden. Die Freiheit, mit den verdienten Arbeitsscheinen anzufangen, was man will, hat zur Folge, daß sich die Konsumenten bestimmten Gegenständen besonders zahlreich und anderen wieder weniger intensiv zuwenden. Die Statistik der täglichen Erfahrungen in den Verteilungshäusern, die verhältnismäßig sehr einfach ist, soll nichts anderes als die ohnedies notwendige Registrierung der täglichen „Verkaufsergebnisse“ der Verteilungshäuser sein. Sie kann ohne besondere Mühe durch die Addition dieser Ergebnisse für die ganze Wirtschaft aufgestellt werden, und ihre Bekanntgabe an die betreffende Wirtschaftsorganisation zur Vorbereitung für die nächste Produktionsperiode und zur Verständigung der Rohstoff-„Lieferanten“ ermöglicht es, ziemlich genau für den Bedarf zu produzieren, — wohl nicht bis auf das letzte Hemd, aber immerhin so, daß nicht allzuviel gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die auf die Herstellung von abgelegenen Waren verwendet wird, verloren geht. Freilich die „ersten“ Jahre werden da gewisse Schwierigkeiten bieten, sie werden

aber nicht dem System der Wirtschaft zuzuschreiben sein. Man kann also vollständig auf das „Warnungssignal“ der höheren oder niedrigeren Preise bei der Regelung der Produktion verzichten. Da erhebt sich aber noch ein Einwand gegen unser Verrechnungssystem; vielleicht sind gewisse Güter nur deswegen in den Verteilungshäusern zurückgeblieben, weil sie zu diesem Kostpreis keinen Konsumenten finden; in dem Falle wäre die ungehemmte Wirksamkeit des freien Marktprinzips der Ansporn für eine Senkung der Produktionskosten. Heymann deutet das an: „ . . . der Nachfrage steht ein in seiner Menge bestimmtes Angebot gegenüber. Das aber gelingt bei jeder Angebotmenge nur zu dem gerade ihr zugehörigen Preis.“ Daher sind in Heymanns System entsprechend der Größe der Nachfrage Preissenkungen und Preiserhöhungen zu verzeichnen, die genau so wie im Kapitalismus das Liegenbleiben der Waren oder die allzustarke Nachfrage nach diesen verhindern. Was zunächst die Preiserhöhungen bei steigender Nachfrage anlangt, so ist es ein für eine sozialistische Gesellschaftsordnung absolut unerlaubtes Mittel, den Bedarf dadurch zu drosseln, daß man den Preis erhöht und nur einer gewissen Oberschicht von Höchstverdienern allein ermöglicht, die Befriedigung dieses anscheinend stark vorhandenen Bedürfnisses vorzunehmen. Sogar bei Seltenheitsgütern, bei denen eine solche Preispolitik noch eher zu rechtfertigen wäre, wird durch Rationierung eine bewußte Regelung des Verbrauches und eine gerechte Verteilung und daher keine regellose Preiserhöhung stattfinden. Umsomehr wäre es bei anderen Gütern eine unverständliche Preispolitik, auch in einer sozialistischen Wirtschaft durch Preiserhöhungen die Konjunktur auszunützen und durch das Hinaufklettern der Preise den Kreis der Abnehmer ohne jeden Plan zu verringern. Es ist kaum begreiflich, daß gerade ein ethischer Sozialist wie Heymann auf solche Mittel des Kapitalismus zurückgreift. Anders steht es mit den durch geringe Nachfrage verursachten Preissenkungen. Es ist z. B. möglich, daß gewisse Güter von Ernährungsphysiologen usw. als unumgänglich notwendig für die Ernährung erklärt werden und daß die Technik des Produktionsprozesses noch nicht so weit vorgeschritten ist, um sie zu einem Preis herzustellen, der es auch Leuten mit

kleinem Einkommen möglich macht, sie zu erwerben. In diesem Falle wird eine Preissenkung notwendig sein, aber sie wird nicht planlos, lediglich aus marktmäßigen Verkaufsrücksichten, sondern in planmäßiger Durchführung von sozialen Verteilungsgrundsätzen erfolgen. Der „Verlust“ bei dieser Preissenkung geht dann wieder zu Lasten der Generalunkosten, da es sich um die Verteilung eines zur Lebenshaltung notwendigen Gutes handelt. Auch wenn Bedürfnisverschiebungen vorkommen, werden die Güter in den Verteilungshäusern liegen bleiben, ebenso wenn, besonders in der Zeit des noch mangelhaften Ausbaues der Statistik, zuviel Güter einer bestimmten Sorte produziert wurden. Auch in diesen Fällen wird man vielleicht Preissenkungen vornehmen, besonders wenn es sich um rasch verderbliche Güter handelt, aber diese Verbilligungen werden nicht der Ausfluß der Souveränität des sozialistischen „Händlers“ sein und sie werden nicht erst dazu dienen, die Leitung der Wirtschaft darauf aufmerksam zu machen, daß der Einfluß der Gesamtheit auf die einzelnen Teile der Wirtschaft im korrigierenden Sinn geltend gemacht werden soll.

Es wäre natürlich für die ganze Frage der Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft außerordentlich wichtig und würde sehr zur Klärung der übergroßen Problematik dieses Gebietes beitragen, wenn es praktische Erfahrungen mit dem einen oder anderen Verrechnungssystem gäbe. Aber die Erfahrungen, die uns zur Verfügung stehen, sind recht gering. In Mitteleuropa, wo man ja von vorneherein mehr die Teilsozialisierung, also bloß den Einbau von „sozialistischen Zellen“ in die kapitalistische Wirtschaft, damit auch in die kapitalistische Verrechnung studierte, bestand diese Frage als praktisches Problem gar nicht. Die Vollsozialisierungsversuche in Ungarn mit ihrer kaum neunzigjährigen Dauer sind natürlich viel zu kurz, um uns hier irgendwelchen Aufschluß geben zu können²⁾. Bleiben also nur die Erfahrungen, die man in Sowjetrußland gemacht hat. Dort wurde niemals die von der kapitalistischen Wirtschaft übernommene Geldrechnung formell aufgehoben, wenn man auch eine Zeitlang glaubte, durch eine ungeheuerliche Steigerung des

²⁾ Vergl. Varga „Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur“, Wien 1920.

Banknotenumlaufs und die vollständige Entwertung des Geldes die Naturalwirtschaft bei einer „Hintertür“ hereinlassen zu können. In der letzten Zeit ist man infolge des Versagens der kommunistischen Wirtschaftsmethode wieder zu den Mitteln der kapitalistischen Bank- und Geldpolitik zurückgekehrt, so daß auch hier keine ausgiebigen Erfahrungen zur Verfügung stehen. Von der Beschäftigung der Russen mit diesem Problem sind unseres Wissens nur die Ergebnisse einer Diskussion vorhanden, die im Jahre 1920 in der „*Ekonomitscheskaja Shishni*“ stattfand und an der u. a. Tschajanow, Strumilin und Varga teilnahmen. Wenn diese Auseinandersetzungen auch für die praktische Lösung des Problems nicht besonders fruchtbar sind, so sind sie doch sehr interessant und lehrreich, so daß wir den Gang der Diskussion ziemlich genau folgen lassen wollen.

Tschajanow³⁾ hat im ersten Teil seiner Ausführungen, der uns im Original nicht zugänglich war, bei dem wir uns bloß auf Rekonstruktionen nach dem zweiten Teil und den Äußerungen seiner Diskussionsgegner beschränken mußten, die Notwendigkeit einer objektiv technischen Bemessung der verschiedenen Vorgänge in einer sozialistischen Wirtschaft behauptet, er stellt hier den Begriff der Wirtschaftlichkeit eines Vorganges an sich auf und bemüht sich nun im zweiten Teil seiner Ausführungen, irgend einen Maßstab für die verschiedenen objektiven Maße der verschiedenen Wirtschaftlichkeiten zu suchen. Tschajanow sagt, seine Methode, diesen Wirtschaftlichkeitsfaktor festzustellen, reduziere „die Bemessung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf einen Vergleich der Anstrengungen und Verwendungen in natura“. Wenn auch Tschajanow ein Anhänger der Naturalwirtschaft ist, wenn er auch eine objektiv gemessene „Technizität“ der verschiedenen Wirtschaftsvorgänge natural feststellen und dabei auf die Geldwirtschaft verzichten zu können glaubt, so ist er doch nicht so naiv wie etwa die primitiven Naturalwirtschaftler, die überhaupt nicht die Notwendigkeit einsehen, verschiedene Wirtschaftsvorgänge und Wirtschaftsprozesse zu vergleichen. Tschajanow sucht wenigstens nach einer gemeinsamen Sprache, in der

³⁾ „*Ekonomitscheskaja Shishni*“ Nr. 231 vom 16. Oktober 1920.

er die diversen „Wirtschaftlichkeiten“ vergleichend gegenüberstellen kann, was die kapitalistische Wirtschaft durch den Vergleich der Rentabilität und durch Gegenüberstellung der Prozentsätze des Reingewinnes verschiedener Unternehmungen erreicht. „Dieses Bewertungssystem“ — sagt Tschajanow — „fehlt vollständig in den Größen unserer sozialistischen Bewertung bei den Naturalvergleichen. Um zu sagen, ob unsere Anlagen rentabel oder unrentabel sind, müssen wir sie mit solchen Normen vergleichen, welche als Kriterien der wirtschaftlichen Bewertung der sozialistischen Produktion angesehen werden können, mit anderen Worten, nur die innere wirtschaftliche Rechnungsführung allein kann uns die Bemessung der Rentabilität der wirtschaftlichen Bilanzen nicht geben, sie drückt nur das erreichte technische Resultat aus, dessen wirtschaftlichen Nutzen wir nur mittels eines äußeren normativen Kriteriums bewerten können.“ Tschajanow kommt von der Landwirtschaft her, und so greift er zunächst auf einen Fall, den schon Ricardo und nach ihm Marx zur Erklärung der Grundrente herangezogen hat, nämlich die Bebauung von immer schlechterem Boden bei steigendem Bedarf, was eine Differentialrente für den besseren Boden bedeutet. Tschajanow meint in diesem Zusammenhang mit diesem Beispiel, daß ein Vergleich der Ergiebigkeit verschiedener Landwirtschaften möglich und notwendig ist, aber das löst noch nicht die Aufgabe, die er sich gestellt hat, im Gegenteil, das unterstreicht nur noch das Problem, wie die verschiedenen Ergebnisse der verschiedenen Kulturen verglichen und gemessen werden sollen. Und da scheint sich ihm in der Praxis der dänischen Kontrollvereine, die von einer Kuh gelieferte Milch in der Funktion des Futters auszudrücken, das diese Kuh benötigt, ein Vorbild für den Vergleich der Ergiebigkeit verschiedener Wirtschaften zu bieten. Eine Kuh, die mehr Milch bei weniger Futter liefert, ist „produktiver, wirtschaftlicher“ als eine, die bei mehr Futter weniger Milch liefert. Tschajanow vergreift sich aber in diesem Beispiel: es handelt sich ja hier um eine Produktivität, die durch eine funktionelle Größe zum Ausdruck gebracht wird, nämlich durch das verbrauchte Futter. Aber bei der Feststellung der Wirtschaftlichkeit einer Landwirtschaft oder gar eines Industrie-

unternehmens ist der wirtschaftliche Erfolg die Funktion von unendlich vielen zusammentreffenden Einzelercheinungen, deren Zusammenwirken erst den Wirtschaftserfolg hervorbringt. Außerdem stellt die Wirtschaft nicht bloß die Aufgabe, die Ergebnisse der gleichgerichteten Wirtschaftstätigkeiten miteinander zu vergleichen, man muß auch die verschiedenen Wirtschaftszweige vergleichen können, z. B. die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung von Elektrizität auf kalorischem Wege und durch Ausnützung von Wasserkraften, während wir doch sogar mit einer außerordentlichen Komplizierung dieses System der dänischen Kontrollvereine bestenfalls nur die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Elektrizitätswerke mit derselben Erzeugungsmethode vergleichen könnten. Wie löst Tschajanow dieses Problem, das er scharf erfaßt und auch keineswegs übertüncht? Er will zunächst ein System schaffen, durch das er — immer im Rahmen der Wirtschaftsrechnung innerhalb der Landwirtschaft — die verschiedenen Kulturen einer Wirtschaftseinheit messen kann. Er will also Feldbau, Weidewirtschaft, Gemüsebau, Viehzucht innerhalb einer Wirtschaftseinheit, also innerhalb eines landwirtschaftlichen Betriebes messen, bezw. seinen angekündigten Wertmaßstab finden. „Zu diesem Zwecke“ — sagt er — „ist das einzige Mittel zur Beurteilung der verhältnismäßigen Wirtschaftlichkeiten von Kulturen einer individuellen Produktionseinheit ein Vergleich der erreichten Resultate mit den gesellschaftlich notwendigen Grenzproduktivitätsnormen. Sowohl die erreichten Resultate als die Grenzproduktivitätsnormen werden von einer zentralen Stelle auf Grund der Erforschung sämtlicher Wirtschaftszweige festgestellt.“ Hier stützt sich Tschajanow wieder auf ein Vorbild aus der Landwirtschaft, nämlich das System der Extremitätenberechnung. Ein Tier von idealer Gestalt erhält für die einzelnen Bestandteile seines Körpers verschiedene Noten, für die Form seiner Beine usw. Machen die verschiedenen Extremitätennoten dieses Idealtieres z. B. 100 aus, so werden nun die einzelnen Gestalten der anderen Tiere klassifiziert und mit dem Idealtiere verglichen. So erhält man die objektiven Noten für die anderen Tiere. Freilich die Willkürlichkeit bei der Festsetzung der Idealn timer und beim Vergleich mit anderen Tieren lassen diese Methode in der Anwendung auf die Wirtschaft

bedenklich erscheinen, da es sich dort nicht um Willkürlichkeiten, nicht um undeterminierbare Bewertungen, sondern nur um die genaueste Rechnung handeln kann. Tschajanow fährt nun fort: „Wenn wir denselben Gedanken zur Bewertung der Wirtschaft verwenden, dann werden wir anstatt der Gestalten des Tieres einzelne Wirtschaftszweige haben und statt des Systems der Maximalnoten ein System der gesellschaftlich nützlichen Grenzproduktivitätsnormen, die von einer zentralen Stelle aus festgesetzt werden. Wir hätten z. B. die Berechnung für die Wirtschaft A durchzuführen, bei einem allgemeinen für den Ackerbau festgesetzten Erfolgskoeffizienten; dabei ist die Bedeutung der Gebäudeabnutzung, des Inventarverschleißes, des sonstigen Materialverbrauches und der Brennstoffe mit einem Viertel der Bedeutung der Arbeit angenommen.

Um 1000 Körner-Einheiten zu erhalten, hat man verwendet:

Die Elemente der Produktion	Grenznorm der Verwendung	In der Wirtschaft ist verwendet	Verhältnis
Arbeit	45·0	30·0	1·5
Vorräte	120·0	90·0	1·3
Boden	11·0	8·5	1·3
Zug u. Transport . .	0·6	0·6	1·0
Gebäude	15·0	25·0	0·6
Inventar	0·5	0·4	1·2
Materialien	1·5	1·0	1·5
Brennstoffe	0·03	0·03	1·0

Die allgemeine Note des Erfolges für Feldbau in der Wirtschaft beträgt:

$$\frac{1·5 + 1·3 + 1·3 + 1·0 + 1·1}{5} = 1·24$$

Nehmen wir in ähnlicher Weise Weidewirtschaft und Gemüsebau, denen wir in einer konkreten Wirtschaft dem Organisationsplan gemäß ein Viertel der Bedeutung des Feldbaues, und die produktive Viehzucht, der wir die Hälfte der Bedeutung des Feldbaues beimessen, so erhalten wir den allgemeinen Erfolg der ganzen Wirtschaft, wenn wir folgendermaßen summieren:

Betriebszweige	Koeffizient des Erfolges	Koeffizient der speziellen Bedeutung	Summe
Feldbau	1·24	4	4·96
Weide	1·02	1	1·02
Gartenbau	0·90	1	0·90
Viehzucht	1·48	2	2·96

$$9·84 : 8 = 1·23$$

Wenn also die Grenznorm für alle Wirtschaftszweige mit 1 angenommen ist, dann ist der Erfolg der Wirtschaft A 1·23. Das ist das von uns dargestellte System der Bemessung der Wirtschaftlichkeit in der sozialistischen Wirtschaft. Es bietet die Möglichkeit, sehr genau das Maß der verwendeten Arbeit und Produktionsmittel in jedem Wirtschaftszweig durch einen Vergleich ihrer Verwendung in derselben Produktionssphäre, aber in andern Wirtschaftseinheiten zu berechnen. Dieses System löst dieselben Aufgaben, die die alte Verechnungsmethode in der kapitalistischen Wirtschaft gelöst hat.“

Es ist hier absichtlich die Darstellung Tschajanows so ausführlich wiedergegeben worden, weil wir es hier mit einem sehr interessanten und wohlgedachten System einer naturalwirtschaftlichen Rechnung zu tun haben. Es hat allerdings den schweren Fehler, daß es bestenfalls nur innerhalb desselben Wirtschaftszweiges vergleichen kann, daß es, um ein schon gebrauchtes Beispiel zu wiederholen, nur verschiedene Elektrizitätswerke mit kalorischer Energie vergleichen kann, geschweige denn, daß er überhaupt die Rentabilität verschiedener Arten von Energie und ihrer Herstellung berechnen könnte. Dieser Grundfehler rührt daher, daß Tschajanow überhaupt nur die Landwirtschaft im Auge hat und daß er aber schließlich doch meint, vermittels seiner objektiven Faktoren auch verschiedene Wirtschaftszweige miteinander vergleichen zu können. Dabei vergißt er aber, daß die Ziffern, mit denen er rechnet, immer nur Verhältnis-ziffern sind, die sich aus dem Vergleich einer konkreten Wirtschaft mit einer Idealwirtschaft derselben Produktionsrichtung ergeben, von der die sogenannten Grenzproduktivitätsnormen angegeben werden. Wer prüft aber diese Grenzproduktivitätsnormen? Und selbst wenn diese Ideallnormen oder die

Mindestnormen, mit denen Tschajanow in den vorhergehenden Beispielen rechnet, mit aller Vorsicht berechnet werden sollten, handelt es sich doch um ein willkürliches Aufstellen, um ein Festsetzen einer Norm, deren Unrichtigkeit für die Wirtschaft verhängnisvoll werden könnte. Dazu gibt es innerhalb dieser Normen noch eine ganze Reihe von Willkürlichkeiten; Gebäudeabnutzung, Inventarverschleiß, Material- und Brennstoffverbrauch, was man also gewöhnlich als Regien bezeichnet, werden in der Berechnung Tschajanows ohneweiters mit einem Viertel der Bedeutung der Arbeit festgesetzt. Die Wichtigkeit der Arbeit, der Benützung der Vorräte, des Bodens (was ist hier unter Boden gemeint, Bodenqualität oder Bodengröße oder das „Geschenk der Natur“?) werden in ihrer Wichtigkeit ohne Angabe von Gründen gleichgesetzt — und darauf beruht die Berechnung des Koeffizienten der Wirtschaft A! Und warum haben Weidewirtschaft und Gemüsebau in ihrer Wirkung auf den Gesamtkoeffizienten der Wirtschaft A gerade ein Viertel der Wichtigkeit, die die Ackerwirtschaft hat? All das sind willkürliche Festsetzungen, die allerdings auch mit aller Vorsicht gemacht werden können, die aber selbstverständlich Verschleierungen der Produktivität einer Wirtschaft Tür und Tor öffnen, wenn man z. B. die Wichtigkeit der Gartenwirtschaft in einer sonst wenig produktiven Wirtschaft als besonders hoch annimmt und dadurch das Bild der ganzen Wirtschaft verdunkelt. Aber selbst angenommen, daß diese Anwendung der Extremitätenberechnung auf die Wirtschaft gelingt, daß sie möglichst wenig willkürlich gehandhabt wird, selbst dann ist ihr Erkenntniswert recht gering. Sie könnte nur bei der Entscheidung mithelfen, welcher von mehreren Betrieben mit vollkommen gleichgerichtetem Produktionsprogramm objektiv rationeller produziert, aber diese Methode wäre vollständig außerstande, eine planmäßige Verbindung zwischen Produktion und Konsumtion herzustellen und würde notwendigerweise Chaos und Unübersichtlichkeit der Wirtschaft hervorrufen. Außerdem wäre die Methode Tschajanows in der Praxis so kompliziert, würde so viele Daten erfordern — man denke nur an ein derartiges Klassifikationssystem bei industrieller Produktion mit ihren tausend funktionellen Abhängigkeiten —, daß es ganz ausgeschlossen erscheinen muß, jemals dieses System einer

Naturalrechnung und eines objektiven Vergleichs verschiedener Wirtschaftsergebnisse zu benützen.

Auf diese Ausführungen Tschajanows hat vor allem Strumilin in drei Artikeln geantwortet³⁾. Der erste dieser Aufsätze befaßt sich mit der prinzipiellen Frage, ob ein Naturalrechnungssystem nach der Methode Tschajanows möglich ist und ob eine sozialistische Verrechnung überhaupt auf den Begriff des Wertes verzichten kann. Er negiert das: „Beseitigt wurde nur eine historische Form des Wertausdrucks, aber der wertbildende Faktor, die Verwendung menschlicher Arbeitskraft hat seine volle Bedeutung erhalten“. So kommt Strumilin auch zu einem System der Konstituierung des Arbeitswertes; er geht freilich im zweiten Artikel, in dem er die Maßeinheiten dieser Wertrechnung untersucht, nicht näher auf den praktischen Ausbau eines solchen Systems ein und kann so allerdings bei einer starren Negation des Geldes bleiben. Viel wichtiger ist aber, was er gegen die naturalwirtschaftlichen Pläne Tschajanows sagt. Er lenkt mit Recht das Schwergewicht seiner Argumentation darauf, daß es unmöglich ist, auch in einer Naturalwirtschaft die verschiedenen Güter an sich ohne vergleichende und vermittelnde Sprache zu erfassen. „Die ganze Vielfältigkeit der Güter der modernen Gesellschaft läßt sich überhaupt nur nach einer vorhergehenden Reduktion dieser Vielfältigkeit auf irgend eine Einheit rechenmäßig erfassen. Arschinen kann man nicht zu Pudern und Dutzenden addieren. Noch mehr: Arschinen Leinwand kann man nicht einfach zu Arschinen Seide addieren, weil sie nicht gleichwertig sind. So kann man nicht die Resultate der Wirtschaft bewerten. Wenn man eine vollständige Abrechnung aller Güter in natura durch eine Einteilung in Sorten in den verschiedensten Maßeinheiten geben will, so wird auch das genialste Hirn diese Buntheit der materialen Abrechnung nicht erfassen können Um die wirtschaftlichen Güter zu berechnen, sind wir gezwungen, sie im Wege des Vergleiches zu bewerten, indem wir sie auf ein gemeinsames Äquivalent reduzieren.“ Nach diesen klaren und entscheidenden Einwendungen gegen

³⁾ Vergl. „Ekonomscheskaja Shishni“ Nr. 237 vom 23. Oktober 1920, Nr. 284 vom 17. Dezember 1920 und Nr. 290 vom 24. Dezember 1920.

die Naturalwirtschaft und ihre Rechnungslegung, die natürlich auch Argumente gegen die Naturalwirtschaft in der Fassung Otto Neuraths sind, untersucht Strumilin nun die Einzelheiten des von Tschajanow aufgestellten Systems und kommt so wie wir zu dem wesentlichen Einwand, der auch klar das Hauptproblem der sozialistischen Rechnungslegung erfaßt: „Die sozialistische Gesellschaft muß wissen, ob sie reicher oder ärmer wird. Alle diese Bestandteile der Bilanz können und müssen in Arbeitswerteinheiten gegeben werden, sonst haben sie keinen Wert für die Gesellschaft.“ Leider verliert sich Strumilin trotz dieser anfänglich so klaren Erfassung des Problems in Untersuchungen über das Verhältnis des Arbeitswertes zur Nützlichkeit und über die Beziehung dieser Fragen zum psychophysischen Grundgesetz von Weber-Fechner⁵⁾. Strumilin glaubt das Problem lösen zu können, wie in der sozialistischen Gesellschaft Arbeitswert und Nützlichkeit durch Berechnung nach dem Weber-Fechnerschen Gesetz zu kombinieren wären. Dabei verliert er sich in eine Reihe von Formeln, die für die praktische Betrachtung des Problems natürlich nicht verwendet werden können.

Gegen Tschajanow wendet sich auch Eugen Varga in einem Artikel in der „*Ekonomitscheskaja Shishni*“, der auch in deutscher Übersetzung erschienen ist⁶⁾. Nach einer kurzen Polemik gegen Tschajanow wendet er sich der Darstellung seines eigenen Systems zu, nach dem er die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft organisieren will. Varga steht mit dieser seiner Darstellung unserem System des Arbeitsgeldes sehr nahe. Auch er geht von dem Grundsatz aus, daß die Arbeitszeit in einer sozialistischen Gesellschaft als Maßstab der Kosten fungiert, u. zw. kommt er zu der Formel:

$$A \text{ (Arbeitskosten in Stunden)} = \frac{Z \text{ (Zahl der Arbeiter)} \times H \text{ (Arbeitsstunden)}}{n \text{ (Zahl der produzierten Einheiten)}}$$

indem er folgende „irreale Voraussetzungen“ macht:

⁵⁾ Vergleiche über die Beziehung von Grenznutzenlehre zum Weber-Fechnerschen Gesetz auch Max Weber, „Grenznutzenlehre und das psychophysische Grundgesetz“ „Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre“, Tübingen 1922.

⁶⁾ „Kommunismus“, II. Jahrgang, Heft 9/10, Wien 1921.

„1. Wir ziehen die Arbeitszeit, welche in Form der Abnützung der Produktionsmittel auf das neu produzierte Gut übergeht, nicht in Betracht.

2. Wir bewerten die Arbeitsstunden des ungelernten und des Spezialistenarbeiters gleich.

3. Wir setzen voraus, daß die Intensität bei allen Arbeitern gleich ist.

4. Wir lassen die Kosten des Transportes außer Betracht.

5. Wir lassen die aus klimatologischen Gründen notwendige Winterruhezeit der Bauern außer Betracht.

6. Wir nehmen die gegenwärtige schlechte Ernährungslage vorläufig als normal an.

7. Wir sehen zunächst davon ab, daß dieselbe Arbeit unter verschiedenen Naturbedingungen ein verschiedenes Ergebnis hat.“

Für jeden dieser Faktoren, den er für wichtig hält, führt Varga nun eine Korrektur der obigen Formel durch; keine Korrektur führt er durch wegen der Winterruhe der Bauern, da sie während der Sommersaison täglich länger als acht Stunden arbeiten und so die Winterruhe ausgleichen, keine Korrektur wird wegen der schlechten Ernährung durchgeführt, da sich mit der Ernährung auch die Leistung gleichmäßig heben wird und bei schlechter Ernährungslage die dadurch verringerte Leistung das gesellschaftlich Normale ist. So erhält Varga eine komplizierte Formel für den Wert eines Produktes. Freilich sagt er nichts über die praktische Durchführung seines Systems, was allerdings im Rahmen einer kurz hingeworfenen Skizze, die der Aufsatz ist, auch nicht notwendig erscheint. Auch das Problem der verschiedenen Naturbedingungen, das oben im Anschluß an Mises aufgerollt wurde, löst Varga ähnlich wie wir: „Es gibt . . kein anderes Mittel als nach Fruchtbarkeitsrayonen die in den agrarischen Produkten enthaltene Arbeitszeit, der Wirklichkeit gemäß, das heißt verschieden festzustellen.“ Auch er ist der Ansicht, daß bei unmittelbar staatlicher Verwaltung der Seltenheitsgüter, wie das ja in einer sozialistischen Gesellschaft selbstverständlich ist, dem Staate eine „Rente“ zufallen wird. Sofern das notwendig ist, um Raubbau und vorzeitigen Verschleiß dieser Seltenheitsgüter zu verhindern, sofern nicht schon vorher gefaßte Pläne

über das Maß der Verwendung dieser Seltenheitsgüter unzweckmäßigen Verbrauch verhindern werden, hat Varga vollkommen recht.

Es erübrigt sich noch, ein System zu besprechen, das wir bereits an mehreren Stellen der bisherigen Darstellung charakterisiert haben und das schon vorhin bei den Ausführungen Tschajanows ausführlich behandelt wurde, die Planwirtschaft von Otto Neurath. Es wurde an den verschiedensten Stellen der bisherigen Untersuchung gezeigt, wie unausgedacht die Naturalwirtschaft bei Neurath ist, wie sie über die primitivsten Tatsachen der kapitalistischen und auch der sozialistischen Wirtschaft hinweggeht und an die ganze Wirtschaft den schematischen Maßstab der Verfügung lediglich über genußreife Güter anlegt, die freilich ohneweiters „zugeteilt“ werden können. Aber die Naturalwirtschaft denkt auch nicht einen einzigen Moment an die mannigfachen Entstehungsarten dieser Güter, an die Unmöglichkeit einer Übersicht über die Wirtschaft bei natürlicher Verrechnung und an die Notwendigkeit des Zusammenbruchs einer Wirtschaft, die nicht weiß, wieviel sie erzeugt, wieviel sie zur Deckung des Verschleisses usw. zurücklegt. All das darzulegen, war bereits an mehreren Stellen Gelegenheit. Hier wollen wir nur noch kurz auf die Entstehung der naturalwirtschaftlichen Gedanken bei Neurath zurückkommen, weil sie die ganze Methode der Naturalwirtschaft charakterisiert. Neurath kommt von der Kriegswirtschaft, es war seine wissenschaftliche Spezialität, zur Zeit, als Europa noch im Frieden lag (1909), die Nationalökonomie auf das Studium der Frage, wie denn der Krieg auf eine Wirtschaft wirkt, hingewiesen zu haben. Er hat auch eine Kriegswirtschaftslehre ausgebildet, und diese Beschäftigung mit militärischen Gedanken hat ihn die Wirtschaft des Heeres überschätzen lassen. Es ist einer der wesentlichsten Irrtümer Neuraths, die Heereswirtschaft inmitten einer kapitalistischen Geldwirtschaft als Naturalwirtschaft zu bezeichnen. Er ging von der Vorstellung eines Rechnungsunteroffiziers aus, der etwa bei einer Infanteriekompanie mit vier „Herren“ (Offizieren) und 200 Mann „Verpflegsstand“ zu rechnen hatte. Für jeden Mann war die Verpflegsration mit soundso viel Dekagramm Fleisch, Brot und anderen „Gebühren“ festgesetzt, und damit

mußte nun der Rechnungsunteroffizier auskommen; freilich wenn er die „Menage“ verbessern oder abwechslungsreich und von der „Fassung“ unabhängig gestalten wollte, mußte er die Naturalien umrechnen und andere Waren kaufen. Aber bei Neurath hat sich dieses Rechnen mit dem Verpflegsstand und den Verpflegsrationen zu einer fixen Vorstellung herausgebildet, als ob hier der Beginn der Naturalwirtschaft wäre. „ . . . hiezu kommt, daß die Heeresverwaltung ja bereits in Friedenszeiten einen großen, wohl durchgebildeten naturalwirtschaftlichen Apparat besitzt, der gewissermaßen nur einer Ausdehnung auf die Zivilbevölkerung bedarf.“⁷⁾ Dieser Eindruck, den der Reserveoffizier vom Rechnungsunteroffizier empfangen hat, ist scheinbar zu dem Komplex geworden, der Neurath zu seinen naturalwirtschaftlichen Vorstellungen verführt hat; ausführlich dargestellt hat er sie eigentlich nirgends. Er spricht immer nur von der Naturalrechnung als Tatsache. Wie er aber wirklich rechnet, wie er die komplizierten Probleme der Wirtschaftsrechnung, der Kontrolle der Deckung des Verbrauches durch die Erzeugung lösen will, führt er nirgends aus. Was soll man sich unter der Naturalrechnung nach Äußerungen wie z. B. der folgenden vorstellen: „Was soll das Geld im Wirtschaftsplan für eine Rolle spielen, der unmittelbar nicht auf einem Umweg über Tauschakte und Anweisungen das Allgemeinglück bestimmt? Wie soll eine Verbesserung der Wohnungen in Geld angesetzt werden, wie die aufgewendete Arbeitsmühe?“⁸⁾ Die Verbesserungen in der Wohnkultur sollen als Erhöhung des Wohlfühls gewiß nicht rechenmäßig festgehalten werden, wohl aber die dadurch veranlaßten höheren Kosten, damit diese Kosten und mit ihnen die gesamten Kosten der Lebenshaltung nicht die Summe der produzierten Güter übersteigen. Dazu kommt bei Neurath die geradezu läppische Vorstellung, daß überall dort, wo nicht von Geld geredet wird, schon im Kapitalismus die Naturalwirtschaft vorherrscht. „Die Naturalrechnung ist seit jeher auf dem Gebiete der Kunst, der Erziehung, der Gesundheitspflege, des Heer-

⁷⁾ Otto Neurath: „Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft“, München 1919, Seite 488.

⁸⁾ Otto Neurath: „Vollsozialisierung“. Heft 15 der Sammlung: „Deutsche Gemeinwirtschaft“, Jena 1920, S. 14.

wesens wirksam“.⁹⁾ Was soll man sich unter dieser Behauptung vorstellen? Wie kann man in der Kunst, in der Erziehung von Rechnung überhaupt sprechen? Die Ziele, die in der Kunst und in der Erziehung angestrebt werden, sind doch nicht rechenmäßig zu erfassen. Und weiß denn Neurath nicht, daß die Rechnung eben nur in der Wirtschaft möglich ist und daß von dort erst der Begriff der Rationalität herkommt? In der Musik rechnet man mit Takteinheiten; will Neurath das vielleicht als Naturalrechnung bezeichnen? So sehen wir, daß die Naturalwirtschaft, nach welcher Richtung immer wir das Neurathsche Programm betrachten, zu einem vollkommenen Chaos in der Wirtschaft führen, daß es die völlige Unübersichtlichkeit der Wirtschaft, auf welche es angewendet wird, zur Folge haben muß. Und so verstehen wir die Worte von Max Weber, die er 1919 in einem Brief an Neurath über die Planwirtschaft schrieb: „ . . . und halte die ‚Planwirtschaftspläne‘ für einen dilettantischen, objektiv absolut verantwortungslosen Leichtsinn sondergleichen, der den Sozialismus für hundert Jahre diskreditieren kann“.¹⁰⁾¹¹⁾

⁹⁾ Otto Neurath: „Gildensozialismus, Klassenkampf, Vollsozialisierung“, Dresden 1922.

¹⁰⁾ Max Weber: „Politische Schriften“, München 1921, S. 488.

¹¹⁾ Während der Drucklegung dieser Arbeit erscheint im „Kampf“, XVI. Jahrg., Heft 4/5, ein Aufsatz „Geld und Sozialismus“ von Neurath. Er geht auch in dieser Arbeit, in der er sich ausschließlich mit der Frage der Rechnung und der Recheneinheit in der sozialistischen Wirtschaft befaßt, nur von der Gebarung mit genußreifen Gütern und ihrer naturalen Zuteilung aus, und nirgends dämmert ihm auch nur die Ahnung des wahren Zwecks der Rechnungslegung auf. Er plagt sich mit langen Zitaten aus Marx und Engels, aber das ändert nichts daran, daß der „Marxist“ Neurath den Zusammenhang dieser Äußerungen mit der Marx'schen Ökonomie nicht erfaßt. Gewiß sollen die Tauschfunktionen in einer Wirtschaft abgeschafft werden, in der nicht mehr die Privateigentümer an den Produktionsmitteln, sondern nur die Gesellschaft produziert. Allein mit dieser Frage hat die Durchrechnung eines Wirtschaftsablaufs, der Vergleich verschiedener Produktionsmethoden nichts zu tun. Und mit der Änderung der Wirtschaft durch die Expropriation der Expropriateure ist die Frage noch nicht gelöst, wie man die Verteilung organisiert, damit die Freiheit des Konsums innerhalb des Anteils jedes Einzelnen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt gewahrt ist. Hier liegen die wirtschaftlichen Probleme der sozialistischen Gesellschaft,

und es heißt unökonomisch denken, wenn man wie Neurath nur vage Vorstellungen vom gesamtwirtschaftlichen Vorgang, aber nicht von den ihn ausmachenden und bestimmenden Einzelvorgängen hat. Er sagt z. B. in seiner völlig unökonomischen Methode: „Wenn wir eine bestimmte Menge von Wäldern, Feldern, Wiesen, Sümpfen, Felsen, Straßen, Tieren, Menschen, Maschinen usw. gegeben haben, so können wir entweder nach dem Wirtschaftssystem I oder nach dem Wirtschaftssystem II wirtschaften“. Und Neurath löse nun nach diesem allgemeinen Gerede die z. B. auch für eine sozialistische Wirtschaft wichtige Frage, ob eine bestimmte Gegend zweckmäßiger mit kalorischer oder aus Wasserkraften stammender Energie versorgt werden soll oder z. B. ob die Fabrik A zweckmäßiger Werkzeugmaschinen oder Werkzeuge erzeugen soll oder ob der Aufwand der Fabrik A auf ein Stück Baumwolle bei gleicher Qualität größer oder kleiner ist als in der Fabrik B! Neurath könnte diese Antworten, wenn überhaupt, so nur in der sehr langatmigen und absolut unverständlichen Art der Naturalwirtschaft geben. Man sage nicht, alle diese Fragen seien unwichtig im Vergleich zu der von ihm gelösten Frage der gesamten Organisation der Wirtschaft, im Gegenteil, von der Möglichkeit, den Erzeugungsprozeß zu rationalisieren und zu intensivieren, hängt das Schicksal der sozialistischen Wirtschaft ab. An einer Stelle seines Aufsatzes deutet er an, daß jedenfalls die Möglichkeit vorhanden sein müßte, verschiedene Produktionsergebnisse zu vergleichen, aber diese Sorge bedrückt ihn nicht sehr. Es ist überhaupt zu erwarten, daß es gerade Techniker sein werden, welche Methoden der Naturalrechnung aufstellen werden, die uns ermöglichen, die Leistung einzelner Betriebe abzuschätzen. Er überläßt den Ingenieuren getrost eine Aufgabe, die zu den wichtigsten der — um ein Neurath'sches Wort zu gebrauchen — „Gesellschaftstechniker“ ist. In seiner Wirtschaft werden wahrscheinlich die Ingenieure den Ökonomen die Durchbildung des Erzeugungsprozesses überlassen. Wie nachlässig Neurath Marx liest und zitiert, geht aus seiner Behauptung hervor, aus der Marx'schen Polemik mit Gray, die oben (3. Kapitel) ausführlich wiedergegeben wurde, ergebe sich, daß Marx gegen jedes Geldsystem, auch gegen ein Arbeitsgeld sei. Gerade das Gegenteil ist richtig, Marx hält eben nur ein Arbeitsgeldsystem in einer Wirtschaft mit Privateigentum für ein Nonsens. Aus seinen Einwänden gegen Gray ergibt sich aber zwangsläufig, daß er ein Arbeitsgeldsystem in einer sozialistischen Wirtschaft für möglich und sogar notwendig hält.

Im übrigen kündigt der „Kampf“ eine Entgegnung auf die Arbeit Neuraths von Dr. Helene Bauer an. Dem Verfasser war Gelegenheit geboten, in das Manuskript Einblick zu nehmen; wir stimmen mit Helene Bauer in ihrer Polemik gegen Neurath vollständig, in ihrem positiven Teile fast vollständig überein. Sie verfällt nur in den Fehler, den Tauschbegriff und die anderen Grundbegriffe der kapitalistischen Wirtschaft zu unbedenklich zu übernehmen und insbesondere die Vorstellung der Warenproduktion auch für die sozialistische Wirtschaft beizubehalten.

VI.

Die sozialistische Rechnungslegung (Schluß).

Unsere Darstellung eines Systems der sozialistischen Rechnungslegung ist beinahe beendet. Durch den Vergleich mit den anderen Lösungsversuchen, der im letzten Kapitel vorgenommen wurde, war es möglich, das System auch negativ, durch Kritik anderer Systeme herauszuarbeiten, und es bleibt nunmehr nichts anderes übrig als einige Konturen des entworfenen Bildes nachzuziehen.

Vor allem ist hier die Frage zu erörtern, wie das dargestellte Wirtschaftssystem zu beurteilen ist, wenn man freie und Verwaltungswirtschaft als gegensätzliche Typen einander gegenüberstellt. Die sozialistische Gesellschaft mit unserem Arbeitsgeldsystem schien am Anfang der Darstellung viel eher dem ersten Typus anzugehören als dem zweiten. Äußerlich bot sich bis zu einem gewissen Grad dasselbe Bild wie in einer kapitalistischen Wirtschaft dar. Der Arbeiter empfängt seinen Lohn in Scheinen, auf denen bloß ein anderer Aufdruck ist als auf dem kapitalistischen Geld, er geht mit diesem Schein in Häuser, in denen ebenso wie in den kapitalistischen Warenhäusern Güter aufgestapelt liegen, die er zur Regenerierung seiner Lebenskraft benötigt. Würde etwa ein Außenstehender diese beiden Wirtschaftsformen, dieselbe Ausdehnung der Arbeitsteilung, der industriellen Intensivierung usw. von außen betrachten, so müßte er von vornherein gar keinen Unterschied zwischen der freien kapitalistischen und dieser Art der sozialistischen Wirtschaft merken. Und doch kennt diese Ordnung eine ganze Reihe von außerordentlich wichtigen und einschneidenden Eingriffen der Gesamtheit, die man am besten als verwaltungswirtschaftliche Eingriffe bezeichnet. Zunächst wird die Gesellschaft gewisse Verteilungsmaßnahmen durchführen, sie wird ein Existenzminimum festsetzen, die Arbeitsunfähigen, die Kranken, die Greise, Kinder und Jugendlichen versorgen, alles natürlich mit Rücksicht auf die Ergiebigkeit des gesamten Produktionsprozesses und die Summe der insgesamt hervorgebrachten Güter. In der Hand der Gesellschaft wird ferner die letzte Einflußnahme auf

die Preisbildung liegen. Es wurde schon vorhin bei der Erörterung der auf der Gesamtheit lastenden Unkosten, bei den „Generalregien der sozialistischen Gesamtfabrik“ davon gesprochen, daß nicht auf alle Produkte, die einfachsten wie die kompliziertesten, der gleiche Unkostensatz zur Deckung der „Kosten der Gesamtheit“ aufgeschlagen werden darf, sondern daß man hier durch Differenzierung der einzelnen Erzeugnisse der Gefahr einer indirekten Besteuerung ängstlich aus dem Wege gehen muß. Damit gewinnt aber auch die Gesamtheit Einfluß auf die Preisbildung in allen Produktionssphären und somit auch auf die Gestaltung der Lebenslage. Die Leitung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses regelt auch die Inanspruchnahme der Seltenheitsgüter. Nicht mehr die auf dem Markt emporkletternden Preise für Seltenheitsgüter und die irrationale Verteilung von solchen Gütern nur auf die, die sich diesen Preis eben „leisten“ können, und der dadurch beschränkte Verbrauch wird darüber wachen, daß die Gesellschaft nicht plötzlich verarmt dasteht, sondern die Gesellschaft selbst wird durch ihre Organe den Prozentsatz des Abbaues z. B. der Bodenschätze festsetzen — wiederum ein außerordentlich wichtiger und einschneidender verwaltungswirtschaftlicher Eingriff.

Und doch hat es seinen tieferen Sinn, daß es auf den ersten Blick den Anschein hat, als würde das dargestellte Wirtschaftssystem ohne alle oder zumindest ohne wesentliche verwaltungswirtschaftliche Eingriffe verlaufen, und daß man dann bei näherem Zusehen doch eine ganze Reihe solcher entscheidender Eingriffe merkt, die eine solche Wirtschaft schließlich dem Typus einer Planwirtschaft ziemlich nahestehend erscheinen lassen. Dieser Eindruck entspricht auch der tatsächlichen Entwicklung dieser Wirtschaft. Sie wird „anfangs“ noch nicht alle verwaltungswirtschaftlichen Eingriffe vornehmen können, die möglich sein werden, wenn sie eingespielt und ausbalanciert ist; je länger sie im sozialistischen Sinne geleitet sein wird, umso stärker wird der Einfluß der Gesamtheit und ihrer Organe auf den Gang der Wirtschaft sein. In dem Maße, in dem erst das Verrechnungssystem dieser Wirtschaft ausgebildet wird, in dem umfassende statistische Aufnahmen vorgenommen werden können, in dem Maße, in dem das Wirtschaftsparlament oder die

sonstige Leitung der Wirtschaft immer mehr Übersicht über die vorhandenen Wirtschaftskräfte und über ihre Buchung erhält, in dem Maße, in dem der organische Aufbau der Wirtschaft z. B. nach Gilden fortschreitet, in dem Maße wird es erst möglich sein, im Wege dieser organisch emporgewachsenen Gliederung der Wirtschaft Einfluß auf alle ihre Teile zu nehmen. Die Beeinflussung darf natürlich nicht so sein, daß nach Art einer bürokratischen Wirtschaft die kleinsten Maßnahmen an irgend einer untergeordneten Stelle des Wirtschaftskörpers von der Entscheidung der obersten Instanz abhängen, sondern die Zentralinstanzen, die Gliederung der Produktion nach Produktionssphären werden den Aufbau bilden, innerhalb dessen eine solche Einflußnahme reibungslos möglich ist, und erst mit dem Aufbau dieser Organisation wird sich der verwaltungswirtschaftliche Gedanke durchsetzen und die bewußte Lenkung der Gesamtfabrik von einer Stelle aus vollziehen, die das ungeheure ineinandergreifende Räderwerk in Betrieb setzen wird.

Am klarsten tritt die Suprematie der obersten Wirtschaftsleitung hervor, wenn man sich über die Stellung des einzelnen Betriebes klar zu werden versucht. Wer leitet ihn, von welcher Stelle erhält er die Anleitung für die Produktion, wer kontrolliert seine Gebarung, wer gibt ihm Aufschluß über den Stand der Produktionsmethoden in den anderen Betrieben mit gleichen Produktionsprogramm, wer vergleicht seine Betriebsergebnisse mit denen anderer Betriebe, wie hat er seinen Rechnungsabschluß zu machen und wem hat er ihn vorzulegen? Wer verfügt über den Gebarungsüberschuß dieses Betriebes und wie wird er ermittelt? Wer bestimmt die Summe der Arbeitscheine, die dem Betrieb für eine Produktionsperiode vorgestreckt werden müssen, kurz wer „finanziert“ sie? Wie ist überhaupt ein Gebarungsüberschuß oder gar ein Reingewinn möglich? All das sind Fragen, die noch zu beantworten sind, weil sie in unmittelbarem oder zumindest mittelbarem Zusammenhang mit dem System der Verrechnung stehen. Auch hier gilt das, was vorhin von der Gesamtwirtschaft gesagt wurde; auf den ersten Blick wird man vermuten, daß jede einzelne Produktionsstätte ziemlich selbständig ist, sieht man aber näher zu, wird man den Nabelstrang ganz deutlich sehen, durch den der einzelne

Betrieb mit der übrigen Wirtschaft und mit ihrer Leitung verbunden ist. Der Betrieb wird soweit selbständig sein, daß der irgendwie eingesetzte Leiter des Betriebes¹⁾ die persönliche Verantwortung für ihn trägt; er kann ohneweiters entfernt werden sowie ein kapitalistischer Betriebsleiter, der nicht den an ihn gestellten Anforderungen entspricht, und erhält dann nur das von der Gesellschaft garantierte Mindesteinkommen, falls er „arbeitslos“ ist, oder er wird in einer entsprechend niedrigeren und daher auch schlechter dotierten Stellung verwendet. Auf diese Weise kann die sogenannte „Privatinitiative“ der kapitalistischen Betriebsleiter und Direktoren und ihr Verantwortungsgefühl, das auch durch ihre persönlichen Interessen begründet ist, ersetzt und für die sozialistische Wirtschaft erhalten werden. So wie die Direktoren eines Konzernunternehmens auf die Finanzierung durch die Konzerngewaltigen angewiesen sind, sowie sie Geldsummen nur nach Vorlage eines genau detaillierten Produktionsprogrammes vorgeschossen erhalten, so vollzieht sich auf ähnliche Art und Weise die Finanzierung der einzelnen Produktionsstätten in der sozialistischen Wirtschaft. Innerhalb der Gilde eines Produktionszweiges werden auch am „Beginne der sozialistischen Gesellschaft“, also zu einer Zeit, da umfassende Produktionsstatistiken noch nicht möglich sind, die Leiter der Wirtschaftszweige ziemlich genau angeben können, wieviel ihr Produktionszweig im ganzen produzieren kann und wieviel im ganzen zur Deckung des Bedarfs nötig ist. Schon heute, inmitten der unklaren Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, kann jeder umsichtige Industrielle, der seine und seiner Konkurrenz Leistungsfähigkeit und die Kapazität des Marktes kennt, annähernd beurteilen, wieviel im nächsten Jahr in der gesamten Branche erzeugt werden wird, und nur die antagonistische Form der Konkurrenz hindert im Kapitalismus die Durchsetzung der planmäßigen Produktion. Ganz anders

¹⁾ Wie man zu diesen Organen in der einzelnen Fabrik kommt, d. h. auf welchem Wege die Faktoren eingesetzt werden, die in einer gewissen Hierarchie für das Schicksal des einzelnen Betriebs verantwortlich sind, ist hier nicht zu erörtern. Der Typus der gemeinwirtschaftlichen Anstalt nach Otto Bauers „Weg zum Sozialismus“ scheint uns ein brauchbares Vorbild für einen sozialisierten Betrieb in dieser Hinsicht zu sein.

selbstverständlich in der sozialistischen Gesellschaft! Dort wird ja der Austausch der Erfahrungen, die Berechnung — am Anfang die Schätzung — wieviel erzeugt werden soll, gemeinsam erfolgen, und hierin wird ja eine der Hauptfunktionen der Gilden bestehen. Weiß dann die Gilde, wieviel sie insgesamt erzeugen soll, und regelt sie die Finanzierung der gesamten Gilde mit der obersten Leitung der Wirtschaft, dann kann es auch nicht schwer sein, die „hereingebrachten Aufträge“ und die entsprechenden Vorschußsummen auf die einzelnen Betriebe aufzuteilen. — Der einzelne Betrieb hat Bücher zu führen, die zunächst so angelegt werden müssen wie in der kapitalistischen Gesellschaft, die also die Betriebsrechnung zu Beginn der Produktion durch die Anfangsbilanz und am Schluß der Produktionsperiode oder am Ende des Wirtschaftsjahres durch die Schlußbilanz vornehmen werden. Eine solche Rechnung muß auch mit einem Gebarungsüberschuß oder -abgang, mit Gewinn und Verlust abschließen, und hier haben wir es wiederum mit zwei äußerst problematischen Begriffen zu tun. Was ist Gewinn und Verlust in der sozialistischen Wirtschaft? Verlust ist ja vorweg klar; schließt ein Betrieb mit Verlust ab, so bedeutet dies, daß durch die Erzeugnisse des Betriebs alles, was in die Erzeugung an sachlichen Voraussetzungen und an Arbeitsleistungen eingegangen ist, nicht hereingebracht wurde. Das Kostenprinzip ist also nicht durchgesetzt, wenn ein Betrieb mit Verlust arbeitet. Was bedeutet aber der Gewinn und wie wird er erzielt? Man sollte ja meinen, daß im sozialistischen Betrieb nach Durchführung der Abschreibungen, nach Ausscheiden der Reserven und der der Gesamtheit zufließenden Summen zur Deckung der Generalregien nichts übrig bleiben darf, da sonst die Produkte im Verhältnis zu ihren Gestehungskosten zu teuer verkauft wurden, womit nur eine andere Form der Ausbeutung stattfände; denn diese vollzieht sich nicht bloß so, daß die Arbeiter weniger Lohn erhalten als es ihrem Anteil an der Produktion entspricht, sondern auch in der Form, daß für die Güter höhere Gegenwerte erzielt werden, wodurch dann die Lebenshaltung jener Konsumentengruppe eingeschränkt würde, die mehr Arbeits-scheine hingeben muß, als zur Deckung der Kosten nötig ist. Dieser Fall ist vor allem in einer noch nicht ausbalancierten

sozialistischen Wirtschaft möglich; da kann es sich öfter ereignen, daß aus besonderer Vorsicht höhere Preise festgesetzt werden und daß man etwas „larger“ kalkuliert. Nach dem Ablauf der Produktionsperiode und nach der genauen Feststellung der Kosten wird man die entsprechenden Korrekturen der Preise vornehmen können. Aber nicht nur während der Kinderkrankheiten, sondern auch späterhin sind solche Fälle möglich und können besonders dann häufig eintreten, wenn in einem Industriezweige, in dem die Betriebe genau errechnete und vollkommen wahrheitsgetreu festgesetzte Kosten verrechnen, einer oder wenige Betriebe bei denselben Preisen einen Reingewinn aufweisen. Das sind dann Betriebe, die entweder besonders gut geleitet sind oder unter besonders günstigen standortmäßigen Bedingungen — Nähe der Rohstoffe, Nähe des Absatzgebietes, daher Ersparnis von Transportkosten usw. — produzieren. Diese Betriebe erzielen einen sogenannten *Surplus profit* oder eine Differentialrente, was sicherlich auch in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich ist und besonders beim landwirtschaftlichen Betrieb und allen wirtschaftlichen Betätigungen eintreten wird, wo die natürlichen Produktionsvoraussetzungen, die sogenannten „Geschenke der Natur“ eine besondere Rolle spielen²⁾. Dieser übermäßige

²⁾ Der Einwand liegt nahe, daß die Tatsache von Surplusprofiten in einzelnen Betrieben Preise zur Folge hat, die höher sind als die im Betrieb aufgelaufenen tatsächlichen Selbstkosten. Das bedeutet wiederum, daß die an der Produktion dieser Güter Beteiligten weniger Arbeitsscheine als „Lohn“ erhalten als ihrem Anteil entspricht. Wenn man sich nun vorstellt, daß es in jeder Produktionsphäre solche Betriebe gibt, die mit Surplusprofiten arbeiten, könnte sich der Zustand ergeben, daß für die ganze Wirtschaft weniger Arbeitsscheine zur Verteilung gelangen als dem Gesamtpreis der vorhandenen Güter entspricht. Diesem Einwand ist zunächst entgegenzuhalten, daß ein derartiger Surplusprofit vor allem dazu dienen wird, um einen Verlust anderer Betriebe derselben Sphäre zu decken. Bei einem Preis z. B. von 50 für ein bestimmtes Produkt hätte der Betrieb A einen Surplusprofit von 10, da seine Selbstkosten nur 40 betragen, der Betrieb B aber einen Abgang von 10, da seine Selbstkosten 60 betragen. Die Arbeiter des Betriebes B erhalten also im Verhältnis zu den Selbstkosten ihres Betriebes gerade um so viel mehr Arbeitsscheine, als die von A weniger erhalten. Da aber überhaupt der Surplusprofit der Gesamtheit zufließt und von der Gesamtheit für soziale Maßnahmen verwendet wird, d. h. da die an einer Stelle der Wirtschaft verringerte Kaufkraft etwa bei Sozialrentnern oder bei den Nutznießern sonstiger sozialer Maßnahmen auftaucht, ist die Gefahr einer solchen Krise in Wirklichkeit nicht vorhanden.

Gebarungüberschuß, der nach Abzug der Reserven und der Kosten der Gesamtheit verbleibt, wird aber dem einzelnen Betrieb nicht zugute kommen dürfen; nur etwa dort, wo er erwiesenermaßen lediglich auf den besonderen Fleiß oder auf die besondere Tüchtigkeit der Belegschaft zurückzuführen ist, wird er vielleicht teilweise für Wohlfahrtseinrichtungen dieses Betriebes verwendet werden dürfen, sonst muß jede derartige Rente an die Gesamtheit abgeführt werden. Für den Einzelbetrieb wird sich auch gar nicht die Gelegenheit ergeben, die genaue Errechnung des Reingewinnes selbst vorzunehmen. So wie in einem Konzern die einzelnen Konzernbetriebe oft nur die Grundlagen für die Bilanz liefern, diese selbst aber im zentralen Konzernbüro aufgestellt, dort auch der Prozentsatz der Rücklagen, des Erweiterungsfonds usw. festgestellt wird, so kann auch die Bilanzierung in der sozialistischen Wirtschaft gehandhabt werden. Die einzelnen Betriebe liefern die Grundlagen für die Bilanz, aber die genaue Feststellung, wieviel von dem erzielten Gebarungüberschuß für die Erweiterung der Produktion, für Rücklagen, zur Deckung des Abganges in einem schlechten Wirtschaftsjahr, für die Aufbringung der Generalreserven der Gesellschaft verwendet wird und ob hernach noch ein „Reingewinn“ verbleibt, kann füglich von der Gilde festgestellt werden. Es ist auch sehr fraglich, wie weit bei Festsetzung der Rücklagen und des Erweiterungsfonds usw. nicht auch die Gilde die Leitung der Gesamtwirtschaft zur Entscheidung wird heranziehen müssen. Selbstverständlich wird das Verhältnis vom Einzelbetrieb zur Gilde auch wieder seine Analogie haben im Verhältnis der Gilde zur Gesamtwirtschaft in Bezug auf die von der Gilde insgesamt erzielten Reingewinne. Nur wenn die Leitung der Gesamtwirtschaft über sie verfügt, ist erst die Bürgschaft dafür geschaffen, daß jede Ausbeutung in jeder Form aufgehoben ist. Der Begriff des Reingewinnes unterscheidet sich für den ersten Blick ebenfalls nicht von den kapitalistischen. Auf dem ersten Blick mag man wiederum der Ansicht sein, es handle sich um den alten kapitalistischen, vollkommen unveränderten Reingewinn. Sieht man aber näher zu, so ist es der Gebarungüberschuß eines Betriebes, der nur die Kosten seiner Produktion hereinbringen will, die gesellschaftlich notwendig sind und die auch

tatsächlich zur Deckung der Kosten in anderen Betrieben mit gleichem Produktionsprogramm notwendig sind; in diesem Betrieb wird nun aus irgend welchen Gründen, die ja jedesmal klar zu Tage treten werden, ein Surplusprofit erzielt. Dieser Reingewinn verliert aber sofort seinen kapitalistischen Charakter, wenn man sieht, daß er der Gesamtheit zugesprochen wird, daß er, entstanden durch gewisse natürliche Voraussetzungen der Produktion in einzelnen Betriebstätten, nun nicht der Gesamtheit entzogen wird, sondern ihr für alle Fälle zukommen muß. Die andere Möglichkeit, die ja auch besprochen werden könnte, nämlich die, den Preis der Produkte eines solchen Betriebes herabzusetzen, liegt wohl nahe, würde aber sofort eine antagonistische Konkurrenz bedeuten, so daß dieser Weg in einer sozialistischen Gesellschaft mit unserem Arbeitsgeldsystem nicht besprochen werden kann. Auch Gewinn und Verlust sind also in ihrer Bedeutung innerhalb der Wirtschaft mit dem dargestellten Arbeitsgeldsystem klar gestellt.

Es ist selbstverständlich, daß auch die Begriffe „Rentabilität“ und „Produktivität“ in der sozialistischen Gesellschaft eine Veränderung gegenüber ihrer kapitalistischen Bedeutung erfahren müssen. Schon daß es zwei Begriffe gibt, deren Begriffsinhalte einander keineswegs decken, charakterisiert den kapitalistischen Zustand. Ein kapitalistischer Betrieb kann rentabel sein, ohne produktiv zu sein. Ein Unternehmer kann an der Vernichtung von Waren mehr verdienen als durch ihre Produktion und ihren Verkauf zu niedrigeren Preisen. Rentabilität und Produktivität werden also in der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr getrennte Begriffe sein können, nur das wird rentabel sein, was auch produktiv ist, weil in einer Wirtschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln und ohne die dadurch bedingte Profitborniertheit nur das als Vorteil des Produzenten erscheint, was auch im Interesse der Gesamtwirtschaft gelegen ist; durch den Einfluß, den die Gesamtheit auf die Preisbildung haben, und die Kontrolle, die sie durch ein demokratisch gewähltes Wirtschaftsparlament üben wird, ist es ja ausgeschlossen, daß die von Heymann so sehr gefürchtete monopolistische Willkür keine Schranken kennen wird und daß etwa die Arbeiter, die unmittelbar in der Produktion tätig sind, an hohen Preisen

interessiert sind, damit sie selbst entsprechend höhere Löhne erhalten, wodurch dann freilich wieder eine Preispolitik eingeschlagen würde, die den Begriff der Rentabilität von dem der Produktivität trennen könnte. Die Produktivität wird in der sozialistischen Wirtschaft abhängen von der Anzahl der genußreifen Güter, die einen Betrieb verlassen, und den Kosten ihrer Herstellung. Ein Betrieb wird besonders produktiv sein, wenn er mit möglichst geringem Aufwand, also möglichst billig, sehr viele und hochwertige Güter produziert.

Noch eine Frage soll kurz erörtert werden, die aus dem Schrecken der jetzigen Zeit der Geldentwertung und des Zusammenbruchs des Geldwesens von Mittel- und Osteuropa geboren ist, die aber auch ihre allgemeine Bedeutung hat. Bietet das Arbeitsgeld ebenfalls die Möglichkeit der Inflation, der Geldwertschwankungen, wird es sein Eigenleben führen so wie das kapitalistische Geld? Insoweit der Kapitalismus das Wesen des Geldes als eines Wertmaßstabes verschoben, das Geld zu einer Ware umgebildet hat, wird diese Funktion selbstverständlich in der sozialistischen Gesellschaft fortfallen; damit hat aber auch diese Art des Eigenlebens des Geldes aufgehört. Wird aber die Möglichkeit einer Inflation gegeben sein? Theoretisch ist die Möglichkeit denkbar. Die oberste Leitung der gesellschaftlichen Produktion, die Staatsbank oder wie sie sonst heißen möge, gibt Arbeitsscheine aus, die Anweisungen auf genußreife Güter darstellen. Jeder, der gearbeitet hat, erhält eine bestimmte Anzahl von Scheinen nach den Grundsätzen, die vorhin dargelegt wurden. Es ist aber möglich, daß durch gewisse Umstände gezwungen oder durch eine fehlerhafte Berechnung der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Genußmittel zu viele Arbeitsscheine ausgegeben, d. h. zu hohe Löhne im Vergleich zur gesellschaftlichen Gesamtproduktivität „bezahlt“ werden, so daß die zusätzlichen Anweisungen auf die Güter nicht honoriert werden können³⁾. Der Weg, der in diesem Fall dem Kapitalismus offen steht und den auch Heymann in einer sozialistischen Wirtschaft begangen wissen will (siehe oben!), steht nach diesem System nicht offen; es ist nicht möglich, die Stei-

³⁾ Vgl. oben die Ausführungen über die Krisen.

gerung der Preise infolge der übergroßen Nachfrage so zu erhöhen, daß die Zahl der noch zum Kauf Gelangenden geringer wird. Es herrscht ja das Prinzip „feste Preise“. Wenn sich also die übergroße Nachfrage auch nicht in Form von rapiden Preiserhöhungen abspielen wird, so werden doch alle mit ihrer übergroßen Zahl von Arbeitsscheinen bemüht sein, möglichst rasch die Güter in die Hand zu bekommen, und diese Form der Konkurrenz würde sich in dem wohlbekannten Anstellen vor den Verkaufshäusern usw. abspielen. Eine übergroße Vermehrung der Arbeitsscheine könnte aber noch verhängnisvollere Wirkungen haben. Entsteht „zusätzliche Kaufkraft“ und will sich die Leitung der Wirtschaft bemühen, die dadurch eingetretene erhöhte Nachfrage ganz zu berücksichtigen, läßt sie dementsprechend im erhöhten Ausmaße produzieren, so kann durch die falsche „Bankpolitik“ eine Verarmung der ganzen Wirtschaft eintreten, wenn man nicht bemüht ist, den Verschleiß zu decken und für die Ausdehnung der Produktion zu sorgen. Unser Arbeitsgeldsystem wird also eine sehr vorsichtige „Bankpolitik“ zur Voraussetzung haben, die vor allem darin bestehen wird, daß man sich bemüht, die Summe der Arbeitsscheine, die zur Bewältigung dieser modifizierten Zirkulation nötig sind, genau zu ermitteln und sie nicht zu überschreiten. In einer eingespielten und ausbalancierten Wirtschaft ist aber die Gefahr einer derartigen „Arbeitsgeldinflation“ nicht allzu groß, unter den Kinderkrankheiten, die ein solches System bedrohen können, ist sie immerhin beachtenswert. Da aber die sozialistische Wirtschaft mit dem Arbeitsgeld klar und durchsichtig ist, muß jeder Irrtum — und nur um einen solchen, nicht wie beim Kapitalismus um organische Mängel kann es sich handeln — an irgend einer Stelle der Wirtschaft klar hervortreten und sofort behoben werden können.

* * *

Wir glauben, am Ende der Darstellung eines Arbeitsgeldsystems einer sozialistischen Wirtschaft zu sein und damit den Beweis erbracht zu haben, daß eine sozialistische Wirtschaft rechnen und daher auch in diesem Sinne rational sein kann. Auf diesen Beweis ist es angekommen, nicht darauf, das Rechnungssystem einer sozialistischen Wirtschaft bis ins kleinste

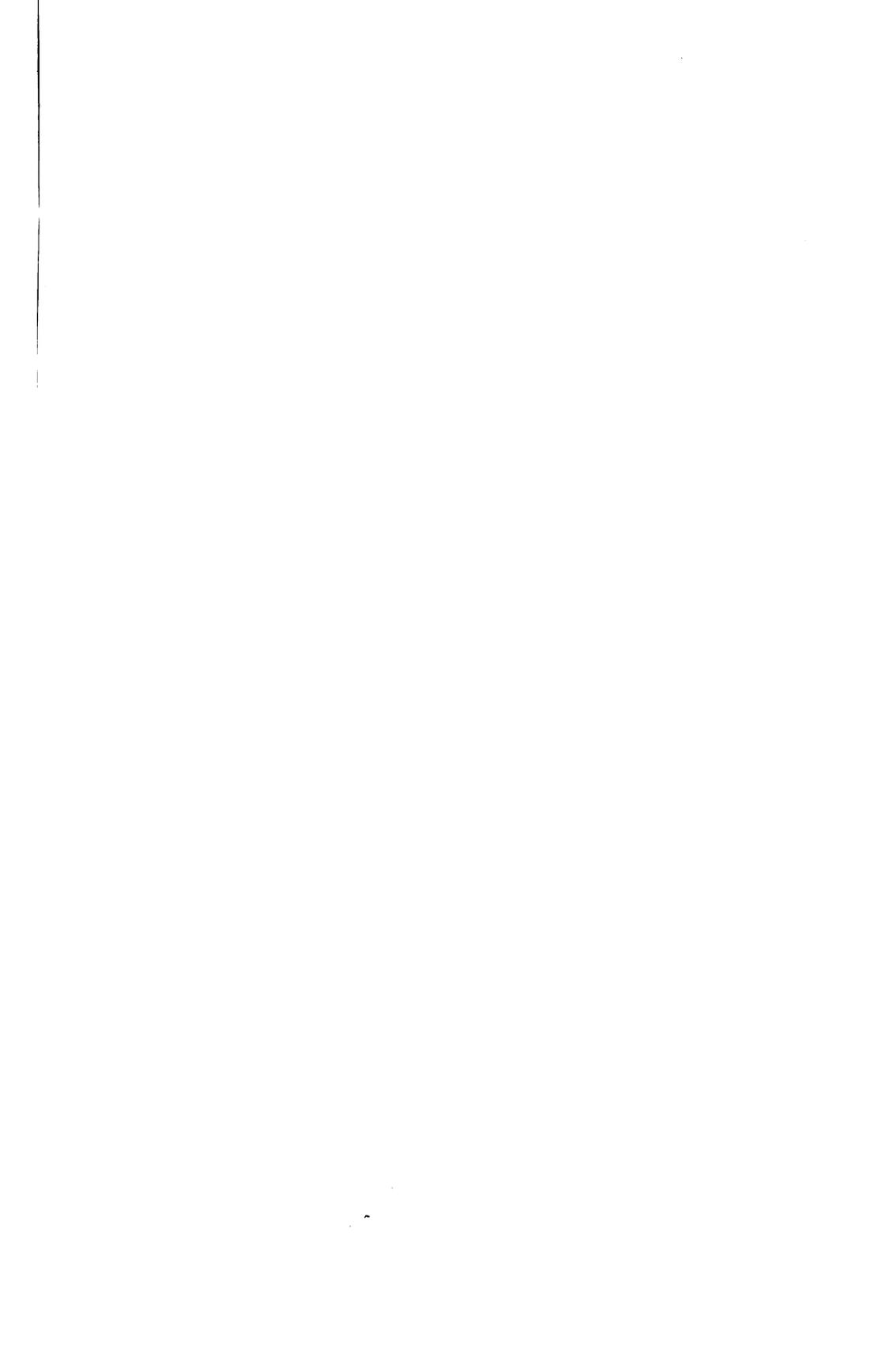
Detail mit allen möglichen Nuancen auszumalen. Es hat sich nicht darum gehandelt, das System der Rechnungslegung der sozialistischen Wirtschaft aufzuzeigen, wie es haargenau, ohne jede Veränderung in der Wirklichkeit durchgeführt werden muß. Diese utopistische Aufgabe war hier nicht zu lösen, sondern es mußte gedanklich aus dem System der sozialistischen Wirtschaft gezeigt werden, daß eine Rechnungslegung in ihr möglich ist. Sie im Einzelnen auszubilden, wird die Aufgabe der schöpferischen ökonomischen Wirklichkeit sein.

Der Beweis, den wir hier zu erbringen versuchten, ist auf den Denkmitteln und Begriffen der marxistischen Ökonomie aufgebaut. Trotzdem muß festgestellt werden, daß die ökonomische Theorie, die Marx ausgebildet hat, eine Ökonomie der kapitalistischen Wirtschaft ist und daß die Arbeitswertlehre notwendigerweise eine Wirtschaftsordnung zur Voraussetzung hat, in der es nötig ist zum Zwecke des vorzunehmenden Tausches von Waren den Tauschwert zu konstituieren. In einer sozialistischen Wirtschaft wird es keinen Tausch in diesem Sinne mehr geben und daher entfällt auch die Notwendigkeit der Konstituierung des objektiven Tauschwertes; was bleibt, ist nur die Aufstellung der Selbstkosten. Deswegen hat Hilferding theoretisch recht, wenn er an der oben zitierten Stelle sagt, daß in der Ökonomie der sozialistischen Wirtschaft der Tausch keine Rolle spielen und daß daher die Konstituierung des Tauschwertes in der sozialistischen Wirtschaft nicht stattfinden wird. Daher wurde in den vorstehenden Ausführungen möglichst vermieden, auf werttheoretische Untersuchungen und Streitigkeiten einzugehen, da die Frage, welches die theoretischen Grundbegriffe der sozialistischen Wirtschaft sein werden, noch sehr dunkel ist. Auch hier wird es die Aufgabe des tatsächlichen Ablaufes der Geschehnisse sein, den Weg zum Studium und zur theoretischen Erfassung der Wirtschaft freizulegen. Deswegen ist die Zustimmung zu unseren Ergebnissen und zu unserem Arbeitsgeldsystem nicht abhängig davon, ob man der Ansicht der Marx'schen Ökonomie ist; es ist ganz gut möglich, daß man die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft anders erklärt, als das die Marxisten tun, und doch ein Arbeitsgeldsystem und überhaupt die Rechenschaftigkeit der sozialistischen Wirtschaft für möglich hält.

Im übrigen ist es an der Zeit, daß wir Sozialisten uns nicht mehr allein mit der Bekämpfung der kapitalistischen Mächte befassen, so wichtig sie gerade jetzt ist, denn die Zeit des sozialistischen Aufbaues ist nahe und wir werden nur dann geistig gerüstet für den entscheidenden Augenblick der Machtfülle des Proletariates sein, wenn wir uns bereits jetzt mit der Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft befassen. Indem wir uns auch auf diese Weise rüsten, ziehen wir den zweckmäßigsten Schluß aus der Tatsache, daß wir in den großen und gewaltigen Umwälzungsprozeß der sozialen Revolution eingetreten sind.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Das Problem der Rechnungslegung in der Wirtschaft .	7
II. Die kapitalistische Wert-, Geld- und Preisrechnung . .	20
III. Die Rechnungslegung bei Warenproduktion und bei gesellschaftlicher Produktion	37
IV. Die sozialistische Rechnungslegung (I.)	51
V. Andere Lösungsversuche	74
VI. Die sozialistische Rechnungslegung (Schluß)	98



NX 15

m35

1.5

HX15.M35 v.5



3 2108 01016 0169

